

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preistabelle für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Infections-Gebühr
 beträgt für die hochgehaltene Kolonial-
 gelte oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Berührungsbekanntgaben 20 Pf.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Zeitungsm. Adresse:
 „Socialdemokratisches Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntabend, den 22. November 1902.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Christliche Wittven- und Waisen- verhöhnung.

In des hinter den Coullissen des Reichstags der Verständigungs-
 unfaßlich rüftig betrieben wird, hat die Führerin der großen Volk-
 retirade, die Partei Aichbichler, am Freitag der Regierung das
 erste Angebinde des Friedens überreicht. Sie hat die Interessen der
 Wittven und Waisen, die sie selbst in ebenso schwindel- wie tölpel-
 hafter Weise mit der Hungerblase verquält hat, pfundweise an
 den Meißelblenden losgeschlagen: durch das Wenige, was sie be-
 halten hat, hat sie nur gezeigt, wieviel noch zu haben ist. In der
 Kriegsgeschichte dieses Brotwucherfeldzuges muß es für alle Zeiten
 festgehalten werden, daß das erste Opfer, das auf dem Altar der
 heiligen mütterlichen Liebe gefallen ist, den Allerärmsten der Armen
 genommen wurde. Und es ist die Generalpächterin der christlichen
 Warmherzigkeit, die Centralpartei gewesen, die soviel unchristliche
 Nachgiebigkeit bewiesen hat.

Der § 11a des Zolltarif-Gesetzes, der bestimmte Erträge
 der neuen Zölle zu Zwecken der Wittven- und Waisen-
 versorgung verwenden will, hat schon in der Zolltarif-Kommission
 seine eigentümlichen Schicksale gehabt. In der ersten Lesung
 wurde er abgelehnt, in der zweiten aber mit einer Stimme
 Mehrheit angenommen, weil der Scharfmacher-Sekretär, Herr
 Beumer, zufällig verhindert war, an der Abstimmung teilzunehmen.
 Das war mehr Glück, als das Centrum ertragen konnte. Damals
 würde es von der Centralpresse sicherlich als eine Verleumdung
 verfaßelt worden sein, wenn wir erklärt hätten, der demagogische
 Schwindelantrag des Centrums sei nur zu dem Zwecke gestellt worden,
 in der Kommission von einer sicheren Mehrheit genehmelt zu
 werden. Heute, da das Centrum selbst seinen Antrag in Stich ge-
 lassen und sich auf den Beistand des Antrags Trimborn
 zurückgezogen hat, ist es klar, daß da sein ursprünglicher Antrag nur
 dazu da war, um mit ihm großmäulige Reden zu treiben, daß
 aber niemals die erste Absicht bestand, ihn Gesetz werden zu
 lassen.

Es ist schon längst zwingend nachgewiesen worden, daß auch
 jene Zollträge, die nach dem ursprünglichen Antrag des Centrums
 für die Wittven- und Waisenversorgung verwendet werden sollten,
 nur einen verschwindenden Teil dessen an das Volk zurückerstatten
 würden, was ihm geraubt werden soll. Auch jene Erträge hätten
 kaum dazu ausgereicht, den Wittven und Waisen selbst die Mehr-
 ausgaben zu vergüten, die ihnen der Brotwucher auferlegen will.
 Davon ist ihnen nun vom Centrum selbst ein erheblicher Teil noch
 konfisziert worden. Die Mehrerträge von Gerste, Hafer,
 Federweiz, Eier, Butter, Käse und Mäcker-
 produkten, mit Ausnahme des Weines, die nach dem ursprüng-
 lichen Antrag „socialpolitischen Zwecken“ dienen und „die Schärpen
 des Zollkampfes mildern“ sollten, werden nach dem jetzt an-
 genommenen Antrag Trimborn ruhig zu Heeres- und Flottenzwecken
 verwendet werden dürfen. Dieser allgemeinen Verfürgung des
 „Patrimoniums der Enterbten“ sind vorläufig nur Roggen,
 Weizen, Vieh, Fleisch und Wehl entgangen. Wer kann sagen, wieviel
 davon auf dem Wege zur dritten Lesung noch übrig bleiben wird?

Damit aber nicht genug! Nach dem ursprünglichen Antrag des
 Centrums sollte nur soviel von den Zollträgen der Reichsliste ver-
 bleiben, als sie aus den zwölf angeführten Zollgegenständen im
 Durchschnitt der letzten sieben Jahre bezogen hat. Nun sind von
 diesen zwölf Artikeln nicht nur sieben einfach gestrichen worden, sondern
 der Berechnungsmodus für die restlichen fünf hat zu Ungunsten der
 Versorgungsbedürftigen eine einschneidende Verschlechterung erfahren.
 Der Reichsliste resp. den Einzelstaaten soll nach dem Antrage Trimborn
 so viel von den Zollträgen verbleiben, als sie bisher von
 ihnen pro Kopf der Bevölkerung bezogen haben. Jene
 Erhöhung der Zollträge, die sich aus der natürlichen Vermehrung
 der Bevölkerung ergibt, sollte nach dem ursprünglichen, nun im
 Stich gelassenen Antrage der Wittven und Waisen zufallen. Durch
 den Antrag Trimborn ist sie ihnen gleichfalls konfisziert worden.

Aber auch damit noch nicht genug! Der Verrat der
 Centralpartei an ihrem eigenen Reformprojekt ist damit nur vor-
 läufig erschöpft. Die Erklärungen, die Herr Trimborn, der ver-
 antwortliche Redakteur des Verschlechterungsantrages, über die zu-
 künftige Haltung seiner Partei gegeben hat, übersteigen das Maß
 der bisheriger Jugendscham noch um Vergeßhöhe. Denn hat Herr
 Trimborn vor der Regierung und dem ewigen Flottenhunger einen
 halben Kolon gemacht, so macht er vor den Interessen der
 Arbeitgeber gleich einen ganzen. Es war von vorn-
 herein klar, daß die Wittven- und Waisenversorgung ohne
 Beiträge der Arbeitgeber eine halb kühnliche, halb kläg-
 liche Mühseligkeit bleiben müßte. Denn die Einkünfte des
 geplanten Versorgungsinstituts aus den Zöllen hätten schon nach
 dem ersten Projekt noch für kein dürftiges Almosen ausgereicht.
 Darum hatte Herr Trimborn in der Kommission erklärt, er stelle
 sich die Sache so vor, daß das Reich die Hälfte ausführe, die
 andre Hälfte aber von Arbeitgebern und Arbeitern getragen würde. Inzwischen aber haben sich
 die Arbeitgeber für dieses Geschäft beiseits bedankt. Und nun ereignet
 sich das Ungeheuerliche: Während das Centrum allen Wünschen,
 Bitten und Drohungen gegenüber, mit denen es die katholischen
 Arbeiter von seinen Brotwucherplänen abzubringen versucht, hat
 hartnäckig geblieben ist, hat Herr Trimborn im Reichstag allen
 Plänen abgeschworen, die den Arbeitgebern irgend eine Verlastung
 zumuten würden.

Den Arbeitern sollen Milliarden jährlich von ihrem Einkommen
 genommen. Und der Ertrag dieser Milliarden soll den länd-
 lichen und städtischen Arbeitgebern durch Industrie- und Agrarzölle
 zugestrandelt werden. Die Belastung, die diesen Arbeitgebern aus der

Wittven- und Waisenversorgung „drohte“, hat der Abg. Trimborn
 selbst auf etwa 45 Millionen jährlich geschätzt. Sie ist also nur ein
 verschwindender Bruchteil dessen, was das vereinigte Ausbeutertum
 aus dem Zollschacher beiseite legen will! Und weil Herr Trimborn
 diesem Ausbeutertum ein so geringfügiges Opfer zugewendet hat,
 darum hat er es am Freitag förmlich um Verzeihung gebeten. Er
 hat ausdrücklich erklärt, daß er in der Kommission nur seine persönliche
 Meinung ausgesprochen habe, und daß seine Partei als solche sich keines-
 wegs zur Höhe seiner Menschenfreundlichkeit aufzuföhren vernünftige.
 So sieht die Wäderung des Zollkampfes aus, die das Centrum mit
 seinem christlichen Wittven- und Waisenversorgungsschwindel beab-
 sichtigt haben will: Es hat dem armen ausgebeuteten Volk zum
 Schaden noch den Spott gefügt, es hat mit dem Heiligsten und Ver-
 denerndsten, es hat mit dem Elend der Wittven und Waisen
 Schindluder getrieben, es hat in die Wunden, die die Hungerpeitsche
 den Kernsten schlägt, Pfeffer und Salz gestreut. Wer trägt die Kosten
 der Wittven- und Waisenversorgung? Das Reich bedankt sich, die
 Arbeitgeber bedanken sich, und zum Schluß bleibt als Haupt-
 träger der Lasten die Arbeiterschaft selbst übrig, die durch den
 Zollschacher ohnehin weißgeblutet werden soll.

Das ist die Politik der allerbarmerzigsten, der demokratischen,
 der christlichen Arbeiterpartei!

Herr v. Thielmann, der Reichschatzmeister, war weit davon
 entfernt, dem Centrum für seine Geschenke zu danken. Er darf
 sich vielleicht der Hoffnung hingeben, daß das Geschäft zum Schluß
 nicht zu seinem Schaden ausfallen wird. Der Redner
 der Rechten, Graf Ranig, trat, nachdem er durch aller-
 lei nicht zur Sache gehörige Ausführungen Abstraktion
 getrieben hatte, für die Resolution Rettich ein: „es seien die Re-
 gierungen aufzufordern, Maßnahmen in Erwägung zu ziehen“ usw.,
 Ausführungen, die in ihrer Entblößung von aller Sachlichkeit wie ein bö-
 sartiger Witz auf den Kampanfänger Trimborn wirkten. Herr Richter,
 der Liebhaber der äußersten Rechten, vertrat die beschränkte Finanzpolitik
 des Kleinbürgertums, die auch jene Abgaben verabscheut, welche zu
 vernünftigen Zwecken verwendet werden. Er verwies die Wittven und
 Waisen auf den Weg der — Selbsthilfe. Herr Saffermann hat
 seine Sendung als Messias der national-socialen Socialpolitik trotz
 aller Brotwuchergelüste nicht vergessen, und so sprach er sich tapfer
 vor den — Centralularen und trat für den Antrag Trimborn ein.
 Aber ein großer Teil seiner Freunde war selbst dafür nicht zu
 haben!

Der Tag, der dazu schon durch den sachlichen Gang der Ereignisse
 für das Centrum eine zerschmetternde moralische Niederlage be-
 deuten mußte, hat die socialdemokratische Fraktion auf ihrem Posten
 gefunden. Unter der rednerischen Führung der Genossen Kollens-
 buhr und Ledebour hat sie schrittweise in hartem Kampfe alle
 Positionen verteidigt, die die heimtückische Verräteraktion des Centrums
 verlor hatte. Mit ihrer Hilfe ist diesmal wenigstens der armelige
 Flegel des Antrags Trimborn gerettet worden. Ob auch das letzte
 Großschand, das die Mehrheit für die Wittven und Waisen groß-
 mütig erträgt hat, nicht schließlich auch zum Schacherobjekt der
 Verständigungaktion werden soll, wird erst die dritte Lesung lehren.
 Mit Herrn Richters Hilfe wird schließlich vielleicht noch Herr
 Rettich triumphieren!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. November.

Neue Kämpfe.

Der Reichschatzsekretär v. Thielmann hat in der Freitag-
 sichtigung des Reichstags einige Mitteilungen gemacht, die zwar nicht
 neu sind, mit jener Bestimmtheit aber, mit der sie abgegeben wurden,
 bisher noch nicht vertreten worden sind. Er hat erklärt, daß der
 nächste Etat einen

Zehlbetrag von 150 Millionen

ergeben würde. Dieser Zehlbetrag soll auf eine nach der Verfassung
 ganz unzulässige Weise, zum großen Teil durch Ausgabe eines neuen
 Kumpfs, durch eine sogenannte „Ergänzung“ oder „Zuschuß-
 anleihe“, gedeckt werden.

Es ist klar, daß ein so seltsamer, ja ungeheuerlicher Etat die
 sorgsamste Prüfung durch die Volksvertretung erheischt. Um so be-
 fremdlicher muß es erscheinen, daß dieser Etat dem Reichstage
 gegen sonstigen Gebrauch erst nach Weihnachten zu-
 gehen soll. Der Reichstag soll gezwungen werden, seine augen-
 blicklich wichtigste Aufgabe zu vernachlässigen, um für den Zoll-
 schacher Zeit zu gewinnen!

Herr v. Thielmann hat ferner mitgeteilt, daß die
 Erhöhung der Tabaksteuer

in nächster Aussicht steht. In welchem Zeitpunkte diese Vorlage ein-
 gebracht werden soll, hat er verschwiegen. Es ist ganz unwahrschein-
 lich, daß der Reichstag, selbst wenn er sich von der Schädlichkeit
 und Unsichtbarkeit seiner jetzigen Bemühungen überzeugen sollte,
 zur Erledigung einer so wichtigen Vorlage noch Zeit finden würde.
 Es wird Sache der Wähler sein, dafür zu sorgen, daß im
 nächsten Reichstag keine Mehrheit zu finden sei für eine Erhöhung
 der Tabaksteuer, der sich womöglich — der Appetit wächst mit dem
 Essen — auch eine Biersteuer anschließen würde.

Je gefährlicher sie gewarnt werden, desto besser! —

Die neue Mehrheit.

Paris, 19. November. (Fig. Ber.) Die Kartellmehrheit der
 Kammer (der „Bloc“) zeigt immer deutlichere Symptome der Ermü-
 dung und der Müdigkeit. Kein Wunder! Nichts ermüdet so
 sehr wie geschäftiges Nichtstun. In den fünf Wochen der Sessio-
 nskession ist man über einige gesetzgeberische Anlässe nicht hinaus-
 gekommen. Ist aber eine Kartellmehrheit müde, so halten ihre ver-

schiedenen Bestandteile nicht mehr eng zusammen; die parteipolitische
 Disziplin, ein junges und zartes Pflänzchen in der französischen
 Kammer, erschlafft, die unsicheren Kantonalisten und die ministerfähigen
 Streber haben leichtes Spiel in ihren auf die Desorganisation der
 Regierungsmehrheit abzielenden Intriguen.

So sind unter anderem die Wahlen der Kammervertreter in die
 höhere Arbeitskommission (obere Kontrollinstanz der Gewerbe-
 Inspektion) für den „Bloc“ eine unangenehme Ueberschneidung gewesen.
 Seine zwei Kandidaten, ein Linksrabikaler und ein Jaureddist, sind
 unterlegen gegenüber einem diszipliniertem landbiedernden Rechts-
 radikalen und einem Modestiken. In das gleiche Kapitel gehört die
 Wahl Doumer's zum Vorsitzenden der Budgetkommission, trotz
 der heftigen Opposition von Jauredd's. Doumer, der unter dem
 Kabinett Meline seine Agitation für die Einkommensteuer um den
 goldenen Posten eines Vicekönigs von Indochina verchachtet hatte,
 spielt seit seiner Rückkehr ins parlamentarische Leben die
 zweifelhafte Rolle eines von den Nationalisten gelobhudeiten
 Rabikalen. Man nennt ihn mit Recht einen angehenden fran-
 zösischen Chamberlain. In der Zeit seines Vicekönigtums hat er
 sich zum Schwärmer für das „größere Frankreich“ entwickelt.
 Uebrigens ist dieser ehemalige Lousangist für die Laufbahn eines
 politischen Abenteurers wie geschaffen. Neben einem strapellosten
 Ehrgeiz hat er das nötige Talent dazu. Die Rabikalen sind aber
 an Talenten arm. Desto liebevoller häßlich sie ihren Doumer,
 unbelümmert um seine Intriguen gegen den rabikalen und socialisti-
 schen „Bloc“ bezw. gegen das Kabinett Combes.

In den gestrigen Wandalprüfungen endlich hat die Kammer
 so standhafte Beschlüsse gefaßt, als würde sie eine liberal-melancholi-
 sch-nationalistische Mehrheit aufweisen. Die Wahl eines bretonischen
 Merikalen, erwiesenermaßen durch priesterlich-mönchischen Druck,
 durch Bestechung und reichliche Bewirtung mit Freischmacks zu Stande ge-
 kommen, wurde mit 15 Stimmen Mehrheit für gültig erklärt. Und
 womöglich noch bössartiger war die Anerkennung des Mandats eines
 Dr. Loque-Drauge, eines Abenteurers niedrigster Sorte. Er hatte
 sich nach einander an die Socialisten und an die rabikale Partei
 heranzubringen gesucht. Von beiden abgewiesen, stellte er seine
 „unabhängige republikanisch-demokratische“ Kandidatur auf, unter-
 stützt von den Kongregationen und sämtlichen Merikalen des Wahl-
 kreises. Er gab sich aber democh für einen Rabikalen aus. Um
 den Vertrag perfekt zu machen, verübte er zwei Fälschungen.
 Er verbreitete Wahlsplakate mit der Unterschrift des Sekretärs des
 Centralkomitees der rabikalen Partei, während der Untergelichner
 Sekretär eines Pariser nationalistischen Bezirkskomitees ist. In
 einem zweiten Plakat befrucht er dann dem wirklichen Sekretär der
 rabikalen Partei diese seine Eigenschaft und nannte ihn „Päpster“...
 Gewählt wurde er in der Stichwahl mit bloß 32 Stimmen Mehr-
 heit gegenüber dem wirklichen Kandidaten der rabikalen Partei.
 Trotz alledem wurde der Betrüger und Fälscher von der Kammer
 mit 100 Stimmen Mehrheit in ihre Mitte zugelassen! ... —

Ueber den Gesundheitszustand des Zaren

circulieren seit geraummem bedenkliche Nachrichten. Bekannt ist ja,
 daß der Zar kankelte, seitdem er auf seiner Reise um die Welt in
 einem japanischen Teehause durch ein anrüchliches Individuum eine
 schwere Schädelverletzung davon getragen hatte. In der letzten Zeit
 berichtete namentlich die englische Presse vielfach über unerböte Zu-
 stände Nikolans II., gleichzeitig berichteten Meldungen, daß die
 Zarin von einer heftigen Nervenkrankheit befallen sei, die die
 Hinguziehung ausländischer Kapazitäten notwendig mache. Rumor
 bringt auch, wie wir der Raumannschen „Zeit“ entnehmen, Strabes
 „Verletzung“ eine Mitteilung über den bevorstehenden Gemüts-
 zustand Nikolans II. Der Herausgeber bemerkt selbst zu ihr,
 er trage an sich Bedenken Sensationsnachrichten weiter zu
 geben, leider aber mache es die Natur seiner Quellen
 sehr wahrscheinlich, daß es mit der Sache seine
 Richtigkeit habe. Danach soll schon seit einem Jahre ein ge-
 wisser Filippow, dem Kaiser Nikolans II. durch einen Groß-
 fürsten zugeführt, am Hofe sein Wesen treiben. Filippow
 besäße die durch spirituelle Experimente Geister,
 namentlich den des verstorbenen Alexander III., bei dem der Sohn
 sich dann Rat erholt; mit seinen psychologisch-diätetischen
 Experimenten soll er auch hinter der (wie jetzt allgemein angenommen
 wird) eingebildeten Schwangerschaft der Kaiserin
 gesteckt haben. Die „Zeit“ ist ebenfalls der Ansicht, daß die
 Nachrichten sehr viel Wahrscheinlichkeit für sich hätten.

Sollten die Nachrichten, die auch wir für nicht unbegründet halten,
 zutreffen, so wäre für Russland die Zeit Nikolans I. wieder
 gescheit. Dieser erste Nikolans, ursprünglich ein Verehrer Rousseaus,
 wurde später ein Werkzeug der quietistisch-spirituell über-
 spannten Frau v. Krüdener, die auf den Abschluß der be-
 schäftigten „Heiligen Allianz“ belamisch den größten Einfluß aus-
 übte. Während Nikolans I. sich mit den Anhängern der Krüdener
 beschäftigte, überließ er die Geschicke seines Landes einem brutalen,
 ungebildeten Günstling, der die ihn übertragene Bauern-
 befreiung dadurch zu lösen suchte, daß er „militärische An-
 siedlungen“ ins Leben rief, wodurch er die Leibeigenschaft zur
 Knierrückwärtssteigerung und zahlreicher Rebellionen der Bauern
 hervorrief, die er dann mit bestialischer Grausamkeit niederschlug.
 Hier vorf heute wieder werden auch damals die revolutionierenden
 Bauern zu Tode geknüttet. Auch die Presse und die Universitäten
 wurden genau so wie heute unterdrückt und geluchelt.

Rag der geistige Verfall Nikolans II. für seine Umgebung ein
 noch so offenkundiger sein, diese Umgebung, die würdigen Nachfolger
 des Kräftigejens des ersten Nikolans, werden nur um so gefährli-
 cher das wunderliche Treiben des Hofes zu bewahren suchen, das
 die skandalöse Günstlings- und Anstaltenwirtschaft des gestürzten
 Landes so äppig gedeihen läßt. —

Deutsches Reich.

Museinander verständigt! So findet augenblicklich das Verständigungsbarometer. Die mittlere Linie ist immer noch nicht gefunden. Die **Polimehrheit** findet — trotz der „Obstruktion“ — immer noch keinen durchgreifenden Vorwand, um vollends zu Kreuzen kriechen zu können.

Uns ist das **Coulissenspiel** kaum noch der Aufmerksamkeit wert. — **Patriotenjammer.** Zu der socialdemokratischen Interpellation über die **Polizei-Maßnahmen** und den **Strasßenzug** bemerkt die „**Tägliche Rundschau**“ tieftraurig:

„Es ist bedauerlich, daß die bürgerlichen Parteien auch hier wieder der Socialdemokratie den Vortritt lassen. . . Es bleibt unter solchen Umständen dringend zu wünschen, daß zum mindesten bei einer Besprechung der Interpellation im Reichstage auch Angehörige der bürgerlichen Fraktionen ein Wortlein mitreden. Es ist durchaus nicht von nöten, daß die politischen Klammern auf neue in dem Glauben bestärkt werden, nur die Socialdemokratie hätte den wahren Mut ihrer Meinung; nur sie sei der Hort der Schwachen und Bedrängten. In Wirklichkeit ist sie es mit nichten.“

Welch eine Zummung an die „Patrioten“. Für die giebt's doch nichts mehr auf der Welt als den **Pollschacher!** —

Das Zollverbot. Die katholische „**Köln. Volkszeitung**“ ist offenerzig, ihren Lesern sehr anschaulich zu machen, was das Centrum bis jetzt im **Hollwäcker** geleistet hat. Sie stellt nämlich die Belastung, die durch die **Wich-** und **Fleischzölle** entstehen wird, wie folgt zusammen:

| | Nach dem alten | | Nach den Reichstags- | |
|--------------------|------------------|-----------------|----------------------|--------------|
| | allgemeiner Satz | ermäßigter Satz | allgemeiner Satz | Mindest-Satz |
| für eine Kuh | 9,00 | 9,00 | 81,00 | 64,50 |
| für einen Stier | 9,00 | 9,00 | 81,00 | 64,50 |
| für einen Ochsen | 30,00 | 25,50 | 185,00 | 108,00 |
| für ein Kalb | 4,00 | 3,00 | 9,00 | 7,20 |
| für ein Schaf | 1,00 | 1,00 | 9,00 | 7,20 |
| für ein Schafschm. | 6,00 | 5,00 | 27,00 | 21,00 |

für ein Kilogramm
Dahnenfleisch, frisch . . . 0,20
Schweinefleisch, frisch . . . 0,20

Auf das **Kilo Schlachtgewicht** berechnet stellen sich die neuen **Zollsätze** nach den **Beschlüssen** des Reichstages wie folgt:

| | Allgemeiner | | Mindest- | |
|---------------------------------------|-------------|----------|----------|----------|
| | Satz | pro Kilo | Satz | pro Kilo |
| für Röhre | 28 1/2 | 36 | 28 1/2 | 36 |
| für Stiere | 28 1/2 | 36 | 28 1/2 | 36 |
| für Ochsen | 28 1/2 | 36 | 28 1/2 | 36 |
| für Kühe | 28 1/2 | 36 | 28 1/2 | 36 |
| für Schweine | 22 1/2 | 18 | 22 1/2 | 18 |
| für frisches Ochsen- und Stierfleisch | 45 | 36 | 45 | 36 |
| für frisches Schweinefleisch | 45 | 36 | 45 | 36 |

Die **Zollerhöhung** der **beschlossenen Mindestsätze** gegen die jetzt geltenden **Vertragsätze** stellt sich für:

| | auf 640 Proz. |
|-----------------|---------------|
| Milch | 640 |
| Stiere | 324 |
| Ochsen | 140 |
| Kühe | 620 |
| Schafe | 320 |
| Dahnenfleisch | 140 |
| Schweinefleisch | 110 |

Eine **Zollerhöhung** um **640 Prozent**, eine **Zollverleuerung** des **Kilo Fleisch** um **45 Pfennig** — das ist der **Wucher** der mittleren Linie, den das **Centrum** treibt.

Die ganze **edle Kunst** der **Kramattenmacher** wird jetzt einsehen, wie wenig sie ihr **Handwerk** verstehen. Sie müssen erst beim **Centrum** lernen, wie der **Wucher** großen und frommen **Sitts** zu betreiben ist. —

Krupp auf Capri.

Obwohl die italienische Presse bereits im September sich mit der **Affaire Krupp** zu beschäftigen begann, ließ die **Firma Krupp** zwei volle Monate nichts von sich hören. Es wäre doch sehr leicht gewesen, sofort die italienischen „**Verleumder**“ vor Gericht zu ziehen. Seitdem aber der „**Vorwärts**“ den Fall auf Grund untraglicher Informationen nach langem Zögern veröffentlicht hatte, wurde es in der ganzen Welt lebendig wie in einem ausgeführten Ameisenhaufen. Die Staatsanwälte arbeiteten mit **Vollkraft**, die Polizei konfiszierte die **Häute** und die **Firma Krupp** fabrizierte statt **Kanonen** schriftstellerische Erzeugnisse. Und alles dies, obwohl wir nur einen ganz winzigen Teil des vorliegenden Materials veröffentlicht hatten, in der Tendenz, endlich die **Veseitigung** des § 175 zu erwirken, der an Stelle des **Gesetzes** die **behördliche Toleranz** verordnet hat und der **Polizei** ein mächtiges **Machtmittel** in die Hand giebt, in deren **Geheimnissen** das **Schicksal** vieler markanter **Personen** verschlossen ist.

Das neueste literarische Erzeugnis der **Firma Krupp** ist von dem „**Justizrat**“ des **Gen. Kommerzienrats**, einem **Affessor Korn**, in die „**Kölnische Zeitung**“ und zwar in den **redaktionellen Text**, nicht etwa in den **Interatenteil** lanciert worden und **liest** sich sehr **erbaulich**, wie man **ersehen** wird. Die **Geschichtserzählung** aus dem **geheimnisvollen** Reich der **blauen Grotte** lautet:

In der **Gemeinde Capri** bestehen zwei Parteien, die bei den diesjährigen **Erneuerungswahlen** zur **Kommunalverwaltung** den **bestrittenen** Wahlkampf führten. An der Spitze der **herrschenden** Partei steht der **Sindaco** des Ortes, der zugleich der **Besitzer** des **Hotels Quisisana** ist und in diesem Jahr mit **seinen** Kandidaten **abgesiegt** hat. Herr **K. A. Krupp** in **Essen**, der **auf** **Capri** **in** **diesem** **Wie** **in** **den** **Vorjahren** **etwa** **neun** **Wochen** **fest** **auf** **gehalten**, hat sich um die **politischen**, d. h. **mehr** **persönlichen** **Freundschaften** der **Inselbewohner** nie gekümmert und **absichtlich** jede **Stellungnahme** **vermieden**. Seine **Person** ist indes nach seiner **Abreise** von dem **Sindaco** insofern in den **Wahlkampf** hineingezogen worden, als dieser die **großen** **Wohltaten** hervorhob, die die **Insel** und ihre **Bewohner** Herrn **Krupp** verdanken, und daß **kein** **Sieger** der **Gegenpartei** und **kein** **Verbleiben** des **Herrn Krupp** **dieselben** **aufheben** würden. Nach ihrer **Kiederlage** hatte die **Gegenpartei** das **Interesse**, den **abliegenden** **Hotelbesitzer** und **Sindaco** **thunlichst** zu **schädigen**, und um dies zu **erreichen**, **Herrn Krupp** **dauernd** von **Capri** **fernzuhalten**. Zu diesem **Zweck** streute sie die **niederträchtigsten** **Beschuldigungen** gegen **Herrn Krupp** aus, indem sie ein **gelegentliches**, **harmloses** **Zusammensein** von **Herrn Krupp** mit **seinen** **capresischen** und **deutschen** **Bekanntem** in **gemeinsamer** **Weise** **verdächtigte**, und **veranlaßte** die **socialistische** **Zeitung** in **Neapel**, „**Propaganda**“, drei **diesbezügliche** **Artikel** unter dem **18. September**, **18.** und **20. Oktober** **auszunehmen**. Herr **Krupp** hat nach **Kenntnis** dieser **Artikel** die **geeigneten** **Schritte** wegen **Rats** und **Beistandes** bei den **Behörden** **gethan**. Wohl in **erster** **Linie** diesem **politischen** **Interessenspiel** sind die **erwähnten** **öffentlichen** **Schmähungen** gegen **Herrn Krupp** **zuzuschreiben**. Daneben sind **naturgemäß** **einige** **wenige** **Personen** in **Capri** **vorhanden**, die **sich** **durch** **Herrn Krupp's** **Aufenthalt** in **Capri** **insofern** **geschädigt** **fühlen**, als **durch** **seine** **Hilfe** **einige** **kleine** **Leute** **aus** **ihren** **Wucherhänden** **befreit** und **damit** **ihre** **Macht** **entzogen** **sind**, sowie **einige** **andre**, deren **ihre** **Witten** **um** **Unterstützung** oder **Grundstücksankauf** von **Herrn Krupp** **abgeschlagen** worden sind. Eine **Willa** hat **Herr Krupp** während seines **Aufenthalts** in **Capri** **nicht** **bekannt**, sondern **fiel** **während** **des** **ganzen** **Vorfalls** **in** **dem** **vorgenannten** **Hotel Quisisana** **gewohnt**. **Jene** **oben** **genannten** **unlauteren** **und** **nach** **jeder** **Richtung** **er-**

logenen **Kudstreunungen**, deren **Charakter** **Herr Krupp** **geworden** **ist**, **sind** **auch** **dem** **Centralorgan** der **deutschen** **Socialdemokratie**, dem „**Vorwärts**“, **aufgegriffen** worden. Der **sofort** **gegen** **dieses** **Blatt** **eingeleitete** **Strasßenzug** wird **erweisen**, daß **hier** **selten** **frivole** **und** **verleumderische** **Machenschaften** **ihren** **Weg** **in** **die** **Presse** **gefunden** haben.“

Wir haben **keineswegs** die **Absicht**, schon **jetzt** in der **Affaire Krupp** **nur** zu **veröffentlichen**, als die **Dokumente**, die **von** **der** **Firma Krupp** **ausgehen**. Wir **vermuten**, daß **das** **darstehende** **Attentat**, so **viele** **Mittel** **es** **auch** **birgt**, **überall** **inniges** **Verständnis** **finden** **wird**; **es** **ist** **interessanter**, als die **Autoren** **vielleicht** **beabsichtigt** **haben**.

Nur **einen** **Punkt** **möchten** **wir** **kurz** **berühren**, weil **er** **die** **Kruppsche** **Socialpolitik** **beleuchtet**. Wir **erfahren** **jetzt**, daß **Herr Krupp** **sich** **auf** **Capri** **mit** **dem** **edlen** **Gewerbe** **befähigt** **hat**, **Capreser** **Eingeborene** **aus** **Wucherhänden** **zu** **befreien**. Diese **Thätigkeit** **nahm** **den** **Namen** **so** **sehr** **in** **Anspruch**, daß **er** **nicht** **einmal** **Zeit** **hatte**, **jenes** **Telegramm** **seiner** **Essener** **Arbeiter** **zu** **beantworten**, das **die** **Lohnföhrungen** **und** **Chikanierungen** **auf** **seinen** **Werken** **schilderte**. Wenn **Krupps** **Arbeiter** **Capreser** **wären**, so **würde** **er** **sie** **sogar** **aus** **Wucherhänden** **befreien**.

Wolffs **Bureau** **verbreitet** **folgendes** **Telegramm**:
München, 21. November. Die „**M. N. N.**“ **teilen** **mit**, daß **ihnen** **ein** **Telegramm** **des** **italienischen** **Ministers** **des** **Außeren** **Prinetti** **zugegangen** **ist**, **in** **welchem** **es** **als** **durchaus** **unbegreiflich** **bezeichnet** **wird**, daß **Geheimrat Krupp** **ausgewiesen** **sei**.

Wolff, die **Münchener** **Neuesten** **Nachrichten**“ **und** **Herr** **Prinetti** **hätten** **sich** **die** **Telegrammgebühren** **ersparen** **können**. Niemand **hat** **behauptet** **und** **erwartet**, daß **die** **italienische** **Regierung** **Krupp** **„ausgewiesen“** **habe**. **Gesagt** **ist** **nur** **worden**, daß **man** **ihm** **den** **guten** **Rat** **gegeben** **habe**, **Capri** **zu** **meiden** — **ein** **guter** **Rat**, **der** **für** **die** **italienische** **Regierung** **nicht** **kompromittierend** **wäre**.

Beschlagnahme **wurde** **nachträglich**, **sogar** **am** **hochheiligen** **Wuchtag**, die **„Volkszeitung“** **in** **Düsseldorf** **wegen** **des** **Artikels** **„Krupp auf Capri“** **gefunden** **wurden** **noch** **neun** **Stück** **der** **Nummer**, **die** **ganze** **Auflage** **war** **zwei** **Tage** **vorher** **schon** **verbreitet** **worden**. — **Gehausucht** **wurde** **am** **Donnerstag** **auch** **in** **der** **„Volkswoche“**, **dem** **Vielefelder** **Parteiorgan**. **Resultat**: **ein** **Exemplar**! **In** **Dortmund** **ist** **die** **„Arbeiter-Ztg.“** **sogar** **bei** **Privatpersonen** **von** **der** **Polizei** **weggenommen** **worden**.

Im **Essener** **Krupp-Organ**, der **„Mittl. Westf. Ztg.“**, **schildert** **ein** **Herr** **v. Dypel** **das** **Leben** **in** **Capri** **als** **wahres** **Paradies**:

„Im **Frühjahr** **hat** **diese** **Fremdengesellschaft** **der** **Manifazenz** **des** **Herrn Krupp**, **der** **übrigens** **manchmal** **auch** **Feuertwerk** **losgiebt**, **noch** **eine** **andre** **Freude** **zu** **danken**. **Es** **sind** **die** **Musikvorträge** **in** **dem** **Vordierladen** **gegenüber** **Paganos** **Hotel**; **die** **Violinisten** **hat** **Krupp** **selbst** **ausbilden** **lassen** **und** **bezahlt** **sie** **auch** **selbst**. **Um** **diese** **Jahreszeit** **hängt** **noch** **schwerer** **Citronenblüthenduft** **in** **der** **Luft**; **ein** **schöner** **Wind** **weht** **von** **Süden** **her** **und** **wählt** **in** **den** **Zweigen** **der** **alten** **Paganoschen** **Palme**, **zwischen** **denen** **die** **Sterne** **hineinragt**. **Schnäbelnd** **hängen** **die** **Weissen** **der** **Cavalleria rusticana**, **die** **man** **auch** **nur** **hier** **zu** **Lande** **ganz** **versteht**, **wie** **ein** **Glas** **Malvasier** **nur** **auf** **seinen** **Heimatboden** **den** **rechten** **Geschmack** **hat**. . . **Und** **diese** **Klänge** **lassen** **die** **Sterne** **noch** **tiefer** **funkeln** **und** **beschleichen** **Herz** **und** **Sinn** **mit** **trunkener** **Lebenslust**. . .“

Das **Organ** **für** **Herrn Krupp**, die **„Verl. Neuest. Nachr.“**, **bestätigt** **und** **in** **coulantester** **Weise**, daß **das** **Geschrei** **der** **Scharfmacher** **pressen** **vom** **Schlage** **der** **„Neuest. Nachr.“** **und** **der** **„Post“** **nach** **einem** **internationalen** **Anarchistengesetz** **thatsächlich** **in** **allererster** **Linie** **einem** **internationalen** **Socialisten** **Angebotsgesetz** **gelte**. **Wenn** **auch** **kein** **Verständiger** **daran** **zweifelte**, so **nehmen** **wir** **doch** **gern** **von** **diesem** **unumwundenen** **Eingeständnis** **Kotz**.

Das **Organ** **für** **Herrn Krupp** **drückt** **gleichzeitig** **Darlegungen** **der** **Londoner** **„St. James Gazette“** **über** **die** **Affaire** **Rubino** **ab**, **nach** **denen** **Rubino** **deshalb** **das** **Attentat** **begangen** **habe**, **weil** **er** **nach** **der** **Einstellung** **der** **fetten** **italienischen** **Polizeisubsidien**, **die** **erst** **vor** **einem** **Monat** **wegen** **der** **Ungeheuerlichkeit** **dieses** **Spiegels** **erfolgt** **sei**, **plötzlich** **subsidienlos** **und** **rabiat** **geworden** **sei**. **Kurz** **dies** **Bestandnis**, daß **die** **italienische** **Polizei** **der** **direkte** **Urheber** **des** **Attentats** **gewesen** **sei**, **sei** **hiermit** **gewissenhaft** **gebucht**. **Man** **steht**, **nicht** **nur** **italienische** **Stipendiaten** **zeichnen** **sich** **durch** **polizeiwidrige** **Dummheit** **aus**. —

Zu **viel** **Drillanten!** **Die** **„Hamburger Nachrichten“** **beschweren** **sich** **darüber**, daß **zu** **viel** **Drillanten** **zu** **preussischen** **Orden** **verliehen** **werden**. **Solche** **Drillanten** **kosteten** **bis** **zu** **9000** **M.** **Deshalb** **reichte** **der** **preussische** **Etat** **für** **Ordenssachen** **in** **den** **letzten** **Jahren** **nicht** **mehr** **aus**.
Also **föhre** **man** **Simili-Diamanten** **ein**. —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Das **Abgeordnetenhaus** **nahm** **§ 12** **der** **Vorlage** **betreffend** **das** **Verbot** **des** **Getreide-Terminhandels** **in** **der** **von** **Dr. Schöpsler** **beantragten** **Fassung** **mit** **94** **gegen** **93** **Stimmen** **an**. **Hierdurch** **ist** **die** **Rückverweisung** **der** **Vorlage** **an** **das** **Herrenhaus** **entschieden**.

Schweiz.

Genf, **den** **18. November**. (Fig. Ver.)
Zu **der** **gestrigen** **stark** **besuchten** **Parteiversammlung** **kam** **zunächst** **der** **Fall** **Zhibaud** **zur** **Sprache**. **Wie** **erinnerlich**, **war** **eine** **Kommission** **eingesetzt** **zur** **Untersuchung**, **ob** **Zhibaud** **noch** **länger** **Mitglied** **der** **Partei** **und** **gleichzeitig** **in** **der** **Regierung** **bleiben** **könne**. **Die** **Kommission** **unterbreitete** **nun** **folgende** **Resolution**:
„Die **Parteiversammlung** **erklärt**, daß **der** **Genosse** **Zhibaud** **in** **den** **öffentlichen** **Angelegenheiten** **nicht** **mehr** **als** **Vertreter** **der** **socialistischen** **Partei** **gelten** **kannt**.“

Da **Zhibaud** **zur** **Zeit** **erkrankt** **ist**, **auch** **seine** **Ansicht** **in** **dieser** **Angelegenheit** **nicht** **eingeholt** **worden** **war**, **beschloß** **man** **mit** **großer** **Majorität**, **diese** **Resolution** **bis** **zur** **nächsten** **Versammlung** **zurückzustellen**, **dann** **aber** **unbedingt** **in** **die** **Verhandlung** **einzutreten**.
Nach **längeren** **diesbezüglichen** **Ausführungen** **der** **Genossen** **Sigg. Schäfer** **u. a.** **wurde** **von** **letzterem** **folgende** **Resolution** **eingereicht** **und** **einstimmig** **angenommen**:

„Die **heutige** **Versammlung** **protestiert** **energisch** **gegen** **die** **Willkür** **der** **Genfer** **Regierung**, **Alte**, **welche** **die** **Begünstigung** **einer** **ausländischen** **kapitalistischen** **Kompagnie** **zur** **Folge** **hatten**, **zum** **großen** **Nachteil** **viele** **Arbeiter**, **von** **denen** **die** **meisten** **Schweizer** **Bürger** **waren**. **Sie** **protestiert** **mit** **aller** **Macht** **gegen** **die** **Rassenanweisungen** **und** **Verteilungen**, **sowie** **gegen** **die** **von** **Justiz** **und** **Polizei-Departement** **aufgestellten**, **sich** **völlig** **widerprechenden** **Ermittlungen**.
Die **Versammlung** **gelobt**, **sich** **mehr** **dem** **je** **an** **der** **Organisation** **der** **Arbeiterklasse** **zu** **beteiligen**, **um** **die** **socialistische** **Einigung** **herbeizuföhren**, **welche** **unerlässlich** **ist** **für** **die** **Durchföhierung** **der** **proletarischen** **Forderungen**, **sei** **es** **in** **Politik**, **sei** **es** **in** **Gewerkschaft**.
Daher **nimmt** **sie** **Stellung** **gegen** **alle** **Versuche**, **welche** **die** **vermeint** **bürgerliche** **Reaktion** **bereitet** **zu** **dem** **einzigen** **Zweck**, **die** **Emancipation** **der** **Arbeiter** **zu** **verhindern**.
Im **besonderen** **protestiert** **die** **Versammlung** **gegen** **das** **widerrechtliche** **Urteil**, **welches** **Bertoni**, **Steinegger** **und** **Großfer** **verdammte**, **ohne** **Beweise**, **nur** **auf** **Grund** **der** **Polizei-Rapporte**.“

Es **wurde** **noch** **eine** **Petitionsbewegung** **zu** **Gunsen** **der** **drei** **Verurteilten** **beschlossen**. **Es** **hand** **deshalb** **heute** **eine** **kombinierte** **Versammlung** **mit** **der** **Föderation** **und** **der** **Union** **ouvrière** **statt**. **Wenngleich** **bei** **den** **derzeitigen** **Genfer** **Kantonsgesetzen** **eine** **Amnestie**

ausgeschlossen **erscheint**, **wird** **man** **dennoch**

Fammern und Handels-Inspektoren forderten. Der Regierungskommissar erklärte, daß die Zeit seit dem Inkrafttreten der neuen, das Handelsgewerbe betreffenden Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung zu kurz sei, um jetzt schon übersehen zu können, ob Änderungen nötig seien. Nach längerer Diskussion, in der die Abgg. Albrecht, Thiele und Tuhauer (Soc.) gegen jede Beschränkung der Ruhezeit der Handelsangestellten und für weitere gesetzliche Schutzmaßnahmen für das Handelspersonal eintraten, beschloß die Kommission, die gesamten Petitionen dem Reichslanzler als Material zu überweisen.

Eine Petition des Centralrates der deutschen Gewerbetreibenden fordert das Verbot der Nachtarbeit für Kinder unter 14 Jahren und gesetzliche Bestimmungen, nach denen jugendliche und erwachsene Arbeiter höchstens acht Stunden während der Nacht beschäftigt werden dürfen.

Abg. Albrecht (Soc.) trat für die Wünsche der Petenten ein, indem er unter anderem darauf hinwies, wie widersinnig es sei, bei der gegenwärtigen Geschäftskrise, wo so viele Arbeiter arbeitslos seien, einen Teil der Arbeiter noch während der Nacht zu beschäftigen. Er beantragte, die Petition dem Reichslanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.) beantragte, die Petition, so weit sie die Nachtarbeit der Frauen und Kinder betreffe, dem Reichslanzler zur Berücksichtigung, so weit sie die Nachtarbeit erwachsener männlicher Arbeiter betraf, als Material zu überweisen. Sowohl der sozialdemokratische als auch der freisinnige Antrag wurden abgelehnt und beschloß, den ersten Teil der Petition (Nachtarbeit der Kinder und Frauen) dem Reichslanzler zur Erwägung, den übrigen Teil als Material zu überweisen.

Eine andre Petition, betreffend Einführung eines gesetzlichen Ruhetages in jeder Woche für das technische Bühnenpersonal wurde dem Reichslanzler zur Erwägung überwiehen.

Ferner gelangte eine Petition zur Verhandlung betreffend anderweitige Regelung der Rechtsverhältnisse der gewerblichen Gärtner. Bekanntlich besteht Streit darüber, ob die in Handelsgärtnereien beschäftigten Personen den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung oder denen der Gesinde-Ordnung unterliegen; ob sie bei den Wahlen der Weisiger zu den Gewerbebezirken wahlberechtigt sind. Seit Jahren sind unsere Parteigenossen im Reichstage für die Unterstellung der gewerblichen Gärtner unter die Gewerbe-Ordnung eingetreten; leider bisher ohne Erfolg. Auch die Petition stellt dieselbe Forderung, welche vom Genossen Ledebour eindringlich befürwortet, andererseits lebhaft bekämpft wurde. Ledebour beantragte, die Petition dem Reichslanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Dieser Antrag, wurde, weil auch der freisinnige Abg. Eichhoff gegen denselben stimmte, mit 6 gegen 5 Stimmen abgelehnt, da nur noch 11 Kommissionenmitglieder (darunter die 5 sozialdemokratischen) anwesend waren. Die Mehrheit beschloß, die Petition dem Reichslanzler als Material zu überweisen.

Parteinachrichten.

Die Landtagswahlen in Anhalt hatten, wie uns ein Privattelegramm meldet, einen sehr erfreulichen Erfolg. Es wurden vier Parteigenossen in den Landtag gewählt und zwar Peus in Dessau, Günther in Coswig, Voigt in Witten und Langheld in Dessau Land II. Damit ist wieder ein Landesparlament der Sozialdemokratie zugänglich geworden. Der anhaltische Landtag besteht aus 38 Mitgliedern, wovon nur 24 aus allgemeinen Wahlen hervorgehen.

Gemeindevahlen.

In Werder a. d. Havel wurden unsere 3 Kandidaten mit 139, 141 und 143 Stimmen zu Stadtverordneten gewählt. Die gegnerischen Kandidaten brachten es nur auf 87 Stimmen.

In Frankfurt a. d. Oder siegten die Gegner noch einmal, doch erzielten wir gegen 1900 eine Verdoppelung unserer Stimmen, nämlich von 244 bis 504 auf 493 bis 504. Die Gegner erhielten 679 bis 804 Stimmen gegen 737 bis 836 im Jahre 1900.

In Oberfrohna (Sachsen) wurden in der Klasse der Unanfertigen die 3 sozialdemokratischen Kandidaten mit je 105 Stimmen gewählt. Die 3 Gegenkandidaten erhielten 28 bis 64 Stimmen.

In Pforten bei Gera wurden drei Parteigenossen gewählt. Ebenso, wie in Verichtigung unserer gestrigen Angabe mitzuteilen ist, zwei in Zwößen bei Gera. In Reulendorf (Neuh. a. L.) wurden unsere bisherigen zwei Vertreter wiedergewählt.

In Riebnburg (Anhalt) wurden zwei Parteigenossen infolge Zusammengehens mit dem Bürgerverein als Stadtverordnete gewählt. Es sind die ersten Sozialdemokraten, die in das Kollegium eintreten. Zu wählen waren nur vier Stadtverordnete.

Zu den Stichwahlen in Frankfurt a. M. haben die dortigen Parteigenossen den Beschluß gefaßt, im Bezirk Vornheim den Stichwahlkampf mit den Demokraten aufzunehmen, im übrigen aber Stimmeneuthaltung zu üben.

Dem Münchener Parteitagprotokoll ist nunmehr auch die zweite Auflage vergriffen, so daß sich ein obermaliger Neudruck erforderlich macht. Die Buchhandlung Vorwärts bittet die Parteigenossen, die ihre Bestellungen noch nicht aufgegeben haben, dies umgehend zu thun. Die Bestellungen sind zu richten an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Parteiressen. In die Redaktion der „Augsburger Volkszeitung“ tritt mit dem 1. Dezember d. J. der Genosse Arthur Wollenbuh, bisher beschäftigt in der Druckerei der „Norddeutschen Volksstimme“ zu Bremerhaven, ein.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

„Zugzwang fernhalten“ ist kein großer Kunstgriff mehr im Bezirk des Landgerichts Halle. Der Redakteur Obier von der „Graphischen Presse“, der wegen solcher Warnung in seinem Blatte angeklagt war, wurde vom Schöffengericht Schleuditz freigesprochen. Der Staatsanwalt legte Verurteilung ein und beantragte vor der Strafkammer des Landgerichts Halle 5 M. Geldstrafe aus § 360, 11. Die Strafkammer verwarf aber die Verurteilung und bestätigte die Freisprechung mit dem Hinweis, daß nach dem Band 31 der Reichsgerichts-Entscheidungen nur dann Unzulässig sei, wenn das Publikum in seiner Allgemeinheit in unmittelbarer Weise gefährdet worden sei. Vorliegende Handlung sei nicht geeignet, den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung zu gefährden, weshalb die Freisprechung geboten gewesen sei.

Wegen angeblicher Beleidigung der China-Kämpfer hatte sich Genosse Röder vor dem Landgericht in Plauen (Sachsen) zu verantworten. Die Strafkammer soll in einem Wirtshaus begangen worden sein, in dem sich ein ehemaliger China-Kämpfer mit einigen anderen Personen über die ostasiatische Expedition unterhielt. Röder habe an dem Gespräch teilgenommen und u. a. etwa gesagt: „Ihr habt dem Staate eine halbe Milliarde Schulden gemacht, die chinesischen Geschäfte und die Sternwarten, die in Berlin stehen, habt ihr auch da drüber gemauert. Ihr hättet sie einfach nicht mitnehmen sollen, ihr seid schuld daran, weil ihr Euch freiwillig gemeldet habt.“ Ein Sonderbericht Baungrat, der mit in China war, hatte deshalb Anzeige erstattet. Röder behauptet, nur im allgemeinen über die Verhältnisse in China gesprochen zu haben, er habe nur gesagt, daß bei derartigen Gelegenheiten auch oft geräuscht und gemordet werde. Nach Vernehmung eines Zeugen wird Röder wegen „Beleidigung der Mitglieder des ostasiatischen Expeditionscorps“ zu einer Geldstrafe von 200 M. oder 20 Tagen Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. Dem preussischen und in Verbindung damit dem sächsischen Kriegsministerium, sowie dem erwähnten China-Kämpfer wird das Recht zugesprochen, das Urteil zu veröffentlichen.

Der Wahrheitsbeweis.

Der Parteigenosse Haad aus Dresden hatte in einer Gewerkschaftsversammlung in Bautzen über die Zustände in der Waggonfabrik von Ruch daselbst gesprochen. Dabei hatte er die Behauptung aufgestellt, daß zur Herstellung von fünf Eisenbahnwaggons für die sächsische Staatsbahn nicht das zuvor amtlich besichtigte Holz, sondern schlechtes, teils rissiges, teils faules Holz verwendet worden sei.

Dadurch fühlte sich die Firma beleidigt und stellte Strafantrag, der vom Staatsanwalt aufgenommen wurde. In der Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts Bautzen wurde durch drei Stellmacher, die an diesen Wagen gearbeitet hatten, ausgesagt, daß Schwellen, die zu den Wagen verwendet wurden, rissig und zum Teil faul gewesen seien, daß statt der amtlich besichtigten Schwellen andre verwendet worden seien, daß große Stellen an diesen Schwellern ausgefräst worden seien.

Bei einer Revision durch den Zeugen, Eisenbahn-Sekretär Kimmmer an halbfertigen Wagen sind an einem Träger gestrichelte Stellen vorgefunden worden. Der Träger mußte wieder herausgenommen werden.

Ein Werkführer der Fabrik war zwar sehr unbestimmt in seinen Aussagen, mußte aber schließlich auch zugeben, daß Räderwerke vorgekommen seien, wenn sie auch nicht so groß sein sollten, wie die drei Stellmacher bezeugt hatten.

Darauf schloß das Gericht die Beweisaufnahme, da der Sachverhalt hinreichend geklärt sei, und — verurteilte Haad zu 500 M. Geldstrafe, weil er der Firma unredliche Absichten unterworfen habe durch die Behauptung, daß Material untergeschoben worden sei, das gar nicht abgenommen war.

Polizeistunde und Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung, die am 4. Mai v. J. zu Riebnburg im Lokal von Kluge stattfand, löste der überwachende Polizeibeamte um 10 Uhr auf, weil die Polizeistunde eingetreten sei. Der Einberufer Lagerhalter Gen. Roeder aus Riebnburg, beschwerte sich darauf beim Landrat und machte geltend, öffentliche Versammlungen seien nicht an die Polizeistunde gebunden. Der Landrat war indes der entgegengegesetzten Meinung und wies die Beschwerde als unbegründet ab. Eine weitere Beschwerde beim Regierungspräsidenten in Merseburg hatte ebenfalls keinen Erfolg. Der Regierungspräsident erachtete gleich dem Landrat die Vorschriften der Polizei für Gastwirtschaften über die Polizeistunde usw. auch dann für anwendbar, wenn in solchem öffentlichen Lokal eine Versammlung stattfindet.

Roeder kochte den ablehnenden Bescheid des Regierungspräsidenten durch Klage beim Ober-Verwaltungsgericht an und führte zur Begründung der Klage aus: Der Regierungspräsident verkenne das Verhältnis zwischen den polizeilichen Vorschriften über den Gastwirtschaftsbetrieb in öffentlichen Lokalen und den Vorschriften des Vereinsgesetzes. Der § 1 des Vereinsgesetzes regelt erschöpfend die Beschränkungen, denen Versammlungen unterliegen. Andere Beschränkungen dürfe die Polizei nicht unterwerfen. Die Wahl des Versammlungsortes sei von der Ausübung des Gastwirtschaftsbetriebes völlig unabhängig. Die Absicht der Versammlungsbekämpfer sei nicht darauf gerichtet, die Nahrungsmittel und Getränke zu konsumieren, die der Gastwirt feilhalte. Sie wollten vielmehr in erster Linie hören, was besprochen und verhandelt werde, und an den Verhandlungen teilnehmen. Nur nebenbei konsumierten sie von den Vorräten des Wirtes. Beim Eintritt der Polizeistunde könnte der Gastwirtschaftsbetrieb ruhig eingestellt werden, ohne daß die Versammlung als solche dadurch in ihren Verhandlungen irgendwie beschränkt werden brauche. Die Teilnehmer der Versammlung verzichteten ganz gern auf eine weitere Bedienung nach dem Eintritt der Polizeistunde. Das hier bestehende Vorgehen der Polizei bedeute einen verfassungswidrigen Eingriff in das Versammlungsrecht.

Der erste Senat des Ober-Verwaltungsgerichts unter dem Vorsitz des Präsidenten Beyer wies die Klage Roeders als unbegründet ab und legte dem Kläger unter Befehl des Verles des Sireitsgegenstandes auf 300 Mark, die Kosten auf. Eine nähere Begründung unterließ der Präsident.

Sociales.

Das Verbot der Weisphosphor-Bündelholzer.

Das Verbot der Weisphosphor-Bündelholzer, das der von uns bereits am Mittwoch mitgeteilte Reichs-Gesetzentwurf in Aussicht stellt, ist bereits vor vier Jahren durch einen sozialdemokratischen Antrag verlangt worden. Die Begründung des Gesetzesentwurfs vergißt dies — selbstverständlich! — anzuführen; im übrigen bestätigt sie alle die Angaben, die von unserem Fraktionsredner bei Behandlung dieser Frage bereits vorgebracht wurden. Der Antrag unserer Genossen ist zwar bei der geringen Anzahl Schwerinstage, die die Reichstagsmehrheit jetzt zulassen beliebt, noch nicht verhandelt worden, aber bei der Einarbeitung wie bei Besprechung einer Petition im Januar dieses Jahres wies unser Redner auf die Menschenopfer hin, die die so gefährliche und vollständig überflüssige Fabrikation dieser Bündelholzer erfordert. Die Weisphosphor-Bündelholzer, im Volksmunde Schwefelholzer genannt, haben nämlich eine Bündelmasse, die aus Schwefel und dem außerordentlich giftigen weissen (oder gelben) Phosphor besteht, dessen Dämpfe namentlich das Knochengerüst der Rase und des Unterkiefers angreifen und es brandig zerstören. Das unheilbare Leiden, Phosphorkrankheit benannt, ist trotz der seit 1884 bereits bestehenden Schutzvorschriften nicht verschwunden. Jahrelang wurde dies bestritten; jetzt gesteht die Regierung zu, daß allein von 1893 bis 1899 nach amtlicher Feststellung in den 80 Bündelholzfabriken des Reiches, obwohl diese den Bundesrats-Vorschriften gemäß eingerichtet und betrieben wurden, 52 Personen an Phosphorkrankheit erkrankten. Außer diesen 52 Arbeitern sind in den Jahren 1889 bis 1897 an Phosphorkrankheit noch weitere 23 Personen erkrankt, welche Weisphosphorbündelholzer in unvorschriftsmäßigen Räumen widerrechtlich hergestellt haben. „Zweifellos, so fügt die Begründung hinzu, sind nicht einmal alle Phosphorkrankfälle zur amtlichen Kenntnis gelangt.“ Die Erfahrung hat also die Unzulänglichkeit der im Jahre 1884 bezw. 1893 angeordneten Schutzmaßnahmen darzulegen und es ist bei der Eigenschaft des weissen Phosphors, schon bei gewöhnlicher Temperatur zu verdampfen und die Arbeits- und Lagerräume mit giftigen Dämpfen zu erfüllen, auch nicht zu hoffen, daß es gelingen könnte, wirksame Vorkehrungen zur Unterdrückung der Phosphorkrankheit zu treffen, wenn man sich nicht entschließt, die Verwendung von weissem oder gelbem Phosphor bei der Herstellung von Bündelholzern und andern Bündelwaren zu „verbieten“.

Daß die Regierung sich jetzt zu diesem Verbote entschließen will, findet selbstverständlich die Unterstützung der Arbeiterschaft. Selbst wenn dadurch der Preis der phosphorfreien Bündelholzer sich etwas erhöhen sollte, würde sie im Interesse der wehrlosen Opfer jener Industrie für das Verbot eintreten. Eine solche Verteuerung ist aber gar nicht zu erwarten. Wie es seitens unserer Fraktionsredner stets betont wurde, daß sich gefahrlose und völlig gleichwertige Verfahren einführen lassen, ist dies nun auch eingetreten. Es ist eine solche Bündelmasse gefunden worden und das Deutsche Reich hat sich den Erwerb derselben gesichert. Das Verfahren soll den deutschen Fabrikanten von Weisphosphor-Bündelholzern zur Verwertung freigegeben werden. Die Kosten des Erwerbs trägt das Reich. Eine Entschädigung aber an die Fabrikanten der giftigen Bündelholzer zu zahlen, lehnt das Reich mit vollem Recht ab. Es stellt sich dabei auf den von unserer Seite eingenommenen Standpunkt, daß eine solche Entschädigung ja auch in anderen Fällen bisher niemals gewährt wurde, wenn Beschränkungen im Gewerbebetriebe zum Schutze der Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit eingeführt wurden.

Dagegen sind wir nicht mit dem Vorschlag der Regierung einverstanden, das Gesetz erst am 1. Januar 1907 in Kraft treten zu lassen. Weshalb dieser lange Aufschub? Die Umwandlung der bis-

herigen gefährlichen Fabrikationsmethode in die neue muß schleunigt erfolgen, da jetzt festgestellt ist, daß jedes Jahr so und so viel Menschenleben gefährdet und zu Grunde gerichtet werden, so lange das alte Verfahren bestehen bleibt. Technische Gründe stehen einer solchen Umwandlung nicht im Wege, und die Interessen der Fabrikanten können gegenüber denen der gefährdeten Arbeiter gar nicht in Frage kommen, was ja die Regierung durch ihre Ablehnung der Entschädigung selber als richtig zugiebt.

Deshalb fordern wir, daß das Gesetz in kürzester Frist in Kraft tritt und zu diesem Zwecke auch schleunigt im Reichstage erledigt wird. Die Regierung selber stellt einen äußersten Termin, bis zu dem das Gesetz verabschiedet werden muß; sie sagt in der Begründung, daß der Entwurf bis zum 1. Juli 1903 Gesetzeskraft erlangen muß, wenn sie in der Lage bleiben soll, das neue Verfahren für das Reich erwerben zu können.

Unsre Fraktion hat daher beschloffen, im Reichstage zu beantragen, daß der Gesetzesentwurf bereits in der nächsten Woche zur Verhandlung kommen soll. Die Zollbeurteilung-Politiker würden sich wieder etwan gründlich in ihrer Habgier bloßstellen, wenn sie diesen Verlangen nicht zustimmen und mit Rücksicht auf ihre Zoll-toucheurerei erst nach Erledigung ihres Stuhhandels die Veratung zulassen würden. —

Der Notstand und die Gemeinden.

Eine Gewerkschaftsversammlung, die vor einigen Wochen in München tagte und sich mit der Sorge für die Arbeitslosen beschäftigte, hatte eine Kommission beauftragt, dem Magistrat und der Regierung im Sinne der Referate geeignete Vorschläge zu machen. Die Kommission hat darauf Eingaben an die bezeichneten Stellen gerichtet, worin sie darauf hinweist, daß die sogenannten Notstandsarbeiten nicht für alle Arbeitslosen als Hilfsmittel dienen können, da es zumeist Arbeiten seien, denen qualifizierte Handwerker fürperlich nicht gewachsen seien. Sie ersuchte um Vereinfachung von Mitteln zur Unterstützung der Arbeitslosen durch Vermittlung der Gewerkschaften.

Die Regierung gab das Gesuch an den Magistrat, der sich jetzt in einer Sitzung damit beschäftigt. Die sehr lange Diskussion, in der hervorgehoben wurde, daß die Stadt München jetzt etwa 4 1/2 Millionen Mark für verschiedene Arbeiten ausgeworfen habe, führte schließlich zur Ablehnung des Gesuchs um bare Arbeitslosenunterstützung. Es wurde jedoch eine Kommission beauftragt, die Frage der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit auch für gewerbliche Arbeiter zu prüfen.

In Hannover verhandelte eine Kommission des Gewerkschaftsvereins mit dem Stadtdirektor über Maßregeln zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Stadtdirektor ersuchte, die Wünsche über Art und Form von Arbeitslosen-Zählungen schriftlich zu formulieren. Die Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung Arbeitsloser soll erwogen werden. Die Wöhne bei den Notstandsarbeiten, deren Fortführung zugesagt wurde, sollen noch geprüft und eventuell erhöht werden.

Von der badischen Fabrikinspektion.

Das badische Ministerium des Innern läßt jetzt offiziell demontieren, daß es „keinen Wörishoffer mehr“ wolle. Die „Süd-deutsche Reichs-Korrespondenz“ hat die Aufgabe der Richtigstellung erhalten. Sie schreibt:

„Dem verantwortlichen Minister wurde die Aeußerung in den Mund gelegt: „Wir wollen keinen Wörishoffer mehr.“ Eine solche Aeußerung hat Minister Schenk nicht gethan, weder in diesem Wortlaut, noch dem Sinn nach. Wie wir aus guter Quelle wissen, wünscht im Gegenteil der Minister, daß die Fabrikinspektion in demjenigen Geiste weiter geleitet wird, welchen ihr Wörishoffer in der Volkstafel seiner Wirkung eingelöst hat; er will aber auch im Sinne Wörishoffers die feitherige Centralisation der Fabrikaufsicht aufrecht erhalten, welche einerseits eine einheitliche Gesamtleitung unter fortwauernder persönlicher Verührung der Beamten mit dem Vorseher der Stelle verbürgt, andererseits aber auch den einzelnen Fabrikinspektoren die wünschenswerte Vielseitigkeit und Selbständigkeit in der Dienstverrichtung gewährleistet. Nur der Auffassung, welche der Minister des Innern dem neuen Vorseher der Fabrikinspektion über die zu verfolgenden Ziele kund gegeben hat, steht es durchaus im Widerspruch, wenn einige Blätter zu erzählen wissen, es solle bei der Fabrikinspektion ein neues System eingeführt werden; nicht richtig ist es insbesondere, daß die Jahresberichte eine nach Inhalt oder Umfang geläufige Gestalt erhalten, daß die unmittelbaren Beziehungen der Aufsichtsbekannt zu der Arbeiterschaft und ihren Vertretungen eingeschränkt, daß die feither üblichen Aussprachen einzelner Fabrikinspektoren vor den Arbeitern und die daran geknüpften Vorträge eingestellt, daß von der Fabrikinspektion nicht mehr Sonderdarstellungen über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter herausgegeben werden sollen.“

Zum Moskauer Streikposten-Verbot schreibt die „Moskauer Zig.“: „Die wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat die heilige Staatsanwaltschaft in Sachen der Streikposten-Verordnung dem hiesigen Polizei-Amt mitgeteilt, daß sie die Rechtsgültigkeit dieser Verordnung nicht anerkennen könne. Die daraufhin von der Polizeiverwaltung bei der Ober-Staatsanwaltschaft eingelegte Beschwerde ist von der letzteren zurückgewiesen worden.“

Von einer formellen Zurücknahme der umgekehrten Verordnung ist jedoch noch nichts bekannt.

Aus Industrie und Handel.

Profite der chemischen Industrie. Ueber die von den Aktien-gesellschaften dieser Branche in den letzten Jahren verteilten Dividenden erstattete in der Hauptversammlung des Vereins zur Förderung der chemischen Industrie der Generalsekretär Benzel einen eingehenden Bericht, der aufs Neue beweist, daß die Fabrikation von Drogen, Farbstoffen, Sprengstoffen, photographischen Artikeln u. zu den allerrentabelsten Industriezweigen gehört. Nach der Zusammenstellung des Generalsekretärs wurden von den 120 Aktiengesellschaften der chemischen Industrie, die mit einem eingezahlten Kapital von 352 653 100 M. arbeiteten, für 1901 43 376 137 M. Dividende verteilt. Die Durchschnittsdividende betrug 12,30 Proz. gegen 12,33 Proz. im Vorjahre. Unter den 120 Gesellschaften bewegte sich das Erträgnis bei 24 Gesellschaften oder 20 Proz. der Gesamtzahl zwischen 0 und 2 1/2 Proz. Dividende, bei 13 Gesellschaften oder 10,83 Proz. über 2 1/2 bis 5 Proz., bei 17 Gesellschaften oder 14,17 Proz. über 5 bis 7 1/2 Proz., bei 27 Gesellschaften oder 22,50 Proz. über 7 1/2 bis 10 Proz., bei 20 Gesellschaften oder 16,67 Proz. über 10 bis 15 Proz., bei 19 Gesellschaften oder 15,83 Proz. über 15 Proz. Für die Industrie der Alkalien und Säuren ergab sich für 1901 eine Durchschnittsdividende von 11,92 Proz. gegen 12,68 Proz. in 1900. In der Industrie der wissenschaftlichen, pharmazeutischen, photographischen und technischen Präparate betrug die Durchschnittsdividende 15,34 Proz. gegen 12,74 i. V. In der Leersachen-Industrie betrug die Durchschnittsdividende 20,84 gegen 20,44 Proz. In der Industrie der Sprengstoffe 11,33 gegen 11,83 Proz. In der Rüstwaren-Industrie ging die Dividende von 7,65 Proz. in 1900 auf 6,69 Proz. in 1901 zurück. In der Industrie der künstlichen Düngemittel stellt sich das Ergebnis auf 6,50 Proz. gegen 6,57 Proz. in 1900.

Der englische Arbeitsmarkt im Oktober. Der Arbeitsmarkt im Oktober zeigte im allgemeinen keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vormonat, aber im Vergleich zum Vorjahre war er schlechter und blieb unter dem Durchschnitt der Oktobermonate der letzten zehn Jahre. Nach den offiziellen Berichten, die beim englischen Arbeitsamt eingingen, wurden in 223 Gewerkschaften mit 543 442 Mitgliedern 27 270 oder 5 Proz. als arbeitslos gemeldet; im Monat September betrug der Prozentsatz der Arbeitslosen ebenfalls 5 Proz., im Oktober des Vorjahres jedoch nur 3,7 Proz. Der Durchschnitt der Arbeitslosen im Monat Oktober der Jahre von 1892—1901 betrug 4,7 Proz.

Vom Coalsyndikat. Wie die „N.-Westf. Zig.“ meldet, teilt der Vorstand des Coalsyndikats mit, daß nach den heute vorliegenden Aufträgen die Produktionsbeschränkung für den laufenden Monat sich nur etwa auf 12 Proz. belaufen werde.

Die Schleppschiffahrt auf der Rheinstrecke von Mainz bis Düsseldorf ruht infolge des massenhaften Treibeises, das dem Rhein von seinen größeren Nebenflüssen, namentlich Main, Mosel und Lahn, zugeführt wird, vollständig.

Der Außenhandel von Deutsch-Südwest-Afrika im Jahre 1901 hat, wie das „Deutsche Kolonialblatt“ berichtet, denjenigen des Vorjahres um nahezu 3 1/2 Millionen Mark übertraffen und mit 11 817 000 M. den höchsten jemals verzeichneten Stand erreicht. Von der Zunahme gegenüber dem Jahre 1900 kommen 8 107 000 M. auf die Einfuhr, 3 710 000 M. auf die Ausfuhr. Seit 1897 hat der Außenhandel des südwestafrikanischen Schutzgebietes die in der folgenden Uebersicht dargestellte Entwicklung erfahren:

| Jahr | Einfuhr: M. | Ausfuhr: M. | Gesamthandel: M. |
|------|-------------|-------------|------------------|
| 1897 | 4 887 325 | 1 240 740 | 6 128 074 |
| 1898 | 5 868 281 | 915 784 | 6 784 065 |
| 1899 | 8 941 154 | 1 399 478 | 10 340 632 |
| 1900 | 6 968 285 | 907 565 | 7 875 850 |
| 1901 | 10 075 494 | 1 241 761 | 11 317 255 |

Unter den einzelnen Herkunftsländern nimmt Deutschland mit 8 808 000 M. die erste Stelle ein; von der Zunahme der Einfuhr im Jahre 1901 kamen auf Deutschland 2 030 000 M. An zweiter Stelle kommt das Stapland, aus dem eine Einfuhr im Werte von 1 533 000 Mark herrührt, an dritter Stelle England mit nur 202 000 M., während die Einfuhr aus allen übrigen Ländern noch nicht 34 000 Mark erreichte. Von der Ausfuhr des Schutzgebietes kommen mehr als zwei Drittel auf Guano (850 000 von 1 242 000 M.). Die Guano-Ausfuhr ist von 1900 auf 1901 um 240 000 M. gestiegen, die Ausfuhr der übrigen Waren zusammen genommen um 94 000 M.

Nach der obigen Einfuhrziffer könnte es scheinen, als wäre der Verbrauch des Schutzgebietes in schneller Zunahme begriffen; in Wirklichkeit liegt die Sache wesentlich anders. Die Steigerung erklärt sich in der Hauptsache aus der stärkeren Einfuhr von Eisenmaterialien für den Eisenbahndienst und weiter aus der Uebersiedelung von Boerenfamilien durch die 38 956 Stück Vieh im Werte von 622 016 in das deutsche Gebiet eingeführt wurden.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die holländischen Laternenanzünder (Zirkale VI des Verbandes städtischer Arbeiter) beschäftigten sich in ihrer General-Versammlung mit ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Anfangslohn der Laternenwärter beträgt 66 M. im Monat, mit 70 M. werde der Arbeiter fest angestellt und der jetzige Höchstslohn sei 80 M. Da aber die meisten Anzünder nur 70 M. bezögen, sei ohne Nebenbeschäftigung nicht auszukommen. Die am 19. Juli d. J. zwischen dem Inspektor Guldner und dem Arbeiterausschuß festgelegten Vereinbarungen würden seitens der Kontrollreue verletzt. Sie haben angeordnet, daß die Wärter 25 Minuten früher auf den Sammelplätzen antreten müssen und dies geschehe auf Kosten ihrer Gesundheit. Der Dienst sei so verschiedenartig und bringe es mit sich, daß ein großer Teil Stundenlang auf diesen Plätzen unter freiem Himmel warten müßte, ehe er an seine Arbeiten gehen könne. Von den in Berlin bestehenden 20 Korporationen haben nur 7 Unternehmerräume, den übrigen seien sie bisher verweigert worden. Auch der alle 14 Tage gewährte freie Tag, der des Morgens nach dem Abblöchen der Laternen beginne und bis zum andern Morgen gelte, sei derart abgeändert, daß derselbe von Mittag zu Mittag geht; außerdem verlangen die Oberkontrollreue, daß die Betreffenden am Urlaubstage ihre Laternen putzen sollen; wer diesem Verlangen nicht nachkomme, werde mit einer Geldstrafe belegt. Daß dadurch der freie Tag seinen Zweck verliere, sehen die Herren nicht ein. Die Laternenwärter verlangen 1. Errichtung von Unternehmerräumen für alle Korporationen. 2. Daß der freie Tag wieder morgens nach dem Abblöchen der Laternen beginne und bis zum andern Morgen dauere. 3. Abschaffung der Bestrafungen für Nichtputzen der Laternen am Urlaubstage. 4. Erhöhung des Lohnes auf 90 M. monatlich nach 12jähriger Dienstzeit. Die vorstehenden Forderungen sollen der Direktion überreicht werden.

Die Markthallen-Arbeiter (Zirkale V des Verbandes städtischer Arbeiter) hielten eine Versammlung ab, in der die Ausschmittglieder über die Verhandlungen mit der Direktion Bericht erstatteten. Bezüglich ihres Urlaubes seien sie auf das nächste Frühjahr verwiesen worden, die verlangte Ausdehnung der Mittagspause und Vesper für die Jahrsurlaubsdauer — die einen ununterbrochenen Vormittagsdienst von 6—7 Stunden haben — sei mit der charakteristischen Bemerkung abgelehnt, „dann hätten wir ja beinahe den Achttundentag und was das nicht passe, läme ja in die Kolonne eintraten.“ Nur eine Verbesserung der Aufenthaltsräume wurde zugestanden. Das neue „Ausfuhr-Regulativ“ mache den Zweck der Errichtung von Arbeiter-Ausschüssen — Vereinerung der Arbeiter-Interessen — vollständig überflüssig, da sich die Arbeiter nicht mehr wie bisher, bei Verfolgung ihrer Angelegenheiten an die betreffende Deputation wenden dürfen, sondern gesondert seien, direkt dem Magistrat und den Stadtverordneten ihr Anliegen vorzubringen. Diese Bestimmung lege die Arbeiter-Ausschüsse vollständig lahm und verdamme sie zur Unthätigkeit. Das sei wohl auch der Zweck dieser neuen Verfügung gewesen. Es müsse daher mit allen Mitteln die Abänderung dieses Regulativs herbeigeführt werden und sollen in der nächsten Zeit entsprechende Schritte unternommen werden.

Wagung, Metallarbeiter! Der Streik der Drahtarbeiter bei der Firma Heintze in Lichtenberg dauert unverändert fort. Desgleichen der Streik der Inspektoren der Nähmaschinen-Fabrik Rothmann in Nirdorf. Die Sperre über die Werkstatt von Sachse in Rahlstedt, Inspektor Laue, Goldmännstraße, dauert ebenfalls fort. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Der Webersreit in Meerane. Der „Leipz. Volksztg.“ wird aus Meerane geschrieben: Durch das Verbreiten falscher Nachrichten über das Eintreffen Arbeitswilliger, sowie durch Streikwahn einzelner Stollen waren die Arbeiter in letzter Zeit sehr erregt. Vor den Fabriken kam es zu Anfeindungen von Ausständigen, sowie anderer Arbeiter. Die Massen verhielten sich jedoch ruhig, so daß die Polizei keine Gelegenheit hatte, einzuschreiten. Trotzdem erklärt der Rat der Stadt eine öffentliche Bekanntmachung, in der er neben der unannehmlichen Strafandrohung, denen, welche arbeiten wollen, ganz gleich, ob sie von hier stammen oder von auswärts zugezogen sind, energischen polizeilichen Schutz verspricht. Bisher haben die Ausständigen niemand bestraft. Die wenigen von auswärts zugezogenen Arbeitswilligen sind, nachdem sie über die hiesigen Verhältnisse unterrichtet worden sind, wieder abgereist. Die Fabrikanten geben sich alle Mühe, Streikbrecher heranzuziehen, sie suchen persönlich ihre Hausweber, die zu Hause Käufer für sie suchen, auf, und suchen diese zu der Aufnahme von Vorkäufen in der Fabrik zu bewegen. Auch darin hatten sie bisher wenig Erfolg.

Bemerkenswert dürfte sein, daß ein Webermeister, der zugleich Stadtverordneter ist, Streikarbeit leistet. Als dies bekannt wurde, strömten die Arbeiter mittags und abends vor die betreffende Fabrik, um Spalter zu bilden für den den Weg passierenden lieben Stadtverordneter und „Arbeitswilligen“. Darin hat die Behörde jedenfalls die Notwendigkeit besonders polizeilichen Schutzes der Streikbrecher erblickt. Die Polizei ist demnach auch rechtlich bemüht, der an sie ergangenen Aufforderung zu entsprechen. Doch gehen die Ausständigen aller Provokation mit stiller Ruhe aus dem Wege.

Der Messerschleifer-Verein in Solingen, der etwa 1000 Mitglieder zählt, hat bei dem Fabrikanten-Verein einen Antrag auf Erhöhung der Schlepppreise gestellt. Der Fabrikanten-Verein hat darauf geantwortet, daß er nicht in der Lage sei, d. m. Anträge zu beantworten. Redakteur: Carl Feib in Berlin. Inspektor: ...

sprechen, da der Messerschleifer-Verein die Statuten der gemeinschaftlichen Vergleichskommission nicht voll zur Durchführung bringe. Während die Mitglieder des Fabrikanten-Vereins keine Schleifer beschuldigen dürfen, die unter den vereinbarten Preisen schleifen, komme der Schleiferverein seiner Verpflichtung, für seinen Fabrikanten zu arbeiten, der unter Preis schleifen läßt, in vielen Fällen nicht nach. Insbesondere arbeiteten Mitglieder des Messerschleifer-Vereins für die Großfirma James-Jahr, die sich nicht um das gemeinsame Preisverhältnis kümmere. Durch diese Verletzungen des Vergleichsstatutens werde es ermöglicht, daß die dem Fabrikanten-Verein nicht angehörenden Firmen besser fortkämen, als die Mitglieder des Fabrikanten-Vereins. Letzterer stelle daher an den Schleiferverein folgenden Antrag: „Der Schleiferverein wolle bis Ende dieses Monats beschließen, daß das Vergleichsstatut strengstens durchgeführt und demgemäß bei seiner Firma gearbeitet wird, die unter Preis schleifen läßt.“ Lehnt der Schleiferverein diesen Antrag ab, so will sich der Fabrikanten-Verein im Interesse der Existenz seiner Mitglieder vom Ablauf der Frist ab auch nicht mehr an die Vorschriften des Statuts gebunden halten, d. h. er will zu jedem Preise schleifen lassen.

Der Streikposten wird bestraft. Dieser Tage hatte sich vor dem Hamburger Schöffengericht wieder ein Streikposten zu verantworten, der, wie ein Polizeiwachmeister als Zeuge angab, den Verkehr gestört haben sollte. Obgleich ein anderer Polizeibeamter unter seinem Zeugeneid behauptete, daß zur fraglichen Zeit an der betreffenden Stelle gar kein Verkehr vorhanden war, der Streikposten vielmehr ganz allein auf dem weiten Platz stand, sprach das Gericht doch eine Verurteilung des Streikpostens aus.

Ausland.

Die Lohnbewegung im Baugewerbe in Schweden ist nun durch das Schiedsgerichtskomitee formell beendet worden. Es wurde für die Städte Malmö, Lund und Trelleborg ein Uebereinkommen getroffen, das bis zum 1. April 1905 gelten soll. Die festgesetzten Stundenlöhne für Maurer, Holzarbeiter oder Bauarbeiter betragen in den genannten Städten 43 bis 50 Öre. Für jeden Arbeiter soll eine Unfallversicherung von 1000 Kronen vom Arbeitgeber aufgenommen werden.

Die Bauhandlanger in Malmö haben sich, wie unterm 18. November von dort gemeldet wird, mit den Abmachungen nicht einverstanden erklärt und verlangen höhere Stundenlöhne. Die Bauarbeiter-Vereinigung hat ihre Forderungen abgelehnt.

In Savanna streifen die Cigarrenmacher von 13 Firmen; die Arbeiter protestieren gegen die Einstellung einer zu großen Anzahl fremder Lehrlinge.

Gerichts-Zeitung.

Das Salskapitel eines Ehebrauchs bildete die Verhandlung wegen verurtheter Tötung, die gestern vor dem Schöffengericht des Landgerichts II stattfand. Aus der Untersuchungshaft wurde eine Angeklagte vorgeführt, welche ihrem Keuschen und ihrer Ausdrucksweise nach den Eindruck einer gebildeten Frau machte. Es war die 33jährige geschiedene Kaufmanns-Frau Gertrud Blähing, geb. Reinecke, welche beschuldigt war, am 11. Mai d. J. zu Lichterfelde den Versuch gemacht zu haben, ihren neunjährigen Sohn Georg mit Verfaß zu töten. Es war ein trübes Bild aus dem Eheleben, welches durch die Verhandlung entrollt wurde. Vor 16 Jahren hatte die Angeklagte den Kaufmann Otto Blähing zu Lichterfelde geheiratet. Es war von vornherein ein ungleiches Zusammenleben gewesen. Der Ehe waren zwei Kinder entsprossen, die 12 Jahre alte Breda und der 9jährige Georg. Schon im Jahre 1895 wollte Blähing sich von seiner Ehefrau scheiden lassen, durch Vermittlung eines Geistlichen kam aber damals eine Einigung zu Stande. Im Dezember 1897 reichte die Angeklagte die Ehescheidungsklage ein, worauf der Ehemann die Widerklage erhob. Von beiden Seiten wurde der Kampf mit großer Erbitterung geführt und alle Instanzen wurden in Anspruch genommen. Am 19. November d. J. wurde die Ehe geschieden, beide Teile wurden für gleich schuldig erklärt. Bis zur eingetretenen Rechtskraft wurde der Frau Blähing gestattet, ihre Kinder, die dem Vater zugesprochen worden waren, an jedem zweiten Sonntag im Monat von 9—2 Uhr zu besuchen. Sie machte von diesem Recht Gebrauch. Ihr früherer Ehemann ernährte sich stets an diesen Besuchsstunden aus seiner Wohnung und lebte erst zurück, wenn die Angeklagte wieder fortgegangen war. Schon früher einmal hatte die Angeklagte ihren Sohn Georg mit sich genommen, als sie ihm auf dem Wege von der Schule begegnete. Sie hat ihn längere Zeit verworren gehalten, mußte den Knaben dann aber dem Vater zurückbringen. Sie erhielt deswegen eine Anklage wegen Entführung, wurde aber freigesprochen, weil nicht die Anwendung von List oder Gewalt nachgewiesen war. Am 11. Mai d. J. stand der Angeklagten zum letzten Male das Recht zu, ihre Kinder zu besuchen. Sie schied den Personen, die sie im Hause traf, höchst aufgeregt zu sein. Als sie kaum das Zimmer betreten hatte, in welchem sich die beiden Kinder befanden, erklärte sie ihrem 12jährigen, daß sie es mit sich nehmen wolle, es möge seine Schulbücher von oben, vorher aber ihr ein Glas Wasser aus der Küche holen. Das Kind verließ das Zimmer. Nun sagte die Angeklagte zu dem neben ihr stehenden Sohne, der in einem Wüchertüchlein blühte: „Jetzt geht die Sache zu Ende.“ Dabei zog sie zugleich mit ihrem Taschentuch einen Revolver aus der Tasche, zielte, wie die Anklage behauptet, nach dem Kopfe des Knaben und drückte ab. Die Kugel ging dem Kinde dicht am rechten Ohr vorbei, traf das Hinterohr, durchschlug eine Scheibe und fiel zwischen den Doppelfenstern nieder. Gleich darauf richtete die Angeklagte die Waffe gegen ihre Brust. Sie gab zwei Schüsse auf sich ab, die beide die linke Brustseite trafen. Als die Hausbewohner ins Zimmer stürzten, sahen sie den Knaben mit allen Anzeichen des Entsetzens am Fenster stehen, die Angeklagte stand, mit dem Revolver in der Rechten, in der Mitte des Zimmers. Sie brach gleich darauf zusammen, wurde ins Krankenhaus gebracht und ist hier nach längerer Zeit genesen. Im Termine bestritt sie, daß sie ihren Sohn habe töten wollen, oder auf ihn gezielt habe. Sie habe sich vor den Augen ihres Sohnes töten, ihrem 12jährigen aber diesen Anblick ersparen wollen und dieses deshalb hinausgeschickt. Sie habe geglaubt, daß an ihrem Ehemann dadurch rächen zu können, wenn sein Sohn ihm erzählen könne, welche tragische Ende seine Mutter genommen. Sie könne nur annehmen, daß der erste Schuß unter ihrem Arm hindurch nicht an dem Kopf des Knaben vorbei gegangen sei. Der 9jährige Georg Blähing blieb dabei, daß seine Mutter auf ihn gezielt habe. Er habe eine ganz Zeit lang Schmerzen im rechten Ohr gehabt und schlecht hören können. Ferner traten Jener auf, denen der Knabe sofort nach dem Attentat erzählt hatte: „Meine Mutter wollte mich erschießen.“ Auch habe die Angeklagte schon früher Drohungen ausgesprochen, daß ihr Mann die Kinder nicht lebend in seinen Besitz bekommen, wenn sie ihm zugesprochen werden sollten. Bei der Vernehmung des früheren Ehemannes der Angeklagten kam es zu einem dramatischen Auftritt. Während der Zeuge sein unglückliches Eheleben in ruhiger Weise schilderte, verag die Angeklagte Ströme von Thränen. Der Staatsanwalt beantragte, den Wahrspruch im Sinne der Anklage zu bejahen, der Angeklagten aber mildernde Umstände zuzubilligen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Alfred Wallen, trat mit Wärme für die Freisprechung der Angeklagten ein. Die Geschworenen berieten nur kurze Zeit. Ihr Wahrspruch lautete auf Nichtschuldig, worauf der Präsident Veranlassung nehmen mußte, die im Zuschauerraum laut werdenden Beifallsausbrüche zu rügen.

Die Angeklagte wurde freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen.

Verfammlungen.

Eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung tagte am Montag im großen Kaiserlichen Saal. Reichstags-Abgeordneter Eduard Bernstein sprach daselbst über „die neueste Entwicklung der kapitalistischen Produktion und die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation mit spezieller Berücksichtigung der Schuhindustrie“.

Redner erläuterte zunächst den Begriff „kapitalistische Produktion“ und zeigte, wie sich diese aus der rein handwerksmäßigen Produktionsform und der späteren Manufakturperiode zu ihrer heutigen Vollkommenheit entwickelt hat. In der Schuhwarenindustrie habe sich im Gegensatz zu anderen Branchen erst in der letzten Generation die kapitalistische Produktion der Waren eingebürgert. Noch heute finde man hier sämtliche verschiedenen Produktionsformen vor, von der Kleinhandwerkermäßigen bis zur großkapitalistischen. Er sei sicher, daß, wie in Amerika und England, so auch in Deutschland die Errichtung von modernen Schuhwarenfabriken zunehmen werde. Die Abneigung gegen die früher mit sehr misstrauischen Augen angesehene Fabrikware sei in hohem Maße begriffen und werde immer mehr schwächen, je mehr durch technische Verbesserungen den individuellen Wünschen des Käufers Rechnung getragen werde. In wie weit dies heute schon möglich ist, zeigt Redner, indem er die Einrichtungen der Schuhwarenfabrik der Großverkaufs-Gesellschaft englischer Konsumvereine in Leipzig schildert. In diesem Beispiel führte er auch gleichzeitig den Beweis, daß durch die ausgedehnte Arbeitsteilung in solchen Fabriken den Arbeitern anderer Berufe verhältnismäßig schnell der Uebertritt in die Schuhwarenindustrie ermöglicht werde. Daß Einbringen ungelerner Arbeitskräfte aller Altersstufen in den Beruf der gelernten Schuhmacher müsse wie in andren Industriezweigen so auch hier notwendigerweise zum Lohnendlichen führen, der durch die Bildung von Syndikaten, Kartellen und Trusts noch gefördert wird. Der Vortragende ging dann ausführlich auf die Schäden der heutigen Politik ein, die durch künstliche Steigerung der Rohmaterialienpreise (Leder, Gerbstoffe usw.) eine erhebliche Verteuerung des Schuhwerks im Gefolge haben müsse, und ermahnte zum Schluß ernstlich zum energischen Ausbau der Organisation. Das interessante Referat wurde von der gut besetzten Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach einer kurzen Pause sprachen noch einige Diskussionsredner über mangelhafte Einrichtungen in Berliner Schuhfabriken und über die Schuhkonkurrenz, die sich die verschiedenen Fabrikanten auf Kosten ihrer Arbeiter gegenseitig machen. Alle waren der Meinung, daß diese Uebelstände nur durch eine starke Organisation beseitigt werden könnten.

Die Metallarbeiter-Gewerkschaft, Verwaltung Berlin, beschäftigte sich in einer am 19. d. M. abgehaltenen Versammlung mit der Differenz zwischen Gewerkschaftskartell und Gewerkschaftskommission. Nach einem Referat Schottelmeier und einer lebhaften Diskussion wurde eine Resolution angenommen, welche das Verhalten der Gewerkschaftskommission in dieser Angelegenheit verurteilt und dem Ausschuss des Kartells ihr Vertrauen ausdrückt. Hierauf berichtete Schröder über den Streik der Holzleger. Er behauptete, daß ein Tarif festgelegt sei, da hierdurch der Kampf für die Verbesserung der Lage für die Zukunft erschwert, ja unmöglich gemacht werde.

Eichwalde. Am 16. November fand die erste General-Versammlung des Wahlvereins Eichwalde und Umgegend statt. Den Bericht von der General-Versammlung des Central-Wahlvereins gab Sauer. Es entspann sich eine lebhafte Debatte über die Erhöhung der Beiträge. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender Gustav Thüne, 2. Vorsitzender G. Wille, Schriftführer Gustav Sauer, Kassierer Oscar Kleinert, Beisitzer August Krosche, Bibliothekar Gustav Müller, Vertrauensmann W. Schulz in Niedersdorf, Neuföhren: G. Susem in Berlin, Karl Krugler in Niedersdorf, Karl Wille in Eichwalde; Vollkommmission: Schäfer und Dergel in Eichwalde, Utmann in Hantels Ublage; Beschwerdekommmission: Behrend, Jänsche, Mattela in Eichwalde.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 23. November, vorm. 9 1/2 Uhr, in der Aula der G. Gemeindehalle, Kleine Franziskanerstr. 6: Versammlung, Freireligiöse Versammlung. — Um 10 1/2 Uhr vorm. ebendort: Vortrag des Herrn C. Rogbert-Stettin: „Das Leben und der Tod.“ — Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (E. M. Nr. 29, Hamburg.) Mitglieder-Versammlungen haben am Sonnabend, den 22. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr: Filiale Berlin 6 bei Hiesl, Adlerstr. 123. — Filiale Rigdorj bei Preßler, Pflanzstr. 69.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Deputiertenkammer.

Paris, 21. November. (B. L. Z.) In Beantwortung einer Interpellation über die Anwendung des Gesetzes vom Jahre 1900 betreffend Begrenzung der Arbeitszeit erklärt Handelsminister Trouillot, er werde die Frage prüfen, ob und welche Verbesserungen in dem Gesetz vorgenommen werden könnten; auf keinen Fall aber dürfe an dem demokratischen Prinzip dieses Gesetzes getastet werden. Viollette bringt darauf eine Tagesordnung ein, in welcher die Erklärung der Regierung beiläufig und das Vertrauen zu der Regierung ausgesprochen wird, daß sie fest entschlossen ist, das Gesetz von 1900 seinem Geiste nach zur Anwendung bringen zu lassen. Der Handelsminister erklärt sich mit dieser Tagesordnung einverstanden, worauf dieselbe mit 288 gegen 27 Stimmen angenommen wird.

Lafies bringt einen Antrag auf eine Amnestie für Vergehen ein, die im Zusammenhange mit dem Ausstand begangen worden sind, und verlangt die Dringlichkeit für seinen Antrag. Constans unterstützt den Antrag. Der Handelsminister erklärt, so lange der Ausstand nicht beendet sei, läme von einer Amnestie nicht die Rede sein; der Minister beantragt Verweisung des Antrages an die Kommission. Das Haus beschließt darauf mit 311 gegen 244 Stimmen die Dringlichkeit. Lafies fordert sofortige Beratung seines Antrages; das Haus lehnt die sofortige Beratung ab und verweist mit 371 gegen 176 Stimmen den Antrag Lafies an die Kommission. Hierauf wird die Sitzung aufgehoben.

Colmar i. E., 21. November. (B. L. Z.) Ueber einen Zusammenstoß, der vor einigen Tagen bei Bollweiler in Oberschlag zwischen Jagdhütern und Wilderern vorlag, und bei dem ein Wilderer erschossen, ein anderer schwer verwundet wurde, wird in französischen Blättern eine Darstellung verbreitet, die die Schuld den Jagdhütern zuschreibt. Demgegenüber ist festzustellen, daß die hiesige Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen die Jagdhüter eingestellt hat, nachdem erwiesen worden ist, daß die Wilderer zuerst geschossen und daß somit die Jagdhüter in berechtigter Notwehr gehandelt haben.

Montpellier, 21. November. (B. L. Z.) Heute sind hier unter starker militärischer Bedeckung die 106 Kabylen eingetroffen, welche vor einigen Monaten das Dorf Morgowitz in Algerien geplündert haben und für deren Aburteilung das hiesige Schwurgericht bestimmt worden ist.

London, 21. November. (B. L. Z.) Gestern Abend stieß auf Lyne-Mündung der mit Kohlen nach Spanien abgehogene dänische Dampfer „Aund“ mit dem einsehrenden englischen Dampfer „Swaledale“ zusammen. „Aund“ sank alsbald, von der Befahrung sind acht Mann, die verunehrt wurden, wahrscheinlich ertrunken.

London, 21. November. (B. L. Z.) Eine Abordnung der englischen Arbeiter-Unterstützungsvereine wird sich unter Führung des Präsidenten der Gesellschaft zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht Dr. Hillier nach Berlin begeben, um die von der deutschen staatlich organisierten Krankenversicherung gegen die Lungenschwindsucht getroffenen Vorbeugungs- und Bekämpfungs-Maßregeln zu studieren. Die Abordnung besteht zehn bis vierzehn Tage in Deutschland zu verweilen.

Wien, 21. November. (B. L. Z.) Der Matrose Kohler ist dem Kommando der „Korck“ angeschlossen worden.

San Francisco, 21. November. (B. L. Z.) Rückstöße aus Guatemala bestätigen die letzten Nachrichten über dort stattgefundenen vulkanische Ausbrüche. Besonders seien die Indianer von der Katastrophe betroffen worden; tausende derselben seien durch giftige Gase erstickt, andre durch brennende Lava und ausgeworfene Steine getötet worden. Räuberbanden durchziehen das Land und ermorden die Flüchtlinge, nachdem sie deren Ansiedelungen geplündert haben. Die vulkanischen Ausbrüche sollen nicht bei dem Santa Maria, sondern bei dem Tacaco erfolgt sein.

Reichstag.

219. Sitzung, Freitag, den 21. November 1902, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Graf v. Posadowsky, Freiherr v. Tscherning.

Die zweite Beratung des Zolltarif-Gesetzes wird fortgesetzt bei § 11, welcher bestimmt:

„Zusammenfassungen gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes oder gegen die zu seiner Ausführung erlassenen Vorschriften werden, sofern nicht nach andern Bestimmungen höhere Strafen verordnet sind, mit einer Ordnungstrafe bis zu 150 M. geahndet.“

Die Abgg. Abrecht (Soc.) und Genossen beantragen:

- a) vor „erlassenen“ einzufügen „dem Gesetz entsprechend“; b) das Wort „Ordnungstrafe“ zu ersetzen durch „Strafe“.

Abg. Stadthagen (Soc.)

begründet die Anträge Abrecht. Man soll bei Schaffung von Strafbestimmungen nach allen Richtungen hin vorsichtig sein. Daher halten wir es für richtig, besonders auszusprechen, daß die Ausführungsbestimmungen dem Gesetz entsprechend sein müssen.

Im übrigen halten wir es für das Beste, daß dieser Paragraph überhaupt gestrichen wird. Nach dem Wortlaut des Paragraphen würden für die Bestrafung nur Behörden, der Bundesrat oder der Reichstag in Betracht kommen, nicht aber das Publikum, das doch getroffen werden soll. Redner geht die einzelnen Paragraphen des Gesetzes durch, um dies zu betonen. So bestimmt § 1 Abs. 1: „Bei der Einfuhr von Waren in das deutsche Zollgebiet werden die und die Zölle erhoben.“ — Das können nur die Zollbehörden. Abs. 2 sagt: „Die Zollsätze des Tarifs sollen nicht herabgesetzt werden unter usw.“ — Das könnte nur der Bundesrat oder der Reichstag. Und so ist es mit allen Paragraphen. Der ganze Paragraph ist also vollkommen inhaltslos. Wahrscheinlich soll es überhaupt nicht heißen „Zusammenfassungen gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes“, sondern „des Vereins-Zollgesetzes“. Die Regierung hat den Paragraphen offenbar aus dem Vereins-Zollgesetz einfach abgeschrieben, ohne zu merken, daß das „dieses“ hier sinnlos ist. Meine politischen Freunde werden daher gegen den ganzen Paragraphen stimmen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Unter Ablehnung der Anträge Abrecht wird hierauf § 11 unbedeutend angenommen.

Als § 11a hat die Kommission folgende Bestimmungen neu eingefügt: Ueber den Ertrag der Zölle auf Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Vieh, Fleisch, Butter, Käse, Eier, Mehl und sonstige Mäcker-Erzeugnisse, der den Durchschnittsertrag der jetzt geltenden Zölle auf diese Produkte übersteigt, ist durch ein besonderes, spätestens bis zum 1. Januar 1910 zu erlassendes Gesetz zur Erleichterung der Durchführung der Witwen- und Waisenversorgung Bestimmungen zu treffen. Bis zum Inkrafttreten eines solchen Gesetzes sind diese Mehrerträge anzulammeln und verzinslich anzulegen. Trifft dies Gesetz bis zum 1. Januar 1910 nicht in Kraft, so sind von da ab die Zinsen der angesammelten Mehrerträge sowie die eingehenden Mehrerträge selbst den einzelnen Invalidenversicherungsanstalten zum Zwecke der Witwen- und Waisenversorgung zu überweisen. Die Unterstützung erfolgt auf Grund eines vom Reichsversicherungsamt zu genehmigenden Statuts.

Abg. Abrecht u. Gen. (Soc.) haben zu diesem § 11a eine Anzahl von Amendements eingebracht, wonach außer den genannten Zöllen auch die Zölle auf folgende Produkte für die Zwecke der Witwen- und Waisenversorgung verwendet werden sollen: Unweizen, Hirse, Reis, Mais, Weizen, Bohnen usw., Kartoffeln und Wurzelgewächse, Rüchengewächse, Obst, Federvieh, Wild, Fische, Meeresfrüchte, Milch, Eier, Honig, Datteln, Cranberries und verwandte Produkte. Ferner sollen nicht nur die Ueberüberschüsse der betreffenden Zollpositionen, sondern die gesamten Zolleinnahmen aus diesen Waren für die Witwen- und Waisenversorgung herangezogen werden. Das betreffende besondere Gesetz soll nicht spätestens bis zum 1. Januar 1910, sondern gleichzeitig mit dem Zolltarifgesetz erlassen werden. Damit würden die Bestimmungen über Verzinsung usw. der Mehrerträge wegfallen.

Abg. Rettich (L.) beantragt, für den Fall der Ablehnung des § 11a die verbündeten Regierungen aufzufordern, Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, nach welchen aus den Erträgen der Zölle und Genussmitteln ein entsprechender Betrag zur Erleichterung der Durchführung der Witwen- und Waisenversorgung Verwendung finden soll.

Abg. Trimbom (C.) beantragt, § 11a folgendermaßen zu fassen: Der auf den Kopf der Bevölkerung des Deutschen Reiches entfallende Netto-Zollertrag der Zölle auf Roggen, Weizen, Rindvieh, Schafe, Schweinefleisch, Schweinefleisch und Mehl, der den entsprechenden Netto-Zollertrag der Jahre 1898—1903 übersteigt, ist zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversorgung zu verwenden. Ueber diese Versicherung ist durch ein besonderes Gesetz Bestimmungen zu treffen. — Die weiteren Bestimmungen des Antrages Trimbom über Verzinsung usw. der Mehrerträge sind identisch mit dem Beschlusse der Kommission.

Präsident Graf Ballesbreun:

Der Herr Abg. Richter hat folgenden Antrag eingereicht: Ich beantrage, § 11a in der nachfolgenden Form anzunehmen: „Zugleich mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes tritt das Jüdischen-Gesetz mit den dazu vom Reichstag im Jahre 1901 genehmigten Änderungen außer Kraft.“ Ich halte diesen Änderungsantrag für unzulässig nach § 49 unserer Geschäftsordnung, welcher vorschreibt, daß solche Änderungsanträge in wesentlicher Verbindung mit der Hauptfrage stehen müssen. Das vorliegende Gesetz handelt von Zöllen, Verbrauchssteuern sind in ihm gar nicht erwähnt. Ich werde den Antrag also nicht zur Beratung stellen.

Abg. Richter (fr. Sp., zur Geschäftsordnung):

Ich muß zugeben, daß äußerlich der Antrag in keiner Verbindung mit dem Zolltarif-Gesetz zu stehen scheint und werde bis zur dritten Lesung eine Form suchen, die diese äußere Verbindung herstellt. In der Kommission sind jedenfalls eine Reihe von Anträgen, die Änderungen von Verbrauchssteuern, der Salz-, Branntwein-, Zuckerversteuerung, zur Verhandlung und Abstimmung gekommen.

Präsident Graf Ballesbreun:

Herr Abg. Richter hat also für diese Lesung den Antrag zurückgezogen.

Abg. Trimbom (C.):

Der Antrag, die Ueberüberschüsse aus den Lebensmittel-Zöllen für eine Witwen- und Waisenversicherung zu verwenden, ist zuerst von meinem Freunde ausgegangen. Am 5. Mai 1901 hat der Reichs-Lanzler erklärt, daß er bei einem Steigen der Einnahmen aus den Zöllen für Lebensmittel vorschlagen würde, solche Mehrerträge zur Wohlfahrtsverbesserung und zum Besten der weniger glänzlich gestellten Klassen der Bevölkerung zu verwenden. Trotz dieser Erklärung ist im Tarifgesetz Entwurf der Regierung keinerlei Bestimmungen enthalten, die als eine Einlösung dieser Erklärung betrachtet werden kann. Infolge dessen haben meine Freunde in der Kommission einen entsprechenden Antrag gestellt, der in der zweiten Lesung auch angenommen worden ist. Heute unterbreiten wir Ihnen denselben Antrag, jedoch mit zwei Modifikationen. So sind in meinem Antrage die Mehrerträge aus den Zöllen für Gerste und Hafer ausgeschlossen, so daß sich der Antrag lediglich auf die Zölle für Roggen, Weizen, Mehl und Fleisch bezieht. Diese Einschränkung geht von dem Gedanken aus, die Verwendung auf die Lebensmittelzölle einzuschränken. In den Lebensmittel im landwirtschaftlichen Sinne sind aber Gerste und Hafer nicht zu

rechnen. Durch diese Einschränkung wollen wir allen Bedenken Rechnung tragen, die gegen meinen Antrag erhoben worden sind und wollen für seine Annahme freie Bahn schaffen, sowohl bei den Mehrheitsparteien wie bei der Regierung.

Der Gedanke einer Witwen- und Waisenversicherung ist ein alter Siebzigstündiger des Centrums und vor allem des Abgeordneten Dipe, der leider durch Krankheit verhindert ist, heute hier zu erscheinen. Auf seine Anregung hin nahm der Reichstag bereits 1895 eine Resolution an, die mit der Reform des Invaliditätsgesetzes gleichzeitig auch die Einführung einer Witwen- und Waisenversicherung verlangte. Die Witwen- und Waisenversicherung ist nichts weiter als die naturgemäße Ergänzung des Invaliditätsgesetzes. Der Arbeiter z. B., der an einer chronischen Krankheit langsam dahinsinkt, erhält eine Rente. Der Arbeiter dagegen, der von einer akuten Krankheit plötzlich hinweggerissen wird, bekommt keine Rente, trotzdem er genau so wie der erste seine Beiträge bezahlt hat. Es ist natürlich festzustellen, daß mehr als ein Sechstel aller Witwen auf öffentliche Unterstützung oder auf die private Wohlthätigkeit angewiesen ist. (Hört! hört! im Centrum.) Die Sorge für diese Witwen ist viel dringender als die Aufhebung der Judensteuer. Herr Richter! Wir denken uns die Sache so, daß die Ueberüberschüsse aus den Lebensmittelzöllen bis zum 1. Januar 1910 thesauriert werden. Dann soll die Witwen- und Waisenversicherung ins Leben treten.

Meine Freunde legen vor allem Wert darauf, daß die Witwen berücksichtigt werden. Die Witwen, die beide Eltern verloren haben, sind immer am schlimmsten daran. (Sehr richtig! im Centrum.) Natürlich sollen nur diejenigen Witwen unterstützt werden, die nach den Vorschriften des Alters- und Invaliditätsgesetzes als erwerbsunfähig anzusehen sind.

In der Kommission habe ich, als ich über die praktische Ausgestaltung der Witwen- und Waisenversicherung nachgedacht, neben dem Gedanken der Unterstützung der Arbeiter und der Arbeiterinnen für die Durchführung der Beiträge der Arbeitgeber und der Arbeiter in Betracht kommen. Das waren durchaus unverbundene Erörterungen, die ich lediglich für meine Person angestellt habe. In den Kreisen meiner Freunde waltete lebhafteste Bedenken dagegen vor, die Landwirtschaft und das Handwerk mit neuen Ausgaben zu belasten. (Hört! hört! links.) Keiner meiner Freunde, der meinem Antrage zustimmt, bindet sich durch diese Zustimmung dafür, daß nach dem zu erlassenden Gesetz nun auch Beiträge der Arbeitgeber und der Arbeiter vorgelesen werden müßten.

Der in der Kommission und auch in der „Socialen Partei“ erhobene Einwand, die Mehrerträge seien vollkommen unsicher, ist nicht stichhaltig. Durch die Theasurierung der Mehrerträge bis 1910 wird ein Ausgleichsfonds gebildet werden, um die Schwankungen der Zollerträge auszugleichen. Bei dem weiteren Einwand, die Witwen- und Waisenversicherung bedeute nichts als eine Entlastung der kommunalen Armenunterstützung, übersteigt man ganz, daß dies Gesetz den Witwen und Waisen einen Rechtsanspruch auf Unterstützung giebt und sie von dem Odium befreit, um Armenunterstützung einfließen zu müssen. Die meisten Schwierigkeiten hat uns der Einwand gemacht, die Lage der Reichsfinanzen sei eine derartige, daß die Zolleüberschüsse für das Reich nicht embeßert werden könnten. (Sehr richtig! rechts.)

Ich erinnere aber zunächst an die Erklärung des Reichs-Lanzlers vom 5. Mai 1901, die über nach vorheriger Besprechung mit dem Schatzsekretär und unter Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse abgegeben worden ist. (Sehr gut! im Centrum.) Aber auch abgesehen davon, wollen wir eben verhindern, daß sie im Reichs-Lanzler verschwinden. Wir werden alles daran setzen, daß der Schatzsekretär an diese Gelder nicht herankommt. (Heiterkeit.) — Schatzsekretär Herr v. Tscherning hört dem Redner stehend zu, sich an die Bundesratssekretäre ansehend und die Arme über der Brust kreuzend. Der Schatzsekretär steigt allerdings da in einer Position, als wolle er doch an diese Gelder heran. (Große Heiterkeit.) Aber wir wollen das verhindern. Herr Staatssekretär! (Erneute Heiterkeit.) Dadurch wollen wir dem Gedanken Ausdruck verleihen, daß diese Lebensmittelzölle keine Finanzzölle sein sollen, sondern Schutzzölle im Interesse der Landwirtschaft. (Aß! bei den Socialdemokraten.) Die Resolution Rettich entspricht nicht dem Ernst der Sachlage. Wir wissen, mit wie viel Energie der Schatzsekretär sich für die Einbeziehung dieser Ueberüberschüsse in die allgemeine Reichskasse bemüht hat. Da kommt man mit diesem Resolutionsentwurf nicht aus. (Heiterkeit im Centrum.) Wer die Witwen- und Waisenversicherung ernsthaft will, der muß dafür sorgen, daß diese Beiträge jetzt geteilt werden. Doch wird aus diesem schönen Gedanken nie etwas werden. Jetzt oder nie! Wenn der Kommissionsbeschluss über mein Antrag angenommen wird, so wird sich damit dieser Reichstag, dem man immer lediglich sozialpolitische Gesichtspunkte vorwirft, auch auf sozialpolitischem Gebiete ein unbergängliches Ruhmesblatt geschaffen haben! (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Abg. Köpcke-Deffau (wildlib.):

Auch ich empfinde eine Freude darüber, daß das Centrum uns durch seinen Antrag Gelegenheit gegeben hat, die Frage der Witwen- und Waisenversorgung zu erörtern. Mancherlei Bedenken hindern mich aber, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen. Die Notwendigkeit einer gesonderten Witwen- und Waisenversorgung erkenne ich selbstverständlich an. Die Arbeiter können sich mit ihren Löhnen heute gerade nicht mehr ernähren, sie sind also ganz außer Stande, noch irgend etwas zurückzulegen. Betrag doch das Durchschnittseinkommen der Arbeiter nach der Statistik der Berufsvereinigungen nur 770 M. (Hört! hört! links.) Staat und Gesellschaft haben also die Verpflichtung hier einzutreten, damit die Witwen und Waisen der Arbeiter nicht auf private Wohlthätigkeit oder auf die Armenpflege angewiesen sind. Der Staat ist um so mehr dazu verpflichtet, als das Streben der Gesetzgebung ja dahin geht, die Frauennarbeit möglichst aus der Fabrik zu verdrängen. — Den Weg aber, den das Centrum zur Erreichung des Zieles der Witwen- und Waisenversorgung gehen will, halte ich nicht für den richtigen. Die Entlastung der armeren Klassen durch den Kommissionsbeschluss entspricht in keiner Weise der Befragung, welche Ihnen in Abgang durch den Zolltarif auferlegt wird. (Sehr richtig! links.) Uebrigens fürchte ich, daß das Centrum auch bei dieser Frage nicht fest bleiben wird, sondern sich schließlich im Interesse der Einigung mit den Konservativen auf eine ausgleichende Resolution zurückziehen wird. Ich war ja mit meinen Freunden von der freistimmigen Vereinigung, in deren Namen ich heute spreche, stets der Ansicht, daß diese Einigung unter allen Umständen trotz aller Anträge und Veteurenungen zu Stande kommen würde und kann es nur als eine naive Auffassung bezeichnen, wenn auch in einem Teil der liberalen Presse es so hingestellt wird, als wenn die Einigung lediglich durch die Obstruktion der Socialdemokratie herbeigeführt würde. Nein, die Einigung würde auch ohne die Obstruktion kommen, die Mehrheitsparteien wollen nur noch so viel heraus-schlagen, wie sie irgend können. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Herr Trimbom sagte, seine Partei wolle die Getreidezölle nicht als Finanzzölle, sondern nur als Schutzzölle für die Landwirtschaft. Das kommt doch darauf hinaus, daß die Herren der Landwirtschaft für ihre Produkte höhere Preise verlangen wollen und dadurch werden vor allem die Arbeiter belastet. (Sehr richtig! links.) Wie groß ist denn das Verhältnis zwischen den Erträgen, die durch die Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel eingebracht werden und der Verteuerung des Konsums der arbeitenden Massen. Nach einer Berechnung, die ich auf Grund der statistischen Ergebnisse der letzten acht Jahre aufgestellt habe, würden die Mehrerträge aus den Zöllen ca. 78 Millionen betragen, während die Verteuerung der beiden Volksmassen durch die Steigerung der Preise für alle Lebensmittel 600 Millionen ausmacht. (Hört! hört! links.) Als 7 1/2 Mark Einnahmen pro Familiensohle wie zurücklegen für die Witwen- und Waisenversorgung

der Arbeiter, sollen aber dieselben Arbeiter mit einer Konsumverteuerung von 60 1/2 Mark pro Familie (schädigen!) Das meinen die Herren vom Centrum einen gerechten Ausgleich. Dazu kommt, daß schon jetzt die Arbeiter an indirekten Steuern pro Familie 90 Mark jährlich zu zahlen haben. Dazu sollen nun noch 60 Mark kommen. Das ist eine Belastung, die die Existenz der Arbeiter geradezu in Frage stellt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Der Vorschlag der Herren vom Centrum ist ein Danaergeschenk schlimmer Art. Wenn ich nicht solche Hochachtung vor einigen der Herren hätte, so würde ich auf den Gedanken kommen, daß man die Arbeiter täuschen wollte. (Unruhe im Centrum.) Nun, Herr Trimbom, die Hochachtung, welche ich vor Ihnen und vielen anderen der Herren habe, hindert mich ja daran, einen solchen Gedanken aufkommen zu lassen, aber es schießt doch so aus, wenn jemand dem Arbeiter sagt: „Komm her, ich will Dir helfen“, und ihm 7 1/2 Mark giebt, ihm dann aber, ehe er noch aus dem Zimmer wieder herausgegangen ist, 60 1/2 Mark aus der Tasche nimmt. (Sehr gut! links.) Das ist doch ein Verfahren, das zum mindesten unbegreiflich ist. Freilich, die Herren vom Centrum sind sich der ungünstigen Wirkung, die ihre Zollpolitik auf die Arbeitermassen hat, wohl bewußt, und deshalb brauchen sie sozusagen eine Schandbede (Sehr gut! links.) Unruhe im Centrum.) und diese Schandbede hat man in dem vorliegenden Antrage gefunden. Damit will man den unschönen Zolltarif bedecken. Wir haben ja gesehen, daß die katholischen Arbeiter auf diesen Vorschlag nicht gehen und ich bin überzeugt, daß die Erregung unter ihnen nicht nachläßt, sondern sich mit jedem Tage steigert wird.

Weiter kommt hinzu, daß der Zweck der Zölle auch darin besteht, die Einfuhr fremder Erzeugnisse zu verhindern. Dadurch würden sich doch auch die Einnahmen für die Witwen- und Waisenversorgung vermindern. Die Verteuerung der Lebensmittel aber bleibt. Herr Trimbom hat sich auf den Reichs-Lanzler berufen. Es ist ja wahr, daß der Herr Reichs-Lanzler in einer schwachen Stunde, wenn jemals bei ihm von einer schwachen Stunde die Rede sein kann (Heiterkeit), dahin geäußert hat, daß die Mehrerträge der Getreidezölle auch für Wohlfahrtszwecke verwendet werden sollen. Daraus ist aber noch nicht herzuleiten, daß die Regierung nun eine ganz bestimmte Summe aufsummiert und für einen ganz bestimmten Zweck verwenden soll. In einer solchen Finanzpolitik werden sich die verbündeten Regierungen wohl kaum einschließen. In der Kommission wurde die für die Witwen- und Waisenversorgung notwendige Summe auf 100 Millionen Mark pro Jahr berechnet. Ich glaube nicht, daß das ausreichen wird. Es wurde dabei auch nur eine Unterstützung von 100 M. pro Jahr, also von 30 Pf. pro Kopf in Aussicht genommen. Der Betrag, den wir für diese Zwecke brauchen, wird also wahrscheinlich ein viel höherer sein, als in der Kommission berechnet worden ist. Nach den Vorkäufen der Regierungsvorlage würde sich ungefähr ein Betrag von 80 Millionen für die Witwen- und Waisenversorgung ergeben. Aber die Einnahmen aus den Zöllen für Lebensmittel sind so schwankend, daß man darauf keine dauernden Ausgaben basieren darf. Man hat deshalb mit vollkommenem Recht in der Kommission den Gegenbeschluss gemacht, man solle lieber ein für allemal gewisse Reichseinnahmen für die Zwecke der Witwen- und Waisenversorgung verwenden. Die Verbindung dieses ganzen Gedankens mit den Zolleinnahmen ist ja wohl auch lediglich daraus entstanden, daß es sonst dem Centrum mit seinem Verwendungsantrag so gegangen wäre, wie heute dem Abg. Richter mit seinem Antrag, daß nämlich der Antrag für nicht zulässig im Rahmen des Zollgesetzes erklärt worden wäre. Was die Heranziehung der betreffenden Kreise zu Beiträgen anlangt, so sind wir wohl bereit, für die Witwen- und Waisenversorgung Beiträge zu leisten, werden aber dafür sorgen müssen, daß diese Beiträge nur den leistungsfähigen Schultern auferlegt werden. Die finanziellen Vor schläge, die hier den verbündeten Regierungen gemacht werden, sind so bedenklicher Natur, daß man sie im gewöhnlichen Leben wahrscheinlich als Kaufman bezeichnen würde. (Oh! im Centrum.) Der Schatzsekretär hat für das nächste Finanzjahr ein überaus Defizit angekündigt. Wenn man jetzt den verbündeten Regierungen diese Mehrerträge entzieht, so brängt man sie geradezu zu andern indirekten Steuern, insbesondere zur Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer. Es würde sich dann folgendes Bild ergeben: Zweck erhöht man die Zölle auf die notwendigen Lebensmittel zu Ungunsten der Arbeiter, dann versorgt man aus den Erträgen die Witwen und Waisen, und infolge des daraus entstehenden Defizits belastet man wieder die arbeitenden Massen durch höhere Steuern auf Bier und Tabak! So sympathisch ich und meine Freunde von der freistimmigen Vereinigung dem Gedanken einer Witwen- und Waisenversicherung gegenüberstehen, so sehr müssen wir uns gegen diese Art der finanziellen Verwirklichung dieses Gedankens wenden. Diefelbe ablehnende Stellung würden wir gegenüber dem Antrage Richter, falls er in der dritten Lesung wiederholt wird, einnehmen. Auch hier handelt es sich um die Verteilung des Geldes eines Mannes, den man noch nicht erlegt hat. Es handelt sich um die Befestigung von Einnahmen in der Hoffnung auf andre Einnahmen, gegen die wir prinzipiell Stellung genommen haben. So sehr wir die arbeitenden Massen von den Erträgen des Zolltarifs betahren wollen, so wenig können wir uns bereit finden, diesen Zolltarif durch diese Art der Witwen- und Waisenversicherung schmachtend zu machen und der großen Masse des Volkes zu verfallen. Wir werden daher sowohl gegen den Antrag der Kommission wie gegen den Antrag Trimbom und auch gegen den Antrag Richter, falls er in dritter Lesung wiederkommt, stimmen. (Beifall bei der freistimmigen Vereinigung.)

Staatssekretär des Reichshausamtes Herr v. Tscherning:

Herr Trimbom sagte mit Recht, an der Durchführung einer Witwen- und Waisenversicherung hätten alle Parteien dieses Hauses das gleiche Interesse. Herr Köpcke irrte, wenn er die rechte Seite von diesem Interesse ausnahm. Das beweist der Antrag Rettich ganz deutlich. (Unruhe links.) Die Erklärung, die der Reichs-Lanzler bereits vor 1 1/2 Jahren hier abgegeben hat, beweist, daß auch die verbündeten Regierungen das Ziel, das erreicht werden soll, fest im Auge behalten (Abg. Singer ruf: Im Auge behalten!) und daß die Heranziehung für die Witwen und Waisen nach der Alters-, Invaliditäts- und Unfallversicherung das nächste sozialpolitische Ziel bildet. Herr Trimbom hat nun mit erhobener Stimme ausgerufen, weder er noch irgend einer seiner Parteigenossen wolle sich heute in geringem Maße dafür binden, daß Arbeitgeber und Arbeiter auch nur den kleinsten Zuschuß zu dieser Versicherung zu leisten hätten. Es soll also die Witwen- und Waisenversicherung einzig und allein auf die Mehrerträge des neuen Zolltarifs für gewisse Nahrungsmittel basieren werden. Es kann aber niemand sagen, wie hoch diese Mehrerträge auch nur annähernd sein werden. Wir haben eine Gleichung mit vielen Unbekannten. Wir kennen noch nicht die Höhe der Zollsätze für den Fall, daß das Gesetz in Kraft tritt, denn daß die von Hause beschlossenen Minimalzölle für Getreide und Fleisch die Zustimmung der verbündeten Regierungen nicht finden werden, ist Ihnen bereits wiederholt gesagt worden. Wir wissen ferner nicht, in welcher Weise der einheimische Körnerbau, falls die Zollsätze der Regierungsvorlage in Kraft treten, dadurch beeinträchtigt werden wird. Wir wissen nicht, eine wieviel größere Fläche als jetzt mit Weizen und Roggen bebaut werden kann. Wir wissen ferner nicht, wie stark und wie schnell die Bevölkerung des Reiches anwachsen wird. Alle diese unbestimmten Größen machen es für die verbündeten Regierungen unmöglich, bestimmte Summen für die Zwecke des § 11a auch nur einigermaßen sicherzustellen. Falls man die Zollsätze der Regierungsvorlage sowie den gegenwärtigen Konsum und die gegenwärtige durchschnittliche Einfuhr an Getreide und Fleisch zu Grunde legt — eine rein mechanische Berechnung, die keine sichere Basis ergibt —,

erhalten wir als Endresultat eine Summe von 82 Millionen. Wenn diese von 1903 oder 1904 als thesauriert würden, so ergäbe das ein Grundkapital von rund einer halben Milliarde. Nach dem Antrag Trimborn, der Geste, Hater, Federvieh und Eier aus dem § 11a herauszulassen, würde sich die Summe des Kapitalgrundstockes auf rund eine Drittel Milliarde stellen. Ob es möglich sein wird, mit diesem Grundstock, wenn jeder Beitrag der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wegfällt, eine Witwen- und Waisenversicherung durchzuführen, ist eine Frage, die heute noch niemand beantworten kann. Man könnte sagen, es solle an die Witwen und Waisen so viel gegeben werden, als die bereiten Mittel zulassen. Ich weiß nicht, ob damit den Witwen und Waisen gebient sein würde. Wir hätten jährlich eine Summe von rund 60 Millionen, allerhöchstens 70 Millionen zu verteilen. Wieviel Witwen und Waisen daran teilnehmen würden, weiß ebenfalls noch niemand. Aber eine einigermaßen auskömmliche Zuwendung — und Herr Nöfke hat ganz richtig gesagt, daß eine Zuwendung von jährlich 100 oder 120 Mark nicht als auskömmlich anzusehen sei — läßt sich mit einer solchen Summe auch nicht annähernd durchführen. Dazu müßte mindestens das Doppelte, vielleicht noch vielmehr vorhanden sein. Ob also der Antrag der Kommission oder der Antrag Trimborn geeignet ist, für 1910 eine Witwen- und Waisenversicherung zu basieren, bleibt nach der heutigen Beratung eine durchaus offene Frage. Sie läßt sich einigermaßen beantworten, wenn wir vier oder fünf Jahre mit dem neuen Zollltarif gearbeitet haben werden. Nun sagt Herr Trimborn, ich stünde bereits mit geöffneten Händen da, um jeden Mehrertrag aus dem Zollltarif an mich zu reichen. Ich wünsche Herrn Trimborn, daß er einmal in die Lage kommt, einen Etat von 2 Milliarden zu bearbeiten. Dann wird er sehen, wie wenig Freude es macht, Geld „an sich zu reichen“ (Heiterkeit). Für jede Million, die der Reichs-Schatzsekretär „an sich reißt“, stehen bereits viele Leute da, um sie mit Zinsen und Zinseszinsen wieder abzunehmen. (Erneute Heiterkeit.) Herr Nöfke wies auf das Defizit des nächsten Etats hin. Ich hoffe allerdings, daß der Fehlbetrag im Etat keine dauernde Erscheinung sein wird und daß die Periode des wirtschaftlichen Niedergangs in nicht zu langer Frist durch eine Zeit guter wirtschaftlicher Verhältnisse wieder abgelöst werden wird. Das ändert aber nichts an der Thatsache, daß ich in wenig Wochen, voraussichtlich gleich nach der Weihnachtserien, genötigt sein werde, Ihnen einen Etat vorzulegen, der einen Fehlbetrag ungefähr von der angegebenen Summe, 150 Millionen, aufweist (Lebhafte Ausrufe: Hört! hört!) — es können vielleicht einige Millionen weniger werden. Dieser Fehlbetrag muß gedeckt werden. Sie können die sämtlichen Ausgaben nicht unbedeckt lassen. Staaten wie Amerika können sich das leisten, Deutschland kann es nicht. Eine entsprechende Erhöhung der Matrusalarbeiträge ist für viele Bundesstaaten bei der ungünstigen wirtschaftlichen Lage unmöglich, so daß ein Teil des Fehlbetrages — das unterliegt der Befähigung des Reichstages und des Bundesrates — auf andre Weise beschafft werden muß. Ich selber bin aber keineswegs geneigt, dafür einzutreten, daß alle künftigen Fehlbeträge einfach auf den Weg der Anleihe verwiesen werden. Sie selbst werden das ebenso wenig wollen. Es muß also Vorkehrung getroffen werden, die Finanzen des Reichs so zu stellen, daß durch Gesetz und durch unabänderliche Thatsachen für die steigenden Ausgaben auch steigende Mittel vorhanden sind. Herr Nöfke deutete auf eine Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer hin. Ich habe bereits bei meiner letzten Etatsrede gesagt: wenn irgend ein Gegenstand zu erhöhten Abgaben herangezogen werden muß, so steht der Tabak jedenfalls in erster Linie. (Lebhafte Ausrufe: Hört! hört! links.) Meine Worte erregten schon damals auf jener Seite des Hauses dieselbe Entrüstung wie heute. Die Thatsache selbst läßt sich aber nicht aus der Welt schaffen.

Und noch einen Punkt thatsächlicher Art werden Sie sich zu überlegen haben. Nach der gegenwärtigen Rechtslage — und zwar nach der vom Centrum in der clausula Frandenstein geschaffenen Rechtslage — gehören Mehrerträge aller Steuern über eine gewisse Summe hinaus den Bundesstaaten und es ist am Schlusse des § 12 ausdrücklich ausgesprochen, daß die clausula Frandenstein weiterbestehen soll, wenn sie nicht durch ein neues Gesetz geändert werden soll. § 11a in der Fassung der Kommission läßt diesen Rechtszustand unbeachtet, denn er verfügt ausdrücklich über solche Erträge, welche dem Reiche gar nicht gehören, er verfügt darüber zum Schaden der Einzelstaaten. Ich glaube deshalb, daß der § 11a, dessen Tendenz von allen Bundesstaaten meines Wissens gebilligt wird, nicht seine richtige Stelle in dem gegenwärtig vorliegenden Gesetz hat, sondern in demjenigen Gesetz, welches nach den Schlussworten des § 12 dazu bestimmt ist, die clausula Frandenstein entweder abzuschaffen oder zu modifizieren, und damit den ersten Schritt zu thun in der von allen Seiten so oft geforderten, von keiner Seite aber je materiell vorgeschlagenen Reichs-Finanzreform. In diesem Hause ist ja die Reichs-Finanzreform mehr beiläufig erwähnt, in der Presse aber befindet sich fast täglich Leitartikel darüber. Wie aber eine solche Reform ohne neue Einnahmequellen gemacht werden soll, verschweigt jeder Artikel. Ich bitte Sie, mit Rücksicht auf diese Sachlage und Lage des öffentlichen Rechtes um Ablehnung der Kommissionsbeschlüsse und aller Anträge.

Bayrischer Staatsrat Hr. v. Stengel:

Bezugnehmend auf meine Erklärung in der Kommission, die dem Bericht beigegeben ist, möchte ich zunächst als Vertreter einer großen Reihe von Bundesstaaten erklären, daß denselben der Grundgedanke des § 11 durchaus sympathisch ist. Die Regierungen werden den Tag willkommen heißen, an dem es gelingt, in das große Werk der sozialen Versicherung durch Einbeziehung der Witwen- und Waisenversicherung den noch fehlenden Schlüsseln einzufügen. Hier aber handelt es sich um die Frage der gesetzlichen Festlegung eines Problems und gerade hierfür erhebt uns der gegenwärtige Zeitpunkt ungeeignet und verfehlt. Es besteht nicht die mindeste Klarheit über die Mehrerträge, welche aus dem Zollltarif zu erwarten sind, und zudem befinden sich sowohl das Reich wie die Einzelstaaten in einer überaus misslichen Lage. Es werden viele von Ihnen mir wenigstens in ihrem Innern recht geben, wenn ich sage, daß gerade unter solchen Umständen es doppelt gefährlich ist, sich durch einen Akt der Gesetzgebung gegenüber den breiten Massen der Bevölkerung mit Versprechungen festzulassen, von denen niemand von uns weiß, ob und wann sie eingehalten werden können.

Erfürwährend fällt ins Gewicht, daß es sich um Erträge aus Schutzgöllen, nicht aus Finanzgöllen handelt. Also auf ihrer Natur nach zurückgehende Einnahmen wollen Sie stets wachsende Ausgaben aufbauen! Nein, wenn wir der Frage der Witwen- und Waisenversicherung näher treten, müssen wir nach einer soliden Grundlage suchen, und diese kann nur bestehen in festgesetzten und nachhaltig geordneten Reichsfinanzen. Wenn thesauriert wird, ist das Reich vor die Wahl gestellt, entweder neue Schulden zu machen oder neue, vielleicht recht drückende Steuern einzuführen. Uebrigens glaube ich auch nicht, daß es sich mit Artikel 70 der Verfassung vereinbaren läßt, wenn so wichtige Einnahmequellen wie diese der freien Entscheidung des kommenden Reichstages entzogen werden. Ferner gebe ich zu bedenken, daß wenn wir uns mit der so dringend gebotenen Sanierung des Etats nicht beilen, im Jahre 1910 der Reichs-Invalidentfonds erschöpft sein wird und dann fallen 40 Millionen Jahresbeiträge an Pensionen unmittelbar auf den Reichs-Etat. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.)

Man hat die Notwendigkeit des Kommissionsbeschlusses mit dem Hinweis auf die zu erwartende Steigerung der Lebensmittelpreise begründet. Findet diese Beforgnis wirklich in den Erfahrungen der Vergangenheit ihre Bestätigung? Vielleicht handelt es sich dabei doch nur um ein Schreckgespenst. Herr Nöfke freilich hat bereits sehr umfassende Berechnungen darüber aufgestellt, aber das Papier ist geduldig und die Thatsachen verlaufen oft anders.

Der § 11a ist in der Kommission erst in der zweiten Lesung und nur mit einer Stimme Mehrheit angenommen worden. Um so mehr hege ich die Hoffnung, daß dieser Beschluß, der ja nicht aus einem Kompromiß der Mehrheit hervorgegangen ist, im Plenum wieder aus der Fassung eliminiert werden wird. — Wegen die An-

träge Abrecht bestehen dieselben Einwände in noch erhöhtem Grade. Durch die neue Fassung des Antrags Trimborn sind die Bedenken, die wir gegen den Kommissionsbeschluß hegten, zwar einigermaßen abgeschwächt (Hört! hört! im Centrum), aber beseitigt werden sie auch dadurch nicht. Dagegen erachte ich die Resolution Nettich für annehmbar, (Ironisches Sehr richtig! und Heiterkeit links) sie entspricht durchaus der Sachlage. (Bravo! rechts.)

Hr. Nettich (L.):

Herr Nöfke hat behauptet, die Konserbativen wollten von einer Witwen- und Waisenversicherung nichts wissen. Das ist nicht richtig. Wenn die Landwirtschaft durch erhöhte Zölle besser geschützt wird, so können wir uns mit dem Gedanken einer Verwendung der Mehrerträge dieser Zölle für eine Witwen- und Waisenversicherung durchaus einverstanden erklären. Eine gesetzliche Festlegung dieser Forderung im Zollltarif hätten wir aber unter den augenblicklichen Verhältnissen für ganz ungangbar. Ich kann mich in dieser Beziehung nur den Ausführungen der beiden Herren Minister vollständig anschließen. Die große Mehrheit meiner Freunde wird daher gegen den § 11a und ebenso gegen den Antrag Trimborn stimmen. Um aber unserer Sympathie für die Witwen- und Waisenversicherung Ausdruck zu geben, haben wir uns Resolution eingebracht, um deren Annahme ich Sie bitte. (Bravo! rechts.)

Hr. Nollensbuhr (So.):

Herr Nettich hat erklärt, daß die Landwirtschaft zu Opfern für die Witwen- und Waisenversicherung bereit sein würde, sobald durch höhere Lebensmittelpreise ihre Lage verbessert sei. Das Lied ist alt, aber wir glauben nicht daran. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Als 1883 das Krankenversicherungs-Gesetz geschaffen wurde, da wurde die Krankenversicherung auf die ländlichen Arbeiter nicht angelehnt aus Rücksicht auf die Lage der Landwirtschaft. 1885 wurden die Getreidezölle verdreifacht, 1887 veranfuhrt gegenüber 1883, aber von einer Einbeziehung der Landarbeiter in die Krankenversicherung war nicht die Rede. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Als 1891 die Novelle zur Krankenversicherung kam, da war die „Kollage der Landwirtschaft“ trotz der Getreidezölle genau so vorhanden wie 1883. Die Rot der Landwirtschaft kann aber durch Zölle nicht beseitigt werden, ja die Zölle verschärfen sie geradezu, weil jeder Mehrertrag sofort kapitalisiert wird und zu einer Erhöhung der Grundrente führt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Deshalb ist jeder neue landwirtschaftliche Zoll Grund zu einer neuen Zollerhöhung, eine Beobachtung, die wir nach fünf Jahren wohl wieder machen werden. Die Regierung versichert zwar, daß sie das Wohl des Arbeiters im Auge habe, aber sie darf nicht darauf rechnen, bei den Arbeitern damit Glauben zu finden, so lange sie Vorlagen wie den Zollltarif einbringt, die das genaue Gegenteil von Wohlwollen für die Arbeiterklasse sind. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Oder drückt sich dieses Wohlwollen für die Arbeiter etwa in der Andängung des Herrn Schatzsekretärs aus, daß an eine weitere Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer gedacht wird, eine Erhöhung, die lediglich aus den Taschen der Arbeiter herausgeholt werden müßte? (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Durch eine weitere Tabaksteuer würden die Arbeiter nur als Konsumenten getroffen werden, nicht 100 000 Tabakarbeiter würden dadurch geradezu dem Verhungern preisgegeben werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Mit solchen Projekten trägt sich die Regierung und wagt dabei, von ihrem Wohlwollen für die Arbeiterklasse zu reden! Herr Trimborn meinte, die Lebensmittelpreise dürften keine Finanzzölle sein, sie dürften nicht in den Reichs-Etat fließen. In einer Versammlung mag ja das ganz nett klingen, im Reichstag wird der Eindruck solcher Versicherungen sehr gering sein. Wir wissen doch alle, daß Sie (zum Centrum) alle Ausgaben bewilligen; da müssen Sie auch für Einnahmen sorgen, und wenn Sie die Lebensmittelpreise nicht in den Reichs-Etat fließen lassen wollen, dann werden Sie eben für eine höhere Tabaksteuer stimmen. Herr Trimborn hätte auch wirklich begründen sollen, weshalb aus dem ursprünglichen Centrumsantrag eine Anzahl Zölle auf Lebensmittel, deren Mehrertrag der Waisenversicherung zu gute kommen sollten, jetzt gestrichen und in dem vorliegenden Centrumsantrag nicht mehr genannt sind. Daß Sie die Erträge des Butter-, Käse- und Eierzoll herausgehoben haben, ist ja ganz begreiflich. Sie denken, daß nach Annahme des Zollltarifs diese guten Dinge nicht mehr zu den Nahrungsmitteln der Arbeiterklasse gehören werden. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Aber weshalb Sie auch die Erträge des Kartoffelzollens den Witwen nicht zu gute kommen lassen wollen, ist schwer einzusehen, denn die Kartoffel ist ja und wird noch mehr das Hauptnahrungsmittel des Volkes werden. Werden Sie mir nicht ein, daß es sich ja nur um einen Zoll auf Frühkartoffeln handele, die monatlichen Nachweise ergeben, daß die Hauptzufuhr aus Dänemark kommt, und da handelt es sich nicht um Frühkartoffeln. Ebenso fehlen in Ihrem Antrag jetzt der Gemüsezoll, der Ohlzoll, der Zoll auf Graupen, Gries und Hülsenfrüchte, die im Tarif teils erhöht, teils neu eingeführt werden sollen. Trotzdem wagen Sie noch immer zu sagen, daß die Mehrerträge der Nahrungsmittelzölle den Witwen und Waisen zu gute kommen sollen. Herr Trimborn hat in bereiten Worten nachgewiesen, daß es den Witwen und Waisen der Arbeiterklasse sehr schlecht geht. Wer davon noch keine Ahnung gehabt hat, konnte sich durch Herrn Trimborn belehren lassen. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Wie aber diese Not beseitigt werden soll, davon schwiegt der Sängers Hosiannah. Es zeigt sich immer mehr, daß der ganze Antrag nur gestellt worden ist, um die Rebellion der katholischen Arbeiter zu beschwichtigen. (Widerspruch im Centrum.) Dabei ist dieser Köder nur die ungeschickte Kopie der Bismarckschen Votivität aus dem Jahre 1881. Damals war es Bismarck darum zu thun, eine erhebliche Erhöhung der indirekten Steuern durchzuführen. Auf offenem Wege ließ sich das schwer erreichen und so stellte er neben das Tabakmonopol die Erhöhung der indirekten Steuern jene Votivität der sozialen Versicherung. Das Mittel konnte damals vielleicht dienen, wo die Arbeiter den Wert dieser Versicherungen nicht beurteilen konnten, aus den realen Thatsachen aber wissen sie heute, daß der Ertrag der Zölle und Verbrauchsabgaben seit jener Zeit von 322 auf 819 Millionen, also um 496 Millionen Mark gestiegen ist, während sie jährlich vom Reiche etwa 40 Millionen erhalten, den zehnten Teil von dem, was sie selber mehr zahlen müssen. In demselben Verhältnis würde auch die Höhe des Anteils, den Sie (zum Centrum) den Arbeitern durch die Waisenversicherung bewilligen wollen, zu der tatsächlichen Mehrbelastung stehen. Die bedeutenden Staatsmänner, die das Centrum 1881 hatte, gingen dem Fürsten Bismarck damals nicht auf den Leim. Auch die Arbeiter werden Ihnen jetzt nicht auf den Leim gehen und die Getreidezölle nicht deshalb für eine segensreiche Einrichtung erklären, weil sie das Almosen der Waisenversicherung daraus erhalten sollen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Durch diesen Antrag entziehen Sie (zum Centrum) einem großen Teil Ihrer sonstigen Agitation den Boden. Von den christlichen Bauernvereinen sind Petitionen an uns gekommen. Ihr Grundgedanke ist der, daß nach Einführung des Schutzzolls die Inlandproduktion so gesteigert werden wird, daß der Eigenbedarf an Getreide gedeckt werden kann. Ich bin ja auch der Meinung, daß zwischen Zoll und Produktion ein Zusammenhang besteht, nämlich die Produktion wird nicht steigen, aber die Konsumtion wird sich vermindern. Aber, gesetzt, die Bauernvereine hätten recht, so hat Herr Trimborn den Grundgedanken der Petitionen energisch bestritten, denn er sprach von einer durchaus sicheren Grundlage. Wenn Sie aber die Einnahmen aus den Zöllen als dauernde annehmen, dann müssen Sie auch annehmen, daß in Deutschland dauernd die Preise um den Zoll höher sein werden als der Weltmarktpreis, denn nur dann wird eine Einfuhr stattfinden. Das heißt mit anderen Worten: Sie erklären die Preisverteuerung in Permanenz. (Sehr richtig! links.) Weil Sie das selbst fühlen, sagen Sie ja auch: Wir wollen für unser Unrecht Ruhe thun und etwas an die Witwen und Waisen abgeben. (Sehr gut! links.) Es ist eine Art Ablas für die Sünden, die Sie an den Arbeitern begangen haben. (Bravo! und Heiterkeit links.) Sie haben dem Antrage aber eigentlich schon den Boden entzogen, denn

die Mittel dafür haben Sie schon im Voraus in Gestalt von Militär- und Marinevorlagen bewilligt, und jetzt bewilligen Sie diese Mittel noch einmal. (Sehr richtig! links.) Schon im Jahre 1893 erklärte Herr Gröber, das Volk solle am Ende seiner Leistungsfähigkeit, als es sich um die Militärvorlage handelte. Die letzten Militär- und Marinevorlagen waren alle schon auf die Erträge aus den neuen Zöllen berechnet. Für andre Zwecke ist jetzt kein Geld da. Das Zell ist längst verteilt. Wollen Sie neue Mittel flüssig machen, so geht das im Wege der Reichs-Vermögens- oder Erbschaftsteuer.

Die Witwen- und Waisenversorgung ist aber auch gar kein Äquivalent für die lokale Mehrbelastung des Volkes durch die Zölle. Die Rechnung stellt sich so, daß von je 100 M., die das Volk durch die Preissteigerung mehr zu zahlen hat für Brotgetreide 78,20 M. der Großgrundbesitzer, 13,21 M. der Staat und nur 8,59 M. die Witwen und Waisen erhalten würden. (Hört! hört!) Herr Trimborn hat in seinem abgeänderten Antrag Geste und Geste, die die größten Zollerhöhungen erfahren sollen, herausgelassen. Davon sollen die Witwen und Waisen nichts haben. $\frac{2}{3}$ aller Geste wird aber für Bier gebraucht, das zu $\frac{1}{10}$ von Arbeitern getrunken wird. Die übrigen $\frac{7}{10}$ werden zum großen Teil in Gestalt von Gräte, Graupe, Malzlaflasse von Arbeitern konsumiert. Die Futtergerste wird hauptsächlich für die Schweinezucht verbraucht, an der die Arbeiter ebenfalls ganz erheblich beteiligt sind. Die Gesteinnahmen sind keine dauernden, denn die Getreidezölle werden bei der steigenden Abfuhr im Volke dauernd nicht zu halten sein. Hochschutzzoll kann dauernd nur ein so reiches Land wie etwa Amerika treiben, nicht ein Land wie Deutschland mit so niedrigen Arbeitslöhnen und so hohen Lebensmittelpreisen. Ein solches Land kann Hochschutzzoll auf die Dauer nicht ertragen und man wird auf eine andre Art sinnen müssen, wie man dauernde Einnahmen schaffen kann. (Sehr richtig! links.)

Die erhöhten Getreidezölle werden den Arbeitern neben der Verteuerung der Lebensmittel wahrscheinlich auch ein Herabgehen der Löhne bringen. Daß Zollerhöhungen einen Rückgang des Konsums und eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit bewirken, haben selbst die Erfahrungen in Amerika bewiesen. Selbst wenn aus den Einnahmen der Zölle eine ausreichende Witwen- und Waisenversorgung geschaffen würde, so wäre das kein ausreichender Ersatz für die ungeheuren Schädigungen der arbeitenden Klasse durch den neuen Zollltarif. Wenn man wenigstens für die Witwen und Waisen einigermaßen auskömmlich sorgen will, so muß man die gesamten Zölle auf Nahrungsmittel für diese Zwecke verwenden und andererseits einen Reichs-Einkommensteuer einführen, von der in jedem Jahre je nach Bedarf eine bestimmte Anzahl Einheitsätze erhoben werden. Wie viel Witwen unterstützungsbedürftig sind, läßt sich nicht ziffermäßig genau angeben. 1895 waren von 7 829 000 verheirateten erwerbsfähigen Männern 4 033 000 angestellte Arbeiter; das sind 51 Proz. 1900 gab es in Deutschland 2 207 000 Witwen. Rechnen wir auch hier 51 Proz. Arbeiter-Witwen, so ergibt sich eine Zahl von 1 137 000 oder — mit Rücksicht auf die Bevölkerungszunahme — von rund 1 250 000 unterstützungsbedürftigen Witwen. Bei den Berufsgenossenschaften entfällt auf jede Witwe 1,7 Waise. Das würde hier 1 933 000 Waisen. Um diese Anzahl von Witwen und Waisen zu unterstützen, genügt die hier in Aussicht genommene Summe in keiner Weise. Freiherr v. Stumm, einer der Vorkämpfer der Witwen- und Waisenversorgung, der im übrigen nicht unser Freund war, hat mit viel höheren Summen gerechnet. Zu einer einigermaßen auskömmlichen Witwen- und Waisenversorgung würden rund 300 Millionen, und mit Verwaltungskosten rund 400 Millionen jährlich nötig sein. Das ist ungefähr die Summe, die durch die Nahrungsmittelzölle aufgebracht wird. Diese Zölle würden ungefähr völlig aufgebraucht werden. In der Kommission wurde vorgeschlagen, zu gewähren jeder Witwe 100 M., jedem Kinde 33 $\frac{1}{2}$ M., oder der Witwe 80 M., jedem Kinde 40 M. Das würde, da auf jede Witwe 1,7 Waisen entfallen, durchschnittlich für die Perion machen im ersten Falle 58,2 M., im zweiten 51,80 M., oder 16 resp. 15 Pf. pro Tag und Kopf. Kann man damit irgend eine Witwe oder Waise ernähren? Diese Summe reicht gerade aus, um den Zoll für 125 Gramm Fleisch und 586 Gramm Brot zu bezahlen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) also den Zoll für den täglichen Bedarf an Fleisch und Brot zu decken. Die Hamburger Waisenpflege, die keineswegs musterhaft ist, wendet für das einzelne Waisenkind täglich 79 $\frac{1}{2}$ Pfennig auf. Und Herr Trimborn preist es als eine Ruhmes- that, wenn hier 15 Pfennig pro Tag bewilligt werden sollen! Den erwerbsfähigen Witwen will Herr Trimborn jährlich 68 Mark bewilligen, während auf jeden der 572 landwirtschaftlichen Betriebe über 1000 Hektar, die in Deutschland vorhanden sind, infolge der Zollerhöhungen eine jährliche Mehreinnahme von 28 129 Mark entfällt! (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Unter diesen Umständen müssen wir erörtern, ob wir nicht besser thäten, bei einem andren Gesetz für die Witwen und Waisen etwas zu thun, indem wir festsetzen, daß der Rechtsanspruch des Mannes auf Invalidenrente bei seinem Tode auf die Witwe übergeht.

Bei Annahme des Kommissionsbeschlusses würde die Witwe wohl einen Rechtsanspruch auf Unterstützung haben, aber in der That würde die Rente von der Armenkasse, auf die die Witwe doch angewiesen wäre, mit Beschlag belegt werden. Der § 11a bedeutet also nichts weiter als eine Zuwendung an die Gemeinden zu Gunsten der Armenkassen. — Uebrigens ist im § 11a auch gar nicht gesagt, was denn eigentlich geschehen soll, wenn das Gesetz bis zum Jahre 1910 nicht zu Stande kommt. Vermutlich soll der Reichszankler dann das Statut erlassen, in der Kommissionsfassung steht aber nur, daß das Reichs-Versicherungsamt es genehmigen soll. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Bei Ablehnung unsres Antrages werden wir aber schließlich doch für den § 11a stimmen. Das ganze Interesse der Regierung am Zollltarif beruht ja doch auf den Mehrerträgen aus den Zöllen und wir hoffen, daß, wenn diese den Finanzministern entzogen werden, diese dann nur noch die halbe Freude am Zollltarif haben werden. Also, weil wir glauben, daß wir damit Gegner für den Zollltarif schaffen, werden wir für die Kommissionsvorlage stimmen, obwohl wir wissen, daß damit eine Witwen- und Waisenversorgung nicht gemacht werden kann, und obwohl wir ferner wissen, daß die Herren vom Centrum damit den Arbeitern nur Sand in die Augen streuen wollen. Die Arbeiter sind aber klug genug, um zu wissen, daß das kein Geschenk für sie ist, und sie werden sich damit nicht fangen lassen. Darum stimmen wir getrost für den § 11a. (Lebhafte Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Hr. Dr. v. Romierowski (Pole):

Meine politischen Freunde werden für den Kommissionsbeschluß stimmen. Wir stellen uns auf den Standpunkt: wenn ich keinen Thaler haben kann, nehme ich den Groschen. Was die Finanzlage anlangt, so bedauere ich, daß der preussische Herr Finanzminister nicht gesprochen hat, jedenfalls müßte man aus der Thatsache, daß Grenzen 250 Millionen für den Auslieferungsfonds übrig hat, schließen, daß dort von einem Defizit nicht die Rede sein kann. (Sehr richtig! bei den Polen.) Sollte der Kommissionsbeschluß abgelehnt werden, so werden wir für den Antrag Trimborn stimmen. (Bravo!)

Hr. Richter (fr. Sp.):

Wir werden wie in der Kommission gegen diesen § 11a stimmen. Dafür ist für uns schon allein der Gesichtspunkt durchschlagend, daß, indem wir die erhöhten Lebensmittelpreise verquiden mit einer künftigen Witwen- und Waisenversorgung, wir die Aufrechterhaltung der erhöhten Zölle für die Zukunft festlegen und uns erlauben, sie zu ernähren, wenn die Zeit einer Mehrheit als dazu geeignet erscheint. Hinzu kommen für uns grundsätzliche Bedenken gegen eine weitere Ausdehnung der Reichszuschüsse für die Befriedigung privater Bedürfnisse großer Bevölkerungsklassen. Diese Bedenken haben bei der Einführung der Reichszuschüsse für die Invalidenversicherung den größten Teil des Hauses in dem ersten Stadium der Beratung beherzigt. Das System der Staatszuschüsse muß zu unerschwinglichen Steuerlasten führen.

Abgesehen aber von dieser bestimmten Art der Verwendung, liegt es in der Natur der Sache bei einem Gesetz, das über 100 Millionen

Hermann Vandsburger

Friedrich-Strasse 247

BERLIN N.W.

Thurm-Strasse 30a

Centrale

Zweiggeschäft

Tadelloser Sitz! Höchste Eleganz und unvergleichliche Preiswürdigkeit

sind die bisher unübertroffenen Vorzüge meiner nach neuestem

amerikanischem System

gefertigten

Herren- u. Knaben-Garderoben.

Eigene Fabrikation mit elektrischem Betrieb.

Frankfurt a. O.



Bernburg



Kaiser-Loden-Joppe
mit gutem, kariertem, warmem
Futter, hinten mit u. ohne Gurt
13,50, 11,50, 10, 9 Mark.



Joppe
zweireihig u. Interimafacon, gular
glatter Satin u. haltb. Loden, 8,25,
7,80, 6,25, 5,50, 4,50 Mk.

Die festen Verkaufspreise sind an jedem Gegenstand vermerkt.



„New-York“
Hochmoderner Raglan-
Paletot mit modernem
Taschen Mark 26.-



Es bleibt dabei

wir trinken nur noch

Kaffee

aus

Kaiser's Kaffee-Geschäft

denn er ist

unübertroffen!

Eigene Kaffee-Röstereien

und

Malz-Kaffee-Fabriken.

Eigene Cacao-, Chokoladen-,
Zucker- und Backwaren-fabriken.

Filialen in allen Stadtteilen.

5724L

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens
nur **1 Mk. 50 Pf.**, nicht mehr, keine Reparaturen billiger.
Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erstaunlich billigen Preisen.
Zufahrtstraining, 900 gekt., 1 1/2, Dufaten 15,50, 2 Dufaten 20,50.
Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Eßt Rathenower Brücken,
Dresdener, Operngläser. 52190

T. STOLZ, Chausseestr. 78, P. Stolz, Bahstr. 57.

Grosse eigene Betriebswerkstätten im Hause.

Die **Herren- und Knaben-Kleider-Fabrik**

Landsberger Strasse 29, 1 Treppe,

gibt auch fertige einzelne Anzüge, Paletots,
Hosen usw. 5550L

zu Fabrikpreisen ab.

Maß-Anzüge . . . von Mark 20 an

Maß-Paletots . . . von Mark 18 an

Wer Stoff hat, fertigen wir Anzüge etc. zu Fabrikpreisen an.

Restaurant Pferdebuht bei Köpenick.

Sonntag, den 23. November (Totenfest) findet mein diesjähriges Diner
essen statt, wozu ich alle Bekannte hiermit freundlich einlade.
Wilhelm Bräsewitz.

NB. Kundeneinladungen als diese erfolgen nicht.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Reid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: A. H. Gode in Berlin. Druck und Verlag: Verlags-Druckerei in Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.



Anker-Brikets

in Würfel- und Halbstein-Format haben
sich als rationellste Küchenfeuerung
bewährt.

Friedr. Daniel & Co.

Berlin W. 8, Leipzigerstr. 29. Telefon: Amt I. 355.

Hinaus in die Ferne!

ist die Lösung für viele Menschen, sobald es ihre Zeit erlaubt. Ein Ausflug,
ebenso der Besuch eines Theaters genossen aber erst an Interesse wenn
man sich dabei ein gutes Fernglas bedienen kann. Hervorragend schöne
und praktische Modelle, mit nur scharfen Gläsern, bieten in feiner Aus-
wahl zu billigen Preisen das ideale Jubiläumsgeschenk für die
Carl Buttendorff,
1. Firma Ernst Riek, Berlin N.,
Weinbergweg 15b, 4. Boden u. Hofentb. 240r.



Theatergläser mit schwarzem Rahmen,
nur leichte Gläser
von 2 4,50 an
bis mit Vergrößerung, 8. bis 7,50 an
Triumph: Beste Glas mit Glas und
Kleinteile Mk. 4,00
Mercur: Beste Glas mit Glas und
Kleinteile Mk. 12,00
Monopol: Beste Glas mit Glas und
Kleinteile Mk. 12,00
Rapid: Beste Glas mit Glas und
Kleinteile Mk. 12,00
Bitte genau auf Firma und Hausnummer 15b achten.

Antwort.

Auf die an uns mündlich und schriftlich so zahl-
reich gerichteten Anfragen, ob wir noch den so beliebten
Paletot

„Treffer“

auf Lager haben, erwidern wir hierdurch allen denjenigen,
denen dieses vornehme Kleidungsstück von Kaufmann des-
selben empfohlen wurde, daß wir wiederum

1200 Paletots

in derselben Qualität
unter derselben Marke

„Treffer“

haben anfertigen lassen. Unser Paletot „Treffer“
ist der Beweis unserer höchsten Leistungsfähigkeit und
das praktischste und modernste Kleidungsstück der
Saison. Derselbe ist in dunkelgrauer Marongofarbe ge-
halten und besteht aus weichem, fein meliertem Ober-
stoff mit gutem Halbfutter, ein- und zweireihig mit
Zammetkragen, die Ärmel zweimal gefaltet, für jede
Figur, normal oder anormal passend, in Ver-
arbeitung II zum Preise von 18.- Mk. Derselbe
Paletot mit extra schwerem Halbfutter in Verarbeitung I,
„Niederzieher nach Maß erscheidend“, zum Preise v. 28.- Mk.

Schließlich offerieren wir noch unsere unübertreffliche
Joppe unter der Marke

„Nimrod“

bestehend aus dunkelgrauer, weichem, porsem, fein
meliertem Oberstoff in glatter oder rauher Herstellung,
gefüttert mit schwerer Fell-Imitation in hoch-
geschlossenen Facons und Doppel-Überschlag, Leib-
gurt mit und ohne Brusttaschen, geeignet für Sportleute,
Jäger, Beamte etc., in Verarbeitung II 8,50 Mk., in
prima Verarbeitung 13.- Mk.

Diese Preise sind auf jedem Gegenstand
deutlich in Zahlen sichtbar und streng fest. Ueber-
beteiligung ausgeschlossen. Garantie für tadel-
losen Sitz. Höchste Leistungsfähigkeit durch Selbst-
fabrikation in größtem Maßstabe.

Deutsche Compagnie Heitinger & Co.
Berlin, Oranienstr. 40/41.

Diese Ankündigung erscheint dreimal.

Achtung!

Gollen Stoff- u. Lederhosen
a 3 Mark 500002
nur Pallisadenstrasse,
Hosensabrik zur roten 7.

Bett- u. Leinwäsche direkt aus
erster
Hand,

in
der
Wäsche-Fabrik
Z. Alexander
eine Tr.
durch d.
Hausfl.

1 Tr. Gr. Frankfurterstr. 102 1 Tr.

Kein Laden!

Durch Ersparnis der Speisen 188202

enorm billige Preise

für die besten Qualitäten.

Prämiiert mit der goldenen Medaille.

Santa Lucia

Blutarmen u.
Kranken
ärztlich
empfohlen.
in Apothe-
ken Dro-
gen und
Delica-
ress-
handl.
auflich

Achtung!! Empfehle aller
Freunden und
Bekanntem mein neu erfundenes
Weiß- und Weirisch-Bier-Sofal.
Für gute Speisen und Getränke ist
höchstens geeignet.

Otto Brückner, Reichenbach,
Bahnhof Schöndorf, Provinzstr. 82.
Verbindung mit der Eisenbahn Kreuz-
berg-Reichenbach, Bahnh. Schöndorf.

M. Schulmeister

en gros

Schneidermeister

en détail

Dresdenerstr. 4 | Hauptstrasse 143
am Kottbuser Thor. | Schöneberg.

Herbst- u. Winter-Paletots in Stoffe, Chenille
und Kremler von **16,50—42 Mk.**

| | |
|-------------------------------|---------------------------------|
| Gehrock-Anzüge von Mark 27 an | Jünglings-Anzüge von Mark 12 an |
| Rock-Anzüge 23 . | Knaben-Anzüge 3 . |
| Jackett-Anzüge 15 . | Winter-Joppen 5 . |
| Beinkleider 5 . | Knaben-Joppen, einzelne Hosen. |
| Schlafrocke 8,50 . | Berufskleidung f. jed. Gewerbe. |

Bestellungen nach Maß von in- und ausländischen Stoffen
werden in eigener Werkstatt unter meiner persönl. en Leitung gut und billig angefertigt.

Streng reelle B. i. e. n. u. g.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Kommanden Mittwoch findet in der Berliner...

Schmargendorf. Die Parteigenossen werden aufgefordert, sich am...

Ober-Schneeweide. Sonntag, morgens 8 Uhr, findet die...

Nieder-Schneeweide. Der Wahlverein hält Sonntag, abends...

Lokales.

Su dem Waisenhaus-Standal, den wir am Sonntag — als...

Wir können uns übrigens nicht ganz des Verdachtes erwehren...

Freie Unteroffiziere und unfreie Bankangestellte. Die Unter...

Ohne Vorwissen und schriftliche, für jeden einzelnen Fall zu...

Dies wird also nochmals ganz besonders den Angestellten die...

Der Direktor der Bank, die diese mit Geldersparnis verknüpfte...

Die gestern vom Magistrat beschlossene Aufnahme einer Anleihe...

Ein Berliner Ausgewiesener. In Essoilly-Neuhort ist am...

nahezu 48 Jahren am Herzschlag gestorben. Georg Hinge, von...

Wegen die Synodalbeschlüsse in Sachen der Sonntagsruhe nahm...

Die Notwendigkeit einer Ausdehnung der Unfallversicherung...

Der Maurer Gustav E. war am 31. Januar dieses Jahres...

Das königliche Schloß rechnet sich nicht zu den versicherungs...

Der Brandschiffahrts-Verein auf der Ober von Berlin in den...

Seit Monaten wurde die Feuerweh durch böswillige...

Polize Jugend. In pathologischer Hinsicht interessant ist eine...

Wir wollen ja nicht mildere Sitten aufleben, sondern ent...

herbeizuführen, ist ein Uebereinkommen mit dem Offiziercorps...

Ein Herr Ohm machte Bedenken geltend. Der Offizier, den man...

Mit internationalen Taschendiebstahl hat die Kriminalpolizei in den...

Eisbahnen für Schüler und Schülerinnen. Die Deputation für...

Die Personen, welche Zeugen des Straßenbahnunfalls waren...

Bahnunfallig geworden ist der Pionier Schneidewindt von der...

Die Bahndamm-Anrührer, die älteste derartige Bahn Berlin, ist...

Durch einen Sturz aus dem Fenster ist gestern morgen das...

Feuerbericht. In der letzten Nacht hatte die Feuerweh wieder...

Luergebäude in einer Gasglühlichtfabrik aus Unachtsamkeit ausgegangen war. Der 12. Zug mußte kräftig Wasser geben, um die Gefahr für die übrigen Betriebe zu beseitigen. Gleichzeitig hatte der 20. Zug in der Königsstraße 7 zu thun, wo im zweiten Stock des linken Seitenflügels bei Auerbach Tapeten u. a. durch einen Gasofen in Brand geraten waren. In der Dürfenstraße 85 brannten gestern ein Schuppen und in der Jüterboglerstraße 9 Strohhalm, ferner hatte die Feuerwehr in der Eisenbahnstraße 30c zu thun, um dort ein Pferd, das in eine tiefe Grube gefallen war und zu verenden drohte, zu retten. Das Pferd wurde gesund herausgeholt.

Die Firma Vorkardt Gebrüder teilt mit, daß am Abend des 15. November ein Arbeiter 20 M. verloren hat, die sich in ihrem Geschäftslokal, Friedrichstr. 61, wiedergefunden haben. Vielleicht trägt diese Veröffentlichung dazu bei, dem Unbekannten zu seinem Eigentum zu verhelfen.

Ein Experiment großen Stils bereitet man in der Urania vor. Es handelt sich um nichts Geringeres, als um einen Erfay der bisherigen Lichtbildprojektion durch eine solche in natürlichen Farben. Glückt dieser Versuch, dem man mit großer Spannung entgegenfieht, so dürfte sich die Urania mit einem Schlag von der subjektiven Auffassung der Naturisten frei gemacht haben und ihre Projektionen in einer Art bieten, wie sie der naturwissenschaftlichen Darstellung als Ideal vorsteht: nämlich als von der Natur selbst gelieferte Formen- und Farben-Dokumente. Von den drei oder vier theoretisch möglichen Wegen wird man den der additiven Dreifarbenunterschied befürworten, d. h. durch große Bildwerfer drei photographische Diapositive mit rotem, gelbem und blauem Licht, also den Grundfarben, welche zusammen weiß ergeben, aufeinanderwerfen. Je nach der verschiedenen Dichtigkeit der durch gleiche Farbenfilter gewonnenen Aufnahmen entstehen dann alle Farbenmischungen, wie sie die Natur bietet. Die früheren Versuche von Jones und namentlich diejenigen von Professor Niebe haben einen überraschenden Reichtum an Farbtöne gezeigt, sind aber kaum über ein schwierig zu behandelndes, gelegentlich ausgeführtes Laboratoriums- oder Vorlesungs-Experiment hinausgekommen. Wie man in der Urania der praktischen Schwierigkeiten Herr werden will, wie man namentlich die genaue Fokussierung der drei Teilaufnahmen erreichen wird, bevor sie dem Zuschauer vor Augen kommen, entzieht sich noch unserer Kenntnis. Gegenwärtig ist die physikalische Abteilung mit der Konstruktion des Projektionsapparates beschäftigt, der vielleicht der lichtstärkste überhaupt wird; er soll eine Stromstärke von nicht weniger als 200 Ampere führen.

Den Besuchern der Treptower Sternwarte wird jetzt täglich von 2-4 Uhr nachm. die Vega und von 4-8 Uhr der Jupiter gezeigt.

auf dem in der letzten Zeit interessante Veränderungen vor sich gehen. Von 8-10 Uhr abends wird ein Sternhaufen und der Orionnebel beobachtet. Sonntag, den 23. November, nachm. 5 Uhr, spricht Direktor Archenhold über „Vulkanismus auf der Erde und den Planeten“ und um 7 Uhr über „Moderne Riesenferne und ihre Leistungen“. In diesem Sonntag besucht von 6-7 Uhr die „Freie Hochschule“ die Treptower Sternwarte und finden auf der oberen Plattform Übungen in der Auffindung der Sternbilder statt.

Im Orsaal der Sternwarte der Urania in der Invalidenstrasse beginnt am Montagabend 8 Uhr der Astronom Dr. Rüstmann eine Vortragsreihe von vier Vorträgen: „Einzelbilder aus dem Reich der Sterne“. Diese vier Vorträge werden sich mit der Astrophysik beschäftigen und in sehr reichem Maße Himmelsphotographien zur Erläuterung bringen.

Die Gesangsvereine „Norddeutsche Schiffe“ und „Kreuzberger Harmonie“ veranstalten morgen Sonntag in der Bauerei Friedrichshain ein großes Vokal- und Instrumental-Konzert. Das Programm ist inhaltreich und mit künstlerischem Verständnis zusammengestellt. Das Konzert beginnt 8 Uhr sieben; Eintrittskarten im Vorverkauf kosten 50 Pf.

Aus den Nachbarorten.

Die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung erledigte in ihrer Sitzung von Donnerstag die Magistratsvorlage auf Erlass eines neuen Kartelltarifs. Der Magistrat hat sich jetzt, entsprechend den Anregungen aus der letzten Sitzung, damit einverstanden erklärt, daß auch das Kartellgeld für die Frühmärkte von 5 auf 10 Pf. pro Quadratmeter erhöht wird. In den Paragraph 2 des Tarifs ist die Bestimmung aufgenommen worden, daß die abnormierten Marktstände anderweitig vergeben werden können, falls der Inhaber nicht zu der für den Beginn des Marktes festgesetzten Zeit erschienen ist. Bei der Einrichtung von Monatsabonnements auf den Frühmärkten in der Schönhaferstraße soll es verbleiben. Die Vorlage wurde genehmigt.

Im Einverständnis mit der Armendeputation und Landdeputation beantragt der Magistrat einen Umbau des älteren Armenhauses. Der Umbau des zweiten Armenhauses auf dem Grundstück Mariendorfer Weg 74 ist soweit fortgeschritten, daß er voraussichtlich in den nächsten vier Wochen fertig gestellt wird. Damit sieht ganz seinem Zwecke, Arme und Waisen aufzunehmen, dienen kann, sollen u. a. in dem alten Armenhause aus den meisten einspurigen Zimmern größere Räume gebildet werden, welche zur Unterbringung von Siedeln dienen sollen. Die Kosten sind auf 5000 M. berechnet. Die Versammlung stimmte der Vorlage zu.

Weiter wurde einstimmig eine Vorlage genehmigt, durch welche die Zusammenlegung und Wiedererteilung (Separation) der Grundstücke in der Kistlerstraße, den Tempelhofer Wiesen und Judemoiesen, sowie die Ausbarmachung des Terrains für die Erweiterung der Stadt, die Anlegung von Straßen und Plätzen, endgültig ermöglicht wird. Verbunden ist damit zugleich die Aufstellung eines Bebauungsplanes für jene Gegend.

Anlässlich der Wahl eines Mitgliedes für die 12. Armenkommission hob Stadtverordneter Dr. Silberstein (Soz.) hervor, daß die Stadtverordneten sich in fast jeder Sitzung mit der Vervollständigung von Armenkommissionen beschäftigen müßten. Das sei doch ein trauriges Zeichen für die Kreise, aus denen sich die Mehrheit der Leute hole. Natürlich habe man seiner Zeit die Vorschlagsliste der Sozialdemokraten nicht berücksichtigt. Wie von ihnen vorgeschlagenen Männer hätten sicherlich ihre Amt treu verwaltet. Hoffentlich werde man in Zukunft die Vorschläge der Sozialdemokraten mehr berücksichtigen. Redner sprach auch seine Verbundenheit darüber aus, daß der Magistrat über die Eignung der für die Armenkommission vorgeschlagenen Herren erst bei der Polizei Erkundigungen einziehe.

Dr. Richterfeld. Die hiesige „gutgesinnte“ Presse entschließt sich nach langem Zögern nun endlich, mitzutheilen, daß die Wahl in der Herren Schulze und Gebauer vom Bezirksausschuß für ungültig erklärt worden sind, und daß es in nächster Zeit „wahrscheinlich“ zu Neuwahlen kommen werde. Nach Eingang der Begründung des Urteils werde die Gemeindevertretung Veranlassung haben, zu prüfen, ob es angezeigt erscheint, sich der Entscheidung des Bezirksausschusses zu unterwerfen oder bei der höheren Instanz, dem Ober-Verwaltungsgericht, Berufung einzulegen.

Da sich der Bezirksausschuß einfach der ständigen Spruchpraxis des Ober-Verwaltungsgerichts angeschlossen hat, so würde die Berufung der höchsten Instanz nur auf eine Verschwendung der Steuer-mittel hinauslaufen.

Großfeuer in Reinickendorf. Donnerstagabend in der zehnten Stunde ging der Großtopfsche Gaschuppen in Reinickendorf in Flammen auf. Das Feuer fand in dem an dem Schuppen liegenden Strohhalm und Rohr gute Nahrung, so daß meilenweit ein Feuerchein sichtbar war. Acht freiwillige Feuerwehren aus den angrenzenden Vororten waren in kurzer Zeit zur Stelle, ohne jedoch verhindern zu können, daß der Schuppen mit den dazu gehörigen Gebäuden vollständig abbrannte. Von einer Alarmierung der Berliner Wehr hatte man Abstand genommen, weil die Rettung selbst nur eines Teils der Gebäude ausgeschlossen erschien. — Es soll Brandstiftung vorliegen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 22. November. Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus. Die Stumme von Portici.

Schauspielhaus. Im bunten Rod. Neues Opern-Theater. (Aroll.) Geschlossen.

Deutsches. Komma Dama. Beeliner. Der Kreuzwegfährer. Central. Madame Sherry. Festung. Das Theaterdorf. Neues. Letzte Leute. Reibens. Seine Kammerjose. Weisen. Die Medernaus. Thalia. Charlays Tante. Vorher: Collys Waise.

Anfang 8 Uhr:

Schiller. O. (Ballner-Theater.) Kabale und Liebe.

Schiller. N. (Friedrich-Wilhelm-Städtisches Theater.) Der Herr Senator.

Belle-Alliance-Theater. Anno 48. Wilhelm. Putsch.

Carl Weiss. Die Römer. Lützen. Deborah.

Gaius. Ein Sohn des Volkes. Metropol. Berlin bleibt Berlin.

Apollo. Ralfrio Hochzeit. Bunte Theater. Die Lore. Abergläubisch. Der Hund. Bunter Zell.

Palast. Goldene Jugend. Spezialitäten.

Kleines. Kermann. Trianon. Die Liebeshammel. (La Bascule.)

Winiergarten. Spezialitäten. Passage-Theater. Spezialitäten. Passage-Vanoptikum. Spezialitäten. Etzold. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Urania. Tantenstr. 48/49.

Frühlingstage an der Riviera. Invalidenstrasse 57/62. Täglich: Sternwarte.

Central-Theater

Sonnabend, 22. Nov., abds. 7 1/2 Uhr:

Madame Sherry.

Operette in 3 Akten von Hugo Feltz. Die Freitag-Abonnements sind an allen Wochentagen gültig.

Sonntag, 7 1/2 Uhr: Die Glocken von Cornville. Operette in 3 Akten von Robert Planquette.

Montag u. folg. Tage Madame Sherry.

Thalia-Theater.

Dresdenerstrasse 72-73. Zum 487. Mal:

Charleys Tante.

Guido Thielscher als Charleys Tante. Anfang: Charleys Tante. 8 1/2 Uhr. Vorher: Cassis Pascha. Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnabend: Dieselbe Vorstellung. Sonntag: Einmaliges Ensemble-Gastspiel des Festung-Theaters: Die Ohe.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132. Nachmittags 4 Uhr (Andervorstellung): Die sieben Raben.

Kindermärchen mit Gesang in 8 Bildern von L. Zerkowsski. Abends 8 Uhr:

Ise Römer.

Romanisches Schauspiel in 3 Akten (6 Bildern) von Ernst Ritterfeldt. Anfang 8 Uhr.

Morgen und folgende Tage: Ise Römer.

Belle-Alliance-Theater.

Münchener Ensemble-Gastspiel Anno 48. Konrad Drober als Gast. Minionsoperette mit Gesang in 3 Akten. Anfang 8 Uhr. Totenfeier. 22.: Der Müller und sein Kind.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.)

Sonnabendabend 8 Uhr: Kabale und Liebe. Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.

Sonntagabend 8 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.

Montagabend 8 Uhr: Der Biberpelz.

Urania.

Taubenstrasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr:

Frühlingstage an der Riviera.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum

Friedrichstrasse 165.

Neu! das jüngste Wunder Afrikas eine schneeweiße Negerin von der Goldküste, 20 Jahre alt, weisse Haut, weisses Haar, hellgraue Augen, ein anthrop. Phänomen!! - Neben der weissen d. schwarze Schwester: beide von schwarzen Eltern!!

Passage-Theater.

Sonnabend, 22. November: Kurzes Gastspiel von

Georg Kaiser

vom Apollo-Theater in Berlin in seinem Repertoire

„Einfach Poppe“.

Agoston

der „Witwe“-König.

Der Todessprung des Hundes.

11 erstklassige Nummern.

Wilhelm-Theater.

Friedrich-Strasse 236.

Preciosa.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Morgen Sonntag, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: Deborah.

Kleines Theater

(Schall und Rauch) Unter den Linden 41. Anfang 8 Uhr.

Ackermann.

Eine tragische Komödie in 3 Akten von F. Holländer u. L. Schmidt. Morgen: Nachmittag geschlossen. Abends 8 Uhr: Rausch.

Sanssouci

Donnerstag, Sonntag, Montag:

Hoffmanns Norddeutsche Sänger

Sonntag: Einmalige Mitwirkung des Berl. Schauspiel-Theaters 1889:

Der Pfarrer von Kirchfeld.

Schauspiel in 5 Akten v. Angenbrücker.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilhelm-Städtisches Theater.)

Sonnabendabend 8 Uhr:

Der Herr Senator. Lustspiel in 3 Akten von Franz v. Schöthan und Gustav Kadelburg.

Sonntagabend 8 Uhr: Kabale und Liebe.

Montagabend 8 Uhr: Doktor Klaus.

Metropol-Theater.

Vorletzte Woche! Berlin bleibt Berlin.

Große Ausstattungs-Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Fround. Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender. Flora Siding. Hans Reichsberg. Wini Grabit.

Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Toten-Sonntag, 23. November: Einmalige Aufführung: Mein Leopold.

In Vorbereitung: „Die zwölf Frauen des Japhet“.

Apollo-Theater.

Von 8-9 Uhr: Spezialitäten. Um 9 Uhr: Zum 15. Male:

Nakiri's Hochzeit

Ausstattungs-Operette in 2 Akten und 6 Bildern von Paul Lincke. Im zweiten Akte:

Der sensationelle Spiegeltrick. Im letzten Akte:

H. Harndins elektrisches Ballett. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Sonntag, den 23. November: Konzert d. Tonkünstler-Orchesters.

Luisen-Theater.

Reichenbergerstrasse 34.

Deborah.

Anfang 8 Uhr. Vorher: 10-2 Kaffe. Invaliden-, Künstlerbank u. Barrenhäuser A. Berlin.

Sonntag 8 Uhr: Die Räuber.

Residenz-Theater.

Sonnabend und folgende Tage: Seine Kammerjose. (Nelly Rozler.)

Schwank in drei Akten von Bihaud und Hennequin.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.

Die Liebeshaukel. Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay. Anfang 8 Uhr.

Sonntag: Denise, Schauspiel von A. Dumas.

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.

Heute Sonnabend:

Militär-Konzert

Königliche Kapelle-Oren. Aug. 4. (Herr Przwarsky.)

Im Kaiser-Saal: Norddeutsche Sänger und Tanz.

Casino-Theater.

Lothringers-Strasse 37. 8 Uhr: Chabre garnie. 8 1/2 Uhr: Die Brill. Spezialitäten. 9 1/2 Uhr: Bis jetzt täglich ausverkauft

Ein Sohn des Volkes. Sonntag 8, Sonntag 7 1/2 Uhr.

Buntes Theater

(Vehorbrett!) Köpferstrasse 68. Anfang 8 Uhr. Sonnabend, den 21. November: Die Lore. Abergläubisch. Der Hund.

Bunter Zell: Tiny Sanders. — Marcell Salzer. Charlotte Marga. — Hans Frey. Emil Justiz.

Charivari-Theater.

Alte Jakobstr. 37. Täglich: Gr. Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Voranzeige! Sonntag, d. 23. Nov.: Große Extra-Vorstellung. Auftreten berühmter Künstler.

Die letzte Fahrt. Kolossal von Julius Stielsenheim. Alles Nähere die Zettel. Vorverkauf im Theaterbureau.

Bernhard Rose-Theater.

Nadstr. 58. Sonntag, 23. Novbr. (Totenfeier):

Der Sonnwendhof. Schauspiel in 4 Akten von Dr. S. S. Kienthal. Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.

W. Noack's Theater.

Direktion: Robert Will. Brunnenstrasse 16. Heute: Gr. Extra-Vorstellung:

Der Dornenweg. Schauspiel in 3 Akten von F. Schiller. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Palast-Theater

Burgstr. 22. Direktion: R. Winkler. Sonnabend und folgende Tage: 8 1/2 Uhr: 8 1/2 Uhr:

Goldene Jugend. Operetten-Parade in 2 Akten mit Gesang u. Tanz von B. Gerike. Musik von C. Wappaus. Chronimus Fickig — Dir. R. Winkler. Sonntag, den 23. November: 8 Uhr: 8 Uhr:

Preciosa. Schauspiel mit Gesang in 4 Akten von G. A. Hoff. Musik von G. R. v. Weber. Anfang Sonntag 7 Uhr, Wochentags 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Cirkus Busch.

Sonnabend, 22. November 1902, abends 7 1/2 Uhr:

Große Vorstellung Dahomey. Parade - Exerzieren des Amazonen-Corps.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Tagestheater 11-1 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Tagestheater 11-1 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Tagestheater 11-1 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Tagestheater 11-1 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Tagestheater 11-1 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Tagestheater 11-1 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Tagestheater 11-1 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Tagestheater 11-1 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Tagestheater 11-1 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Tagestheater 11-1 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Tagestheater 11-1 1/2 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr. Tagestheater 11-1 1/2 Uhr.

Cirkus Schumann

Sonnabend, den 22. November, abends 7 1/2 Uhr:

Grosse High-life-Soiree.

Zum 30. Male: Eine Fortsetzung der beliebtesten und populärsten Pantomime

Die lustigen Heidelberger. Fr. Dora Schumann, beliebte jugendliche Schulkinderin.

Das musikalische Pferd. Miss Daisy, phänomenale Reiterkünstlerin.

Die neuesten Creationen des Direktor Alb. Schumann. genialsten Künstler mit ihren Ballen.

Wintergarten

Neues Programm: Die Sarnthaler Singvögel, Tyroler Gesangs-Sextett.

Will Walden, Schauspielsängerin. Thereso Rombello, Rauch- und Sandmalerin.

Der Schönheitspreis, Ballett-Diversionsmoment in 1 Akt. Mason u. Forbes, amerik. Excentriks.

Kara, Meister-Jongleur. Emilie Gautier, der Ritt auf der Tischplatte. Theodor Franke, Humorist.

Germaine Gallois

Pariser Diva. Valentine Petit, Phantastischerin. spanische Tänzerin.

Rosario Guerrero, spanische Tänzerin. Minstrel Parisiens, Pariser-Strassen-sänger.

Steidl-Theater

Cramienburg-Thor an der Friedrichstr. Täglich 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.

Steidl-Sänger.

Täglich wechselndes Programm. Dienstag, Donnerstag, Sonntag im Festsaal:

Tanzkränzchen.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3 Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Wochentags: Entree frei!

5 Künstler-5 Kapellen-5 Special-Ausschank der Berliner Beckbrauerei.

Königstadt-Casino.

Holzmarkt 72, Ecke Alexanderstr. Täglich 8 Uhr. Spezialitäten-Vorstellung. Jed. Wochentag, Sonnabend und Sonntag Tanzkränzchen. Anf. Wochent. 8, Sonntag 6 Uhr.

Unsern Freunde und Genossen Carl Pohl nebst Frau zu ihrer heutigen Vermählung die besten Glückwünsche. Die Stammgäste von Woller aus der Erpel-Wee. 5688

Socialdemokrat. Wahlverein

I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreise. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der

August Krause

Kuppferstr. 17, am 19. d. M. verstorben ist. Ihre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Sonntag 1/3 Uhr von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes zu Nieder-Schönhausen aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Central-Verein

aller in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen. (Filiale Berlin.)

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege

August Krause

am 19. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag 1/3 Uhr von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes zu Nieder-Schönhausen aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Codes-Anzeige.

Am Montag, den 17. November 1902, verstarb unser Mitglied, die Arbeiterin

Jda Gärtner.

Ihre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am

Sonnabend, den 22. November cr., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Gumboldstraße, aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

167/15 Die Erbeverwaltung.

Todes-Anzeige.

Unsern Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser unvergeßlicher Sohn

Hermann Leissner

im Alter von 10 Jahren plötzlich und unerwartet verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Schönberger Kirchhofes (Marstraße) aus statt. Die trauernde Familie Leissner, Grunewaldstr. 46.

Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété. Kommandantenstraße 77/79. Täglich: Gr. Vorstellung.

Das grosse amüsante November-Programm. Nur allererste Kunstkräfte.

Anfang der

III. Wahlkreis.
Socialdemokratischer Wahlverein.
 Sonntag, den 23. Nov. (Totensonntag), ab. 5 Uhr, h. Albrecht, Admiralstr. 18c:
Gemütl. Beisammensein.
 Eintritt inkl. Vorderdeck 20 Pf. 240/10
 Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-3. Fernsprecher: Amt VII, 353.
 Sonntag, den 23. November, vormittags 10 Uhr:
Versammlung der Feilenhauer-Arbeiter
 bei Sachse, Lindowstr. 26.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Pawlowitsch über: Unsere beschleunigten Streiks und was lernen und die Lehren? 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.

Montag, den 24. November, abends 8 1/2 Uhr:
Kombinierte Versammlung
der Eisen- u. Metall-Formen- und Berufsangehörigen
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (großer Saal).
 Tagesordnung: 1. Bericht und Wahl der Agitationskommission und Branchendirektor. 2. Diskussion. 3. Differenzen in unserm Berufs. 4. Verbands-Angelegenheiten und Verschleidenes. 167/4
 Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Zahlfleite Berlin).
 Sonntag, den 23. November cr., vorm. 10 Uhr, bei Bauer, Rosenhalestr. Nr. 57:
Branchen-Versammlung
der Bürsten- und Pinselmacher.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Emil Rosenow** über: "Geschichte des Menschenalters". 2. Diskussion.
 3. Die helfen wir uns zur Substitution der städtischen Straßeneinrichtung? 4. Verschleidenes.
 Es ist Pflicht der Kollegen, in der Versammlung zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die Kommission.

Bilderrahmenmacher.
 Montag, den 24. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Augustin, Lindenstraße 69 (Kuregebäude):
Branchen-Versammlung.
 Vortrag des Kollegen **Leopold**.
 Zahlreichen Besuch erwartet Der Obmann.

Achtung, Parkettleger!
 Sonnabend, den 22. d. M., abends 5 Uhr, im Restaurant Schau, Uhländerstraße:
Werkstellen-Sitzung
 der Firma **H. Mittag**.
 Sämtliche Kommissionsmitglieder haben zu erscheinen.
 Der Obmann, **C. Krafft**.

Verband der Möbelpolierer.
 Heute abend 8-10 Uhr werden in sämtlichen Zahlstellen Beiträge entgegengenommen und um 8 1/2 Uhr in Weihensee, König-Chaussee 55:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **G. Rosenow** über: Die Geschichte des Christentums. 2. Diskussion. 3. Die bevorstehenden Gewerkschaftswahlen. 4. Bericht über den Streik bei Dahn u. Reifeln.
 Morgen Sonntag, vormittags 10 Uhr, Blumenstraße 38:
Vorstands-Sitzung.
 Nachmittags 4 Uhr, Seebahnstraße 39 bei B. Franke:
Wahl-Versammlung
 sämtlicher Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Möbelpolierer.
 Montag, den 24. November, abends 8 1/2 Uhr, Admiralstraße 18 c:
Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **Kalkoff** über: "Das Lampenproletariat". 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegierten und Verschleidenes. 147/12
 Montag, den 24. November, abends 8 1/2 Uhr, in Lichtenberg, Friedrich Karlstraße 11:
Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Bericht über verschiedene Differenzen. 2. Diskussion über die gestellten Vorträge zum Delegiertentag. 3. Wahl eines Delegierten und Beitragsamtlers. 4. Verschleidenes und Aufgabe der Urania-Sitzel. Der Vorstand.

Verein der Wäsche- u. Krawattenbranche Berlins u. Umgeg.
 Sonnabend, den 22. November 1902, in Feys Gesellschafts-Salon, Brunnenstrasse 184:
Recitations-Abend.
 Frau **Steinbach-Hamburg**:
Moderne Dichter.
 Anfang pünktlich 8 1/2 Uhr. Eintritt 25 Pf.
 Nach dem Vortrage:
Gemütliches Beisammensein und Tanz.
 Der Vorstand.

Lederer & Kreinberg
 Streich-Instrumenten-Fabrik
 Markneukirchen No. 443
 offeriert billigst direkt ab Fabrik
Konzert-Zieh-Harmonikas
 garantiert größte Tonfälle, solideste Arbeit.
 10 Tast. 2chör., 2 Reg., 50 St., 4 Mk. 5.— 21 Tast., 100 St. Mk. 11.—, 21.—,
 10 " 3 " 3 " 70 " 4 " 7.50 27.— etc. — Schule u. Kiste
 10 " 4 " 4 " 90 " 4 " 9.50 gratis, andre Harmonikas
 10 " 6 " 6 " 150 " 4 " 15.— schon v. Mk. 1.50 p. St. an
 Violinen mit Bogen u. Kasten u. Reserverbezug etc.
 komplett No. 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95
 zu Mark 9.— 11.— 14.— 16.— 20.— 25.— 30.— 36.— 42.— 50.—
Kund-Harmonikas solidester Qualität
 No. 2705 2710 2712 2714 2715 2718 2717 2716 2719b 2725
 p. Stück zu —30.— 50.— 85.— 1.— 1.20 1.30 2.— 2.50 3.50 M.

Verleih-Institut
 Friedrichstr. 151 a. Oran.
 Th. El. Frack, Gehrock
 1. Hosel, Weste 50 Pf.
Gänsegesch. Pfd. 0.90.
C. Pohl, 5515
 Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Orts-Krankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe.
Ordentliche General-Versammlung
 sämtlicher Vertreter
 am Montag, den 1. Dezember 1902, abends präc. 8 Uhr im **Gewerkschaftshaus**, Engel-Ufer 15, Saal VII.
 Tages-Ordnung:
 1. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1902.
 2. Bericht der Revisionskommission und Vorstandsbericht.
 3. Antrag des Vorstandes auf anderweitige Regelung der Beamtengehälter.
 4. Antrag des Vorstandes auf Abänderung der Vorschriften über das Verhalten der Kranken und über die Krankenaussicht.
 5. Verschleidenes.
 Berlin, den 21. November 1902.
Der Vorstand. 5576
J. U. Grö. Zehner, Vorsitzender.
 Beschwerden, zu deren Erhebung die Einsicht der Kassensachen erforderlich ist, sind bis zum 26. November schriftlich im Kassentafel einzureichen.

Orts-Krankenkasse der Schuhmacher.
 Sonntag, den 24. d. M., vormittags 9 1/2 Uhr, im "Englischen Garten", Alexanderstr. 27c:
Versammlung der Kassensmitglieder.
 Tagesordnung:
 1. Auffstellung von 32 Ersatzvertretern für 1901/02. 2. Auffstellung von 200 Vertretern für 1903/04. 3. Auffstellung von 4 Vorstandsmitgliedern für 1903/04. 4. Kassensachenangelegenheiten: Der Einberufer.
 Dienstag, den 25. d. M., abends 7 1/2 Uhr, in demselben Lokale:
Generalversammlung der Kassensmitglieder.
 Tagesordnung:
 Wahl der Vertreter.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 abends 8 1/2 Uhr:
Generalversammlung der Vertreter.
 Tagesordnung:
 1. Wahl von 4 Vorstandsmitgliedern. 2. Wenderung des § 12 Abs. 1, Ziff. 3. abends 9 Uhr:
Generalversammlung der Vertreter der Arbeitgeber und Kassensmitglieder.
 Tagesordnung:
 1. Wahl von 3 Mitgliedern zur Überprüfung der Jahresrechnung. 2. Revision des Statuts. 3. Kassensachenangelegenheiten (Verzinsung).
 Vertreterliste legitimiert.
 Der Vorstand.
 277/13

Frau Agnes Schlicke,
 Witwe des Lehmers Paul Schlicke, wird dringend ersucht, wegen einer lebenden Nachlassinasse sich im Bureau der Herren Justizrat **Raufmann** und Rechtsanwalt **Mantelwitz**, Jüdenstr. 51/52, nach West umgeben zu melden. Nachrichten, die zur Ermittlung des Aufenthalts der Frau Schlicke dienen können, werden dankend entgegengenommen.
 109/12

Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer & Co.
 BERLIN SW. 68, Lindenstrasse 69

empfehlen ihre mit den besten und modernsten Maschinen ausgestattete
Buchdruckerei und Buchbinderei
 den politischen u. gewerkschaftlichen Organisationen, den Kranken- und Unterstützungs-Kassen, den Konsumvereinen, Genossenschaften, den Gesangsvereinen, Turnvereinen, Vergnügungs-Vereinen u. s. w. u. s. w.

Anfertigung von Druckarbeiten aller Art:
 Aufrufe, Flugblätter, Handzettel, Jahresberichte, Mitgliederkarten, Eintrittskarten, Festprogramme, Statuten, Abrechnungen, Formulare jeder Art.
Geschmackvolle Ausführung — pünktliche Lieferung — angemessene Preise.
Kaufmännische und gewerbliche Druckaufträge:
 Zirkulare, Geschäftskarten, Kataloge, Memoranda, Preiskourants, Rechnungen u. s. w.
 werden gleichfalls in sauberster Ausführung zu kulantesten Preisen in jeder Ausstattung geliefert. Besonders empfehlen wir uns zur
Herstellung von Massen-Auflagen!

Neu! Einweihungs-Feier Neu!
 der
Original Bayerischen und Lichtenhainer Bier-Schwemme
 Linienstr. 131 (dicht an der Friedrichstrasse) Linienstr. 131.
 Sonnabend, den 22., und Sonntag, den 23. Nov. 1902:
 1/2 Ltr. Original-Schwemmbräu 13 Pf. | 1/2 Ltr. Lichtenhainer Bier 13 Pf.
 1/1 " " " 25 " | 1/1 " " " 25 "

Neu! Speisen-Specialitäten Neu!
 von 20 bis 50 Pf. [5708L*]
Oekonomie: Alexander Müller aus München.

General-Versammlung
 der Vertreter der Arbeitnehmer für die Mitglieder der
Orts-Krankenkasse der Gelb- und Juingießer
 hier, findet am Sonntag, den 30. November, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 3 statt, wozu sämtliche Vertreter für das Jahr 1902 hiermit eingeladen sind.
 Tages-Ordnung:
 1. Verlesung der Protokolle. 2. Wahl von vier auscheidenden Vorstandsmitgliedern. 3. Wahl des Ausschusses für die Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres (§ 48 Ziffer 1 des Statuts). 4. Verschleidenes.
 Berlin, den 21. November 1902.
 Der Vorstand.
 5595

Treptow.
Köpnicker Landstr. 27.
 empfiehlt sein Lokal nebst **Reinem Saal, 250-300 Personen** fassend, zu jeder Art von Festlichkeiten.
 Einige Sonntage sind noch frei. Glas Bier 1/2 Liter 10 Pf. ff. Weibler. 52312*
R. Hohlwein.

Dr. Schönemann,
 Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/2, 3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
 Spezialarzt für [45/17*]
Haut- und Hornleiden.
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Herran-Moden,
 elegante Ausführg., geringe Selbsth. J. Kurzberg, Neue Königstr. 47, 2 Treppen, am Alexanderplatz.



Hute Pelz-Waaren
 nur eignes Fabrikat.
Schirme größtes Lager.
Otto Gerholdt, Dresdener-Strasse 2, Ecke Skalitzer-Str.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit
 die **Leberhose Herkules** tragen. Wein-Verkauf. Sehr starke Bäre in prächtigen grünen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kapnäbte. Haltbarste Woll-Kalzen. Große Hosen umsonst. Die Hose
 bei Entnahme von 6 Stück 24 Pf. **4 Mk. 50**
 Echtblaues Monteur-Jackett 1 R. 90
 Echtblaues Monteur-Hose . . . 1 R. 50
 Echtblaues Monteur-Jackett
 Prima Leder-Gewebe . . . 2 R. 50
 Echtblaues Monteur-Hose
 Prima Leder-Gewebe . . . 2 R. 10
 Manchester-Hose 8,50, 5,25, 4,25, 3 R. 50
 Gehäutete Manchester-Jackett 14.— 9.—
 Weiße Arbeiter-Jacketts 3,50, 2 R. 75
 Konditor-Jacken, Dreißig, 4,25, 3 R.—
 Arbeiter-Rittel . . . 3.—, 2,50, 2 R.—
 Wehrhelfer-Rittel (Kraus) 3.—, 2 R. 40
 Weiße Leder-Jacketts, Dreißig 7,50, 3 R. 75
 Weiße Lederhosen . . . 4,50, 2 R. 75
 Zwirnholzer, fest u. leicht, 3.—, 1 R. 75
 Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn
 En gros. Export. En detail.
Chanfacher, 21a/25, Brückenstr. 11.
 Gr. Frankfurterstr. 20.
 Die 20. Preisliste 1902 wird kostenlos und portofrei zugesandt.
 Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Mänteln die Brustweite anzugeben.
 — Versand von 20 R. an franco. —

Für 20 Mark
 fertige, vor selbst Stoff hat, Anzug nach Maß mit Juthair. **Weyer**, Rosenhalestr. 6/7. Amt III 8524.

Für 2-3 Mark
 elegante Herren-Güte empfiehlt **C. Lorentz, Sutmacher**, Reichenbergerstr. 140, parterre.

Alles ab Platz.
 Wer Kohlen braucht, kauft bei **Josef Fischer**, Kohlen-Großhandlung, Hauptgeschäft: **Bronbergerstr. 19.** Zweig-Geschäft: **Witte-Rauwieser-Strasse.** 52912*
 100 St. Senftenbräu, Biqu nur 0,55
 100 " Kiefern 7 " 0,65
 1 Utr. obersteil Stein 1,10 u. 1,20
 1 " Braukohlen nur 0,70
 40 Sanden, davon pro Stk. 0,10

"Feldschlösschen"
 Müllerstrasse 142.
 Ein Sonnabend Mitte Februar 1902 ist frei geworden und an Vereine zu vergeben. 5419

Vorwärts-Buchhandlung
 Berlin SW., Lindenstraße 69.
Neu-Erscheinungen!
 Münchener Parteitag-Protokoll broschiert 60 Pf., gebunden 90 Pf.
 Arbeiter, Notizkalender 1903 60 Pf.
 Neue Weltkalender 1903 40 Pf.
 Jabel-Broschüre, Schutz gegen Keimheitsgefahr, 20 Pf.
 Kautschuk, Sociale Revolution:
 I. Socialreform und sociale Revolution 40 Pf.
 II. Ein Tage nach der socialen Revolution 30 Pf.
 Wehring, Aus dem literarischen Nachlass von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle. Band III, broschiert 7 R., gebunden 8,50 R.
 Hebräisches Werk, bestehend aus vier Bänden, fast nunmehr komplett vor. Preis für alle vier Bände broschiert 25 R., gebunden 31 R., jeder Band wird auch einzeln abgegeben.
 Ferner empfehlen wir:
 Debel, Christentum und Socialismus 10 Pf. 233/9*
 Debel, Aesthetik und Socialdemokratie 10 Pf.
 Braun, Pfl., Frauenarbeit und Hauswirtschaft 20 Pf.
 Sautsky, Schoenlauf, Grundzüge und Forderungen der Socialdemokratie 10 Pf.
 Polinski, Waren die Unchristen wirklich Socialisten 15 Pf.
 — Bar Jesus Gott, Mensch oder Uebermensch 15 Pf.
 — Das haben die Armen dem Christentum zu verdanken 20 Pf.
 — Das wahre Christentum als Feind von Kunst und Wissenschaft 15 Pf.
 Zeitin, Maria, Heiliges Proletariat, Frauenfrage und Socialdemokratie 25 Pf.
 — Zweites Volks-Premdwörterbuch, gebunden 3,20 R.
 Ein praktisches, menschenliebes Nachschlagewerk für jedermann. Wer sich auf dem Landen halten will und fleißig seine Zeitung und Werke liest, dem ist dieses Werk ein netzender Freund und Ratgeber. 233/9

Unsere gefütterten Schuhwaren

für den Winter sind in Passform, Haltbarkeit, Eleganz unübertroffen.



- Damen-Steppschuh mit Ledersohle und Absatz. 1,40
- Damen-Filz-Schnallen-Stiefel mit Friesenfutter, Filz- und Ledersohle. 3,00
- Damen-Filz-Schnallen-Stiefel m. Ledersohle und Lederbesatz. 3,75
- Damen-Filz-Zug-Stiefel mit Ledersohle und Lederbesatz. 3,90
- Mädchen-Filz-Knopf-Stiefel mit Lederbesatz u. Ledersohle, Gr. 25/26. 3,00
- Mädchen-Leder-Schuh-Stiefel zum Knöpfen, Gr. 27/28. 3,50
- Knaben-Agraffen-Stiefel, haltbar, Schul-Stiefel, Gr. 27/28. 3,90
- Kinder-Filz-Ohren-Schuh, Gr. 21/26. 0,90

Die streng festen und auffallend billigen Preise sind in unseren Fabriken auf jede Sohle aufgestempelt.

Gummi-Schuhe. Bestes Deutsches u. echt Russisches Fabrikat für Damen 1,95, für Herren 3,70.

Man versuche unser eigenes Fabrikat in **Goodyear Welt-Schuhen und Stiefeln** und man wird überzeugt sein, dass wir darin das Beste und Billigste bringen.

Ball-Schuhe in allen Farben und Lederarten, von feinem Gemsleder 2,60 Mark.



- Herren-Leder-Hauschuh mit warmem Futter, vorzüglich in Qualität. 8,50
- Herren-Leder-Zug-Stiefel mit Besatz anerkannt haltbar. 4,50
- Herren-Leder-Zug-Stiefel, glatt, beliebter Strapsier-Stiefel. 6,20
- Herren-Leder-Schnallen-Stiefel, eleganter Strassenstiefel. 7,00
- Herren-Filz-Schnallen-Stiefel mit Filz- und Ledersohle. 3,50
- Herren-Zug-Stiefel mit warmem Futter. 6,80
- Herren-Schnallen-Stiefel mit warmem Futter. 7,80

Conrad Tack & Cie, Burg bei Mgd.

Deutschlands grösste und leistungsfähigste Schuhwaren-Fabriken.

72 eigene Geschäfte in allen Teilen Deutschlands, davon 15 in Berlin und Vororten.

O. Andreasstrasse 50,
NW. Beusselstrasse 29,
N. Danzigerstrasse 1, Ecke Schönhauser Allee.

SW. Friedrichstrasse 240/41,
O. Grosse Frankfurterstrasse 139,
N. Müllerstrasse 3,
S. Oranienstrasse 65.

W. Potsdamerstrasse 50,
C. Rosenthalerstrasse 14,
C. Spittelmarkt 15,
NW. Turmstrasse 37.

NW. Wilsnackerstrasse 22,
Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 122,
Rixdorf, Bergstrasse 30/31,
Potsdam, Brandenburgerstrasse 54.

Preßkohlen
Deutsch per Centner 70 Pfg.
3226* Pfaffenstr. 5.

Briketts
billig. billig.
Herrmanns Kohlenlager,
O. Röhrenstr. 12.
Begen Aufgabe meines Wohnplatzes offeriere ich die Herrmanns Briketts Abnahme von 8000, 5000, 10000 Stk. frei Keller 7* 7,50 7,25 7,- frei Boden 50 Pfg. pro 1000 Stk. mehr, ab Lagerplatz entsprechend billiger.
Deutsch-Deutsches a. Ctr. 60 Pfg. ab Wag.
Sämtliche anderen Brennmaterialien ebenfalls billig. 55722*

bewährteste Nahrung für **Kufeke's Kinder** gesunde, magen-darmkranke Kinder.
Trinkt „Apfelblümchen“
Bestes Medizinal- und Tafel-Getränk ohne Alkohol.
Berliner Manzanil-Gesellschaft m. b. H.
Görlitzer Ufer 24. Fernsprech-Nr. 4. 1673. [35902*]

Achtung! Alle Freunde und Bekannte mache ich ersucht aufmerksam, dass ich in Berlin, Große Frankfurterstr. 88, einen **1/10 Schultheiss-Ausschank** eröffnet habe und bitte ersucht um gütigen Zuspruch. 56172*
Rezeptionszimmer frei!
Zeitung liegt aus!
Paul Rietz.

Malz-Kaffee
naturell
rein im Geschmacke, feinst Aroma, gesundes, billiges und nahrhaftes Genussmittel, offeriert an Private in 3 Sorten a 16, 18 u. 20 Pfg. per Pfund, sackfrei ab Bamberg, gegen Nachnahme des Betrages. — Unter 25 Pfund-Packung wird nicht abgegeben. — Muster stehen zu Diensten. [3388L*]
L. RÜBSAM, Malzfabrik, Bamberg, Bayern.

Die schönsten Herren-Paletots, Anzüge, Joppen in neu, sowie speziell 53722*
Monatsgarderobe
von Kavalieren zurückgelagerte Sachen, seit neu, für jede Figur passend, sind in größter Auswahl stets zu tausend billigen Preisen zu haben.
J. Wand, Prinzenstraße 17, an der Wasserthorstraße.
Bitte auf Hausnummer zu achten!

Jedes Wort 5 Pfennig.
Nur das erste Wort fett. Wörter mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, partier. 137*
Gardinenhaus August Köhler, Große Frankfurterstr. 16. 13733*
Dreijährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und gutem Schnitt von 18 bis 45 Mark.
Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstr. 141, Ecke Brautstr. *
Hochbornische Herren-Anzüge, Winterpaletots, aus feinsten Stoffen herabgehend, 18-35 Mark, Reinfelder 7-10 Mark. Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 63, erste Etage. 5038*
Vorjährige zurückgelagerte Herren-Anzüge, Winterpaletots aus allerfeinsten Stoffen, bedeutend unter Preis, verkauft in D. Lewofsky, Schneidermeister, Alexanderstr. 14a. [12748*]
Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 13075*
Herrenpaletots, Anzüge, Reife-muster, nur einzeln, weit unter Angebotspreis. Brannenstr. 186, II. recht. 12316*
Winterpaletots, Anzüge, Remonturwaren (postbillig) Lehmanns Neanderstr. 6. 4714*
Hosen, diese Woche Ausnahmepreise, unerreicht billig, Leipzigerstr. 112 II. 14152*Gelegenheitskäufe: Paletots, Herren- und Anzugesachen, Hüte, Westen, Koffer, Operngläser, Teppiche, Stoffe, Reparatoren, Leihung, Musik-instrumente, Leder, Oranienstr. 131. 4915*

Paletots, Paletots, Capes, Reife-muster, unerreicht billig, Leipzigerstr. 112 II. 14168*
Handarbeiten, angefangene und vorgezeichnete, unerreicht billig, Leipzigerstr. 112 II. 14173*
Hosen, diese Woche Ausnahmepreise, unerreicht billig, Leipzigerstr. 112 II. 14188*
Damenkonfektion jeder Art, Modelle und Reife-muster, unerreicht billig, Leipzigerstr. 112 II. 14198*
Schwären kauft man billig und gut bei Louis Fricke, Beusselstr. 14. (29). — Gardinenhaus Bernhardt Schwarz: Nur Wallstr. 1
Teppiche! (Kleberstoffe) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Braun, Dakscher Markt 4, Bahnhof Börs. 119/5*
Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Regulatoren (postbillig) Lehmanns Neanderstr. 6. Teilzahlungen gestattet.
Steppdecken (postbillig) Hedert, Beusselstr. 20. 1422*
Verkaufe meine drei Zimmer Möbel, noch neu, Schränke, Kaminofen, Stühle, Tischplatten, Büchertische, Russischspiegel 10,00, Säulenbureau 35,00, Bankbretter 2,50, Tische, Stühle, Delgemälde, Teppiche (postbillig) Gartenstr. 148 I. (nahe Steintorbad). 11333*
Zäufentrumeau, geschliffen, 40 Pf. Strassenbergstr. 6a, I. [1610*]
Teppiche mit Farbenfleckern (postbillig) niedrige Große Frankfurterstr. 9, partier. 137*
Nähmaschinen ohne Anzahlung, vollständig 1,00, Ringstich, Bobbin, Adler, Schneidmesser. Gebrauchte (postbillig) Reparaturen 44 Pf. Lützowstr. 39. 2. Gesch. Bernauerstr. 47 B. 13998*

1000 neue Nähmaschinen jede auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschüssigen, hochartig, Wheeler Wilson, komplett, mit allen Apparaten, keine Nachzahlung, drei Jahre volle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. Lieferant hoher Bekleidung. Ernst Beckmann, Gollnowstr. 29, nahe der Landsbergerstr. Alle Nähmaschinen nehmen in Zahlung. 13592*
Eiserne Lejen, auch gebraucht, billig zu verkaufen. Karl Kaufmann, Röllinghoffstr. 18 und 19. 455b
Waldströber, blaublühend, für Anstrome, Baukranke, Schwächliche, Gesichtszugnahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Lonne 3,50 extra. Nicht Flaschenzahl, Qualität entspricht. Post- & Reiseret Ringler, Bernauerstr. 119. 12217*
Reizmittel! 1200 Stück sind zu verkaufen. Central-Büchler, Eidenauerstr. 6, gegenüber Feldrestaurant (Gibull). Bettdecken von 60 Pfennig bis 2,50. Paul Hoff. 49/1*
Steppdecken billigst! Fabrik Große Frankfurterstr. 9, partier. 137*
Kartoffel und Heine, Spezialgeschäft, umständlicher billig zu verkaufen. Charnerstr. 26. 749
Kanonienbahn, 3 Stück (partier), sehr billig Neanderstr. 7. 49/8
Kunzecher Kautschuk, Engrosverkauf bei Herren: Schenck, Brunnstr. 5, Telefon VII 4493, und Wichmann, Färberstr. 7, Gölde, Reinholdsdorferstr. 54, Deitel, Bismarckstr. 25.
Kaffee, Kaffee, Kaffee, 563b
Feine Winterpaletots 27,00 verkauft Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstr. 50 III. 5525
Schneidmesser verlässlich! Grünstr. 21, Charlottenburg. 7142*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Schneiderstr. 60/61, Landsbergerstr. 82. 749*
Winterpaletot, Reife-muster, Coupons, (postbillig) 12-24 Mark, Schwarz, Jusselstr. 33 II. 554b
Verschiedenes.
Rechtsbureau Gruner Weg vier- undneunzig (Andreasplatz). Rechts-büro, Gerichtsbeistand, Eingabegeld, Patentierung. 5085*
Zahnarzt C. Göttsche, Star-gardenstr. 3. 1377*
Kostenfreie zahnärztliche Behandlung, Zahnziehen, zahnärztliche Poliklinik, Chausseestrasse 1a. 13328*
Kunststofferei von Frau Koloski, Steinwegstr. 48, Quergebäude hochpartier. 5656
Fahrräder, Nähmaschinen, Be-lehlung Baustr. 7, Lagerplätze. *
Fahrrad kauf Kaplast, Schön-hausstr. 163a. 12211*
Abteilung! Wer sich über die rudiologische Graufamkeit unter Zeit-unterschieden will, verlange die Flug-bätter des Weltbundes gegen Wis-enschaft, welche unentgeltlich versendet werden vom Deutschen Reichsbund, Königsgrabenstr. 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 1615*
Rechtsbureau, Prozessbeistand, Eingabegeld, Patentierung, Pat. Beamenstr. vierzig. 5085*
Platina, alles Gold, Silber, Schmelz, alte Uhren, Blattgold, Schmelz kauf! Proh, Brunnstr. 4. 4919*
Patentbureau Damann, Brannen-str. 57, Rorigplatz. Bis abends 5525
Eigarettenmachen leicht! Kettlich für 50 Pfennig gegen Markeninsendung. Arnold, Brannenstr. 33. 5645

Vermietungen.
Zimmer
Möbliertes Zimmer. Robert, Uferstr. 111, IV. 173
Schlafstellen.
Unabhängiger Herr findet gute Schlafstelle bei Frau Ding, Camp-hausenstr. 3, Quergebäude 1.
Mietsgesuche.
Herr sucht bessere Schlafstelle allein oder einfaches Zimmer, am liebsten bei alleinlebender Frau. Offerten unter A. B. Volkant 6. 5656
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Javalder Buchdrucker, 41 Jahre, welcher nur Invalidentrente bezieht, bietet um Verwendung schriftliche Ar-beiten. Seher, Waldstr. 40, bei Schmidt.
Hilflos! Stuhlbesitzer bietet um Arbeit. Stühle werden zu den billi-geren Preisen geflochten, werden ab-geholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Waldstr. 27, H. Göttsche.
Stellenangebote.
Nur tüchtige Buchdrucker (totale Buchschneider verlangt Goldleistenfabrik, Reichsbergerstr. 88. 126
Tüchtige Bergeldrucker auf besserer Arbeit verlangt E. Joes, Stiller-str. 28. 126

Tüchtige Buchdrucker verlangt Max Leandard, Goldleistenfabrik. 716
Tüchtige Buchdrucker verlangt Krauthausenstr. 33. 137
Zahnärztlicher für Personen-anzug per sofort gesucht. Anerbieten mit Angabe bisheriger Tätigkeit und Gehaltsansprüchen unter L. 7 in der Expedition dieser Zeitung. 14998
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.
feldbahn-fabrik
Sucht einige tüchtige Schmiede und Zähler, welche im Repa-raturen- und Weichenbau gut eingearbeitet sind. Offerten sub J. 7, Gröbe d. Postamt.
Achtung, Holzarbeiter!
Gespart sind folgende Werkstätten für Tischler, Einleger, Maschinen-arbeiter und Bohrer:
Gumelutz, Diessenbachstr. 33.
Eug. u. Engelbrecht, Göttsche Hof.
Bauer, Krautstr. 32 (Gewerbehof).
Schubert, Kaffee-allee 10.
Die Erbsenverwaltung.
Achtung Tischler!
Folgende Werkstätten sind gesperrt:
Zache, Brunnstr. 8.
Warner, Brunnstr. 52 (Gewerbehof).
Schubert, Kaffee-allee 10.
Jahn & Hetsch, Köpenickerstr. 17.
Hahn & Hetsch, Köpenickerstr. 17.
König-Schulze 71.
Gewerkschaft
Der Tischler-Verein u. Holzgewerkschaft
ber Tischler-Verein u. Holzgewerkschaft
ber Tischler-Verein u. Holzgewerkschaft